



**FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG** Für die Freiheit.

# LANDTAGSWAHL BRANDENBURG 2024

Die wesentlichen Kernforderungen von  
FDP, CDU, SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und BSW

# Impressum

## Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Truman Haus  
Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam-Babelsberg

 /freiheit.org

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit

## Autoren

Dr. Dirk Assmann / Justus Lenz / Maximilian Luz Reinhardt / Benno Schulz / Thomas Volkmann / Charlotte Zeller

## Redaktion

Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

## Kontakt

Telefon: +49 30 22 01 26 34  
Telefax: +49 30 69 08 81 02  
E-Mail: [service@freiheit.org](mailto:service@freiheit.org)

## Stand

August 2024

## Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).



**FRIEDRICH NAUMANN**  
**STIFTUNG** Für die Freiheit.

# Inhalt

## **BILDUNG**..... 4

Bildung   <b>Frühkindliche Bildung</b> .....	5
Bildung   <b>Schule</b> .....	7
Bildung   <b>Lehrerversorgung / Lehrerbildung</b> .....	10
Bildung   <b>Berufliche Bildung</b> .....	12
Bildung   <b>Hochschule, Wissenschaft und Forschung</b> .....	14
Bildung   <b>Weiterbildung</b> .....	17
Bildung   <b>Kultur, Kunst und Medien</b> .....	18

## **WIRTSCHAFT**..... 21

Wirtschaft   <b>Wirtschaft / Industrie</b> .....	22
Wirtschaft   <b>Gründer / Startup</b> .....	24
Wirtschaft   <b>Arbeit</b> .....	25
Wirtschaft   <b>Mittelstand und Handwerk</b> .....	27
Wirtschaft   <b>Haushalt und Finanzen</b> .....	28
Wirtschaft   <b>Tourismus</b> .....	30

## **INNEN UND RECHT**..... 31

Innen und Recht   <b>Sicherheit / Bürgerrechte</b> .....	32
Innen und Recht   <b>Rechtsstaat und Justiz</b> .....	36
Innen und Recht   <b>Kommunales / Verwaltung</b> .....	38
Innen und Recht   <b>Migration / Integration / Asyl</b> .....	40

## **GESELLSCHAFT UND SOZIALES**.....43

Gesellschaft und Soziales   <b>Gesellschaft / Soziales</b> .....	44
Gesellschaft und Soziales   <b>Gesundheit</b> .....	48
Gesellschaft und Soziales   <b>Pflege</b> .....	51
Gesellschaft und Soziales   <b>Vielfalt und Gleichstellung</b> .....	53
Gesellschaft und Soziales   <b>Demokratie / Politische Kultur</b> .....	56
Gesellschaft und Soziales   <b>Sport und Ehrenamt</b> .....	58

## **INFRASTRUKTUR UND UMWELT**.....60

Infrastruktur und Umwelt   <b>Infrastruktur und Landesplanung</b> .....	61
Infrastruktur und Umwelt   <b>Mobilität</b> .....	63
Infrastruktur und Umwelt   Wohnen / <b>Wohnungsbau</b> .....	67
Infrastruktur und Umwelt   <b>Digitalisierung</b> .....	69
Infrastruktur und Umwelt   <b>Land- und Forstwirtschaft / Tierschutz</b> .....	70
Infrastruktur und Umwelt   <b>Natur- und Umweltschutz</b> .....	75
Infrastruktur und Umwelt   <b>Energie und Klimaschutz</b> .....	77

**BILDUNG**

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Echte Qualitätsinitiative in der frühkindlichen Bildung; vollständige Erfüllung aller Betreuungsansprüche; Bereitstellung der dafür erforderlichen Mittel für die Kommunen;</p> <p>Einführung eines verpflichtenden Vorschule Jahres vor der Einschulung;</p> <p>gezielte Förderung von Kindern, die zum Zeitpunkt der Einschulung noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen;</p> <p>kostenfreies Angebot aller Ausbildungen zur Fachkraft in einer Kita; angemessene Ausbildungsentschädigung;</p> <p>Fortführung der Sprach-Kitas;</p> <p>Wiederaufnahme der Kita-Rechtsreform;</p>	<p>Generelle Entlastung der Familien von Gebühren durch komplette Beitragsfreiheit;</p> <p>Verbesserung des Fachkräftemangels im Bereich der Erzieher durch attraktive Rahmenbedingungen bei der Ausbildung, flexible Arbeitsmodelle und Vergütung;</p> <p>Stärkung von Bildungs- und Betreuungsqualität, Verbesserung des Personalschlüssels;</p> <p>Erleichterung des Seiteneinstiegs in den Erzieherberuf; Verbesserung der Qualifikation des Kitapersonals (höherer akademischer Anteil);</p> <p>spürbare Anhebung des Sockels für die Leitungsfreistellung;</p> <p>genormte Kurztestung für Kita Kinder im vorletzten und letzten Kita-Jahr, um mögliche Förderschwerpunkte festzustellen;</p> <p>Entwicklung eines Bildungscurriculums mit Bausteinen aus wissenschaftlich geprüften Trainings- und Förderprogrammen in den Bereichen mathematische Frühbildung und Sprache</p>	<p>Weitere Verbesserung der Betreuungsqualität von Krippe, Kindergarten und Hort;</p> <p>Fortsetzung und Weiterentwicklung der Programme zur Sprachbildung in Kitas;</p> <p>stärkere Berücksichtigung der Aufgaben der Kita-Leitung bei der Personalbemessung;</p> <p>grundsätzliche Möglichkeit für Erzieherinnen und Erzieher, immer in Vollzeit zu arbeiten;</p> <p>verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten, leichter Einstieg von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern; Schaffung von 500 Plätzen für die praxisintegrierte Ausbildung;</p> <p>Modernisierung der grundständigen Erzieherausbildung;</p> <p>weiteres Voranschreiten der Inklusion im Kitabereich;</p>	<p>Kostenfreiheit von Krippe, Kita, Hort und allen Ganztagsbetreuungsangeboten;</p> <p>rechtssicheres, umsetzbares und verständliches Kita Gesetz mit eindeutigen Vorgaben für Finanzierungen, Zuständigkeiten und schrittweise verbesserten Qualitätsstandards;</p> <p>verbindliche Festschreibung einer Personalbemessung für alle Kitas und Horte, die alle Betreuungsumfänge, Ausfall-, Vor- und Nachbereitungszeiten sowie die besonderen Bedarfe der Kinder abdeckt;</p> <p>Absenkung des Personalschlüssels im Hort; Leistungsfreistellung von min. 20 Wochenstunden;</p> <p>einheitlicher Qualitätsrahmen für alle brandenburgischen Kindertageseinrichtungen;</p> <p>Kita Finanzierung: Abschaffung der geltenden Regelung der Fehl- bzw. Restbedarfsfinanzierung der Gemeinden;</p> <p>Unterstützung der Kommunen beim notwendigen Ausbau von Kitaplätzen; Fort-</p>	<p>Mehr gut ausgebildetes Personal für die Kitas; moderne Ausstattung mit viel Raum, Licht und Natur; hochwertiges Essen;</p> <p>Stärkung der Betreuung in der Kindertagespflege für Kinder unter drei Jahren;</p> <p>bessere Qualifizierung und finanziell auskömmliche Ausstattung von Tagesmüttern und -vätern;</p> <p>Pädagog*innen-Kind-Verhältnis von 1:3 für Kinder unter drei Jahren und 1:7 für ältere Kinder;</p> <p>Ausweitung der Leitungsfreistellung für Kitas in einem nächsten Schritt;</p> <p>verbindlicher Personalschlüssel, der die Zeiten für Urlaub, Fortbildung, Krankheit und Elternarbeit einbezieht;</p> <p>Fachkräfteoffensive, um mehr pädagogische Fachkräfte in den Beruf zu bringen; Abschaffung des Schulgeldes für Erzieher*innen in Ausbildung; Ausbau berufsbegleitender Ausbildungsgänge;</p> <p>weitere Schritte bei der Beitragsfreiheit in Kitas und</p>	<p>Attraktivere Gestaltung der Erzieherausbildung; Einführung eines echten Bildungs- und Betreuungsschlüssels, der die Erzieherfehltag berücksichtigt und dadurch die tatsächliche Erzieher-Kind-Relation widerspiegelt; Verbesserung der Leitungsfreistellung ist auf 20 Wochenstunden;</p> <p>stärkere finanzielle Unterstützung der Träger von Kindergärten bei der Erzieherausbildung;</p> <p>moderne und funktionsfähige Kitas und Schulen; Auflegen eines Landesinvestitionsprogramms Bildung in Höhe von mindestens 750 Mio € zur Stärkung und Unterstützung der Kommunen zum Neubau bzw. zur Sanierung von Kindergärten und Schulen;</p> <p>finanzielle Förderung kleiner privater Kindergärten und Tagesmütter im ländlichen Raum, um eine wohnortnahe Kinderbetreuung zu gewährleisten;</p> <p>gesundes Verpflegungsangebot; Bevorzugung regionaler Anbieter für die Speisenversorgung; regionale,</p>	<p>Finanzielle Stärkung und ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung der Kindertagesstätten und Horte;</p> <p>Berücksichtigung der Vertretungs- und Qualifizierungszeiten bei den Personalkostenzuschüssen;</p> <p>weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels, Ermöglichung von noch besserer Betreuung;</p> <p>verpflichtende Sprachtests für Kinder ab drei Jahren, um bei Defiziten mit einem verpflichtenden Kita-Besuch reagieren zu können;</p> <p>Fortsetzung des Landesförderprogramms „Kiez-Kita“ und Ausweitung auf noch mehr Einrichtungen;</p> <p>kostenfreies Angebot der frühkindlichen Bildung, damit sich Menschen wieder für mehr Kinder entscheiden;</p>

für die letzten beiden Kita-Jahre;

verpflichtende Fortsetzung des Landesprogramms „Sprach-Kitas“ für Kinder mit sprachlichen Defiziten im letzten Kita-Jahr;

setzung und bedarfsge-rechte Aufstockung des Kommunalen Investitionsprogramms zur Förderung von Bau- und Ausstattungsinvestitionen in Kindertageseinrichtungen;

Sicherstellung der Voraussetzungen, um Krippen, Kitas und Horte zu inklusiven Einrichtungen weiterzuentwickeln, in denen alle Kinder gezielt gefördert werden;

Fachkräfteoffensive frühkindliche Bildung; Ausbau von Ausbildungs- und Studienkapazitäten, Verbesserung der Ausbildungsqualität; kostenfreie Gestaltung der Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, Heilpädagoginnen und -pädagogen und Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger und Vergütung;

keine Schließung von Kitas und Schulen;

Horten; Beitragsfreiheit zunächst für die Hortkinder, um einen echten Ganztag zu ermöglichen;

transparente und gerechte Regelung der Kitafinanzierung zwischen Land, Kommunen, Trägern und Eltern auf Augenhöhe;

verbindliche Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung in Kitas, Horten und Tagespflege;

Entwicklung von Qualitätsstandards für multiprofessionelle Teams; noch mehr Teams an Kitas und Schulen;

gesunde und heimatverbundene Küche;

Gewährleistung einer hohen Qualität in Krippen und Kindergärten, insb. durch einen angemessenen Betreuungsschlüssel;

Beitragsfreiheit auch für Krippenkinder;

flexible Öffnungszeiten und innovative Betreuungsmodelle für die Zeit nach dem Hort;

Einführung der letzten beiden Kindergartenjahre als Vorschule mit einem allgemeinverbindlichen Lern- und Bildungsplan einschließlich einheitlicher Bildungsstandards;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Schulfreiheitsgesetz; Übertragung der Entscheidung über Verwendung der finanziellen Mittel und Personalhoheit an die Schulen;</p> <p>gleichberechtigte Behandlung von Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft;</p> <p>Verringerung der Anforderungen an die Gründung neuer Schulen; vielfältige Träger- und Bildungslandschaft;</p> <p>Erhebung des Schulfaches Informatik zu einem Pflichtfach;</p> <p>Vermittlung von mehr Kenntnissen über das Finanz- und Wirtschaftssystem; Förderung des Gründergeistes und der Innovationsfreude schon im Schulalter;</p> <p>Einführung regelmäßiger verbindlicher Schulpraktika zur Berufsorientierung ab der 6. Klassenstufe in allen Schulformen</p> <p>Förderung einer geschlechtersensiblen Berufsorientierung und zielgruppengerechter Ansprache zur Be-</p>	<p>Erhalt der Schulformen Grundschule, Oberschule, Gesamtschule, Gymnasium, Schulen der beruflichen Bildung und Förderschule;</p> <p>Erhalt aller kleineren Schulen, einzügigen Oberschulen und Schulen mit mehreren Standorten;</p> <p>keine Einschulung im Alter von fünf Jahren gegen den Willen der Eltern;</p> <p>ausnahmslose verpflichtende Notengebung für mess- und vergleichbare Leistungsbewertungen ab der 3. Klasse;</p> <p>mittlerer Schulabschluss an Gymnasien künftig ohne Prüfungen in der 10. Klasse bei erfolgreicher Versetzung;</p> <p>Rechts- und Qualitätsrahmen für Ganztagsbetreuungsangebote, der allen beteiligten Akteuren Sicherheit gibt;</p> <p>Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft, sowohl finanziell, als auch z.B. durch die Bereitstellung von Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte freier Schulen;</p>	<p>Einführung verbindlicher Lehrpläne, damit an den jeweiligen Schulformen ähnliche Unterrichts- und Leistungsstärken bestehen;</p> <p>Entlastung aller Schulen von bürokratischen Aufgaben und Entscheidungen; Unterstützung aller Schulen Schritt für Schritt durch Verwaltungsstellen;</p> <p>Stärkung der Schulsozialarbeit am Ort Schule;</p> <p>intensivere Unterstützung für Schulen, an denen besonders viele Schülerinnen und Schüler größere Förderbedarfe haben;</p> <p>weiterer Ausbau des Schulbudgets zusätzlich zur pädagogischen Förderung;</p> <p>Aufbau eines Landesinstituts für Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung; Bündelung von Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Fortbildungsangeboten;</p> <p>Ermöglichung der Genehmigung von Typenbauten, um den Schulbau zu beschleunigen;</p> <p>Ausgestaltung von Ausbildung, Ausstattung und Unterrichtsinhalten, damit das</p>	<p>Wirksame Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern in Schulen; Befreiung der Lehrkräfte und Schulleitungen weitestgehend von nichtpädagogischen Aufgaben;</p> <p>verbindliche schulform- und fachbezogene Qualifizierung von Seiteneinsteigerinnen und -einstiegern mit entsprechenden Aufstiegsmöglichkeiten;</p> <p>Personal und Budget für Schwerpunktschulen;</p> <p>Rechtsanspruch auf Schulsozialarbeit für jede Schule; mindestens eine Stelle in Vollzeit, entsprechend der besonderen Bedarfe und der Größe der Schule auch mehr;</p> <p>Etablierung eines Bildungsrates, der mittel- und langfristige Empfehlungen und Maßnahmenvorschläge für eine echte Bildungsreform diskutiert;</p> <p>Unterstützung der Kommunen bei der Sicherstellung ausreichender Platzkapazitäten in den Schulen; Fortführung und Ausbau des Kommunalen Investitionsprogramms „KIP Bildung“;</p>	<p>Bekämpfung des Fachkräftemangels in Schulen und Kitas;</p> <p>„Entschlackung“ der Verwaltungsaufgaben von Erzieher*innen und Lehrer*innen und Übertragung auf Verwaltungsfachkräfte;</p> <p>Anrechnung des Weiterbildungsbedarfs der Pädagog*innen auf das Stunden-deputat;</p> <p>längeres gemeinsames Lernen und mehr individuelle Förderung für jedes Kind; Schulzentren, die Grund- und weiterführende Schulen vereinen und alle Abschlüsse ermöglichen, auch den Weg zur Allgemeinen Hochschulreife;</p> <p>Fortsetzung des Programms „Schule für gemeinsames Lernen“; mindestens 20 % mehr Schulen, erstmals auch Gymnasien, für das Programm;</p> <p>in jedem Landkreis mindestens eine Grundschule und eine weiterführende Schule, die insb. für die Aufnahme von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf vorbereitet sind;</p>	<p>Einschulungen erst nach dem vollendeten 6. Lebensjahr; Festlegung des Einschulungstichtages auf den 30. Juni;</p> <p>Stärkung der Kernfächer und der grundlegenden Kulturtechniken; Umschichtung in der Grundschule zugunsten Deutsch und Mathematik; dafür Streichung der ersten Fremdsprache in der Doppeljahrgangsstufe 1/2 sowie 3/4;</p> <p>Erhöhung des bis Ende der Jahrgangsstufe 4 zu vermittelnden Grundwortschatzes auf 1000 Wörter;</p> <p>Anschaffung flexibel einsetzbarer, mobiler Lehrschwimmbecken in ausreichender Zahl; Förderprogramme zur Reduzierung der Nichtschwimmerquote;</p> <p>Förderung der Kulturtechnik Handschreiben in Kindergärten und Schulen;</p> <p>Einführung von Kopfnoten ab Jahrgangsstufe 1; Rückkehr zum dreijährigen Abitur (sog. G9) an den Gymnasien; strikte Leistungsdivergenzierung und dreigliedriges Schulsystem;</p>	<p>Abbau von Überbelastung durch mehr Personal und Konzentration auf das pädagogische Können;</p> <p>Vorrang im Grundschulunterricht für den Erwerb elementarer Fähigkeiten; Rückbesinnung auf die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen in den Grundschulen;</p> <p>Verbot von Smartphones und Tablets im Unterricht mindestens bis zur 4. Klasse; Aufklärung in den höheren Klassen im Rahmen des Unterrichts über die Möglichkeiten und Gefahren digitaler Medien;</p> <p>engere Vernetzung von Grundschule und Hortbetreuung im Rahmen des Ausbaus der Ganztagsangebote; ganztätiges Bildungs- und Betreuungsangebot;</p> <p>stärkere Zusammenfassung polytechnischer und akademischer Begabungen in der Ausbildung;</p> <p>mindestens ein Schulsozialarbeiter auf 300 Schülerinnen und Schüler, ohne dass dies zu Lasten der Lehrstellen geht; Unterstützung</p>

<p>endigung der Unterrepräsentation von Frauen im MINT-Bereich;</p> <p>festе Verankerung von Erste-Hilfe-Kursen im Rahmen des Schulunterrichts;</p> <p>Null-Toleranz-Strategie gegen Mobbing an Schulen;</p> <p>Erhalt der Förderschulen; Einrichtung von Kooperationsklassen (Förderschulklassen an Regelschulen), wo die Förderschulen bereits ausgelaufen sind oder wo es spezielle regionale Bedürfnisse gibt;</p> <p>durchlässigere Gestaltung der Übergänge zwischen allen Schulformen, um den individuellen Leistungsentwicklungen gerecht zu werden;</p> <p>gezielte und verstärkte Förderung hochbegabter Kinder;</p> <p>Einrichtung von Talentschulen;</p> <p>Digitalisierung: „Weißbuch Digitale Bildung“; Bündelung aller empfohlenen Konzepte und geprüften Anwendungen;</p> <p>Einführung flexibler und benutzerfreundlicher digitaler Lehrplattformen;</p> <p>gezielte Bereitstellung von Tablets oder Laptops und</p>	<p>„Lesen-Schreiben-Rechnen-Garantie“ zum Abschluss der 4. Klasse, wenn nötig durch zusätzliche Förderstufen für Kinder mit Problemen beim Lesen, Schreiben und Rechnen;</p> <p>verpflichtendes Einführen des Lesebandes in allen Grundschulen;</p> <p>digitale Bildung: flächendeckende und gut ausgestattete IT-Infrastruktur mit belastbaren Internetzugängen, digitalen Endgeräten und entsprechend ausgebildetem Lehrpersonal für alle Schulen in Brandenburg, einschließlich der Berufsschulen;</p> <p>konkrete pädagogische Konzepte für digital gestützten Unterricht; überarbeitete Lehrpläne sowie verlässliche rechtliche und pädagogische Rahmenbedingungen, aber auch Empfehlungen zu technischen Mindeststandards;</p> <p>Bereitstellung standardisierter digitaler Lernmittel für die Schulen aus Landesmitteln, um eine Chancengleichheit unabhängig von der finanziellen Situation des Elternhauses oder des Schulträgers zu gewährleisten;</p> <p>„Digital-Budget“, auf das die Schulen nach eigenem Ermessen zurückgreifen können;</p>	<p>digitale und analoge Lernen Hand in Hand gehen; weitere Anschaffung von einheitlichen Endgeräten und Software und Sicherung der dazugehörigen Wartungsverträge;</p> <p>Beschaffung einer Landeslizenz für eine Software zum selbstständigen Erlernen einer Zweit-Sprache;</p> <p>Fortsetzung von Inklusion und gemeinsamem Lernen; Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf gemeinsam in einer Klasse;</p> <p>Ausbau der Unterstützungsangebote an Oberstufenzentren, die Jugendliche ohne eine Anschlussperspektive in den Fokus nehmen;</p> <p>Neuorganisation der Bildungsgänge der Berufsfachschule Grundbildung und Grundbildung-Plus, damit sie praxisnah auf eine Ausbildung vorbereiten;</p> <p>stärkere Vorbereitung der Kinder und Jugendlichen auf praktische Probleme des Lebens, wie Miet- und Arbeitsverträge, durch die Schulen;</p> <p>Wiedereinrichtung einer Berufsschullehrer-Ausbildung in Brandenburg;</p>	<p>schnelle Verwirklichung des Zentralabiturs, nicht erst 2030;</p> <p>Wiederaufnahme der Schulgesundheitsfachkräfte in die Landesfinanzierung;</p> <p>Verlegung des Einschulungstichtages vom 30. September auf den 30. Juni;</p> <p>Entwicklung der Gemeinschaftsschule langfristig zur bevorzugten Schulform im Land; längeres gemeinsames Lernen bis zur 10. bzw. 13. Klasse;</p> <p>unverzögliche Umsetzung der Volksinitiative für ein kostenloses Mittagessen aller Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 6;</p> <p>Verankerung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Schulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen bis zum 18. Lebensjahr im Umfang von bis zu 10 Stunden täglich; Geltung auch in den Schulferien;</p> <p>erweiterter Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klasse;</p> <p>schrittweise Weiterentwicklung der Grundschulen in Operation mit der Kinder- und Jugendhilfe zu Ganztagschulen;</p>	<p>Vorverlegung des Einschulungstichtags in den nächsten drei Jahren jeweils um einen Monat nach vorne, um den 30. Juni zum neuen Stichtag zu machen;</p> <p>Ausbau der Bildung für nachhaltige Entwicklung für Globales Lernen im schulischen und außerschulischen Bereich;</p> <p>Angebot des Fachs Lebensgestaltung, Ethik und Religionskunde auch in der Sekundarstufe II;</p> <p>Ermöglichung für die Schulen, zukünftig bis einschließlich Jahrgangsstufe 8 auf Ziffernoten zu verzichten; Vergabe von Zensuren, wo noch nötig, im Ermessen der Lehrkraft wohlwollend, nachvollziehbar und transparent;</p> <p>umfassende Stärkung und Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen in den Schulen nach dem Vorbild der Demokratischen Schulen; Verankerung von Inhalten zur Demokratiebildung und Teilnehmungsformaten wie Kita-Räte, Kinderkonferenzen oder Beschwerdeverfahren bereits in der Kita; Stärkung der Schüler*innenräte;</p> <p>Auflockerung der Hierarchie zwischen Lehrenden und Lernenden; mehr Raum für</p>	<p>lehrerzentrierter Unterricht (sog. Frontalunterricht) als Unterrichtsmethode in allen Phasen der Lehrerausbildung; grundsätzliche Überarbeitung der Rahmenlehrpläne;</p> <p>Verbot der Sexualpädagogik der Vielfalt an Kindergärten und Schulen; Rückkehr zu einer alters- und kindgerechten Sexualkunde im Rahmen des Biologieunterrichts;</p> <p>unverzögliche Einstellung sämtlicher finanzieller Zuwendungen des Landes für Vereine und Organisationen, die auf Grundlage der Sexualpädagogik der Vielfalt in Schulen tätig sind oder Fortbildungsangebote für Lehrer bereitstellen;</p> <p>Entfernung des Extremismusparagrafen aus dem Schulgesetz;</p> <p>Streichung aller Fördermittel des Landes für linksgrüne Projekte, die eindeutig zur Indoktrinierung der Kinder an den Schulen durchgeführt werden;</p> <p>Verbot des Genders; Untersagung des Gebrauches sämtlicher normen- und regelwidriger Sonderzeichen für die Kennzeichnung sog. geschlechtergerechter Sprache an den Schulen und Universitäten des Landes sowie in offiziellen Schreiben von Schulen;</p>	<p>durch Schulkrankenschwestern;</p> <p>Initiierung eines Angebots an Familienzentren, basierend auf einem Sozialindex, gezielt für Brennpunktschulen;</p> <p>weitere Erhöhung der Zahl der Plätze für das Freiwillige Soziale Jahr an Schulen und Anpassung an die Bedarfe;</p> <p>Einrichtung unterstützender Teams an den Schulen, damit die Lehrer wieder in erster Linie als Pädagogen auftreten können und keine Unterrichtsstunde mehr ausfällt;</p> <p>finanzielle und personelle Stärkung von Ober- und Gesamtschule, sodass sie allen Schülern einen qualitativ hohen Schulabschluss ermöglichen; bessere Durchlässigkeit zwischen Oberschule und Gymnasium, stärkere Abstimmung der Lehrpläne beider Schulformen;</p> <p>Schutz der Unterrichtsqualität in Gymnasien vor Überfüllung durch klarer definierte Aufnahmekriterien;</p> <p>Notengebung in allen Schulen als Standard der Leistungsmessung;</p> <p>Erhalt und Absicherung der bestehenden Schulen im Land;</p>
---	---	---	---	---	--	--

<p>Förderung digitaler Lehrmaterialien;</p> <p>neues Förderprogramm, mit dem Kindertagesstätten digitale Infrastruktur und Ausstattung finanzieren können;</p> <p>offene Mitgestaltung des Einsatzes von KI als Hilfsmittel, Förderung der Weiterentwicklung digitaler Unterrichtskonzepte und Fortbildungen durch das Land;</p>	<p>Schaffung der rechtlichen Grundlage für staatlich anerkannte „Digitalschulen“ nach dem Vorbild der Musik- und Kunstschulen als außerschulisches Bildungsangebot zur Förderung der digitalen Kompetenz;</p> <p>attraktive und gut ausgestattete Räumlichkeiten; Aufholen des Investitionsstaus, Vornahme überfälliger Sanierungen; weiterentwickeltes Kita- und Schulbauprogramm;</p> <p>Vermittlung von Leistungsorientierung und Werten; Umgestaltung des Faches Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde und Behandlung auch sozialer Kompetenzen wie Respekt, Toleranz, Streit- und Debattenkultur;</p> <p>Förderung von Demokratiebewusstsein und politischer Bildung; stärkere Verankerung von Demokratiebewusstsein und Extremismusprävention in den Curricula aller Schulformen; Entwicklung neuer Formate, um den gesellschaftlichen Wandel, veränderte Informationsstrukturen und die Vermittlung von Medienkompetenz zu berücksichtigen;</p>	<p>weitere Sicherung von Schulstandorten im ländlichen Raum;</p>	<p>Digitalisierung in der Bildung;</p> <p>verbindliches Rahmenkonzept zur Umsetzung der digitalen Bildung an Schulen im Land;</p> <p>Sicherstellung der digitalen Infrastruktur; Ausstattung aller Schulen mit einer dauerhaft ausfinanzierten und nach landeseinheitlichen Standards definierten digitalen Infrastruktur;</p> <p>Ausstattung der Schulen mit landeseinheitlicher und auf Eignung geprüfter Lernsoftware, digitalen Diagnostikinstrumenten sowie Bildungsmedien und Finanzierung der Lizenzen dafür;</p> <p>Gestaltung der digitalen Bildung an den Schulen durch den Einsatz von Open Source-Software und Open Education Resources unabhängig von Konzernen;</p> <p>Sicherung der Lernmittelfreiheit, digital wie analog;</p>	<p>eigene Ideen und Projekte für Schülerinnen;</p> <p>stärkere Vermittlung der Themen Kinderrechte, Beteiligung und Demokratiekompetenz in der pädagogischen Ausbildung und Fortbildungen;</p> <p>aktive Unterstützung der Schulen bei Prävention und Bekämpfung von rechtsextrernen Vorfällen und Schaffung entsprechender Beratungs- und Hilfestrukturen;</p> <p>Verstärkung der Arbeit der regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie; mindestens zwei Koordinator*innenstellen für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt;</p> <p>Absicherung des Programms „Schulen ohne Rassismus“;</p> <p>Informatik und Medienkompetenz als eigenes verpflichtendes Schulfach für die Sekundarstufe I und II;</p> <p>weitere Verbesserung der IT-Basisausstattung für alle Schulen und Schüler*innen; mehr IT-Administratoren, die die technische Wartung der Systeme übernehmen, damit sich Lehrkräfte ganz auf ihre pädagogische Tätigkeit konzentrieren können;</p>	<p>Beendigung der Digitalisierung des Bildungssystems; Kindergärten, Vor- und Grundschulen bis zum Ende der Jahrgangsstufe 6 als digitalfreie Räume; Festschreibung eines Smartphone-Nutzungsverbots im Schulgesetz;</p> <p>Beendigung der Inklusionspolitik und Stärkung des Förderschulsystems;</p> <p>Deckelung des Migrationsanteils an Schulen in öffentlicher Trägerschaft auf maximal 10 %; Aufnahme von Schülern mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen in Regelklassen zukünftig nur nach vorheriger Teilnahme in Deutschförderkursen und Spracheignungstests;</p> <p>Einführung eines Kopftuchverbotes an Schulen;</p> <p>verpflichtende Teilnahme aller Schüler, ungeachtet religiöser Vorbehalte, an einem gemeinsamen Sport- und Schwimmunterricht;</p> <p>Einführung einer Deutschpflicht auf dem Schulgelände;</p> <p>spürbare Verbesserung der Schulpsychologen-Schüler-Relation von derzeit 1:10.000 auf perspektivisch 1:1000</p>	<p>moderne, intakte funktionale Räumlichkeiten für die Schulen; funktionierendes, personell gut ausgestattetes Verwaltungsmanagement; finanzielle Mittel für ein Programm zur Behebung der Ausstattung- und Baufizite an Schulen;</p> <p>Weiterbestehen von Förderschulen und Förderzentren für die Schülerinnen und Schüler, die ein besonderes Lernumfeld und spezielle Unterstützungsmöglichkeiten benötigen;</p> <p>keine Militarisierung der Schule; keine Präsenz der Bundeswehr an Schulen;</p> <p>kostenfreies Mittagessen in Kindertagesstätten, Horten und Grundschulen;</p>
--	--	--	--	--	---	--

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Bundeseinheitliche Umstrukturierung des Lehramtsstudiums; Unterteilung in Grundschul-, Sekundar- und Berufsschullehrer; Gestaltung als fünfjähriger dualer Studiengang;</p> <p>Reduzierung der Theorieanteile und Ersetzung durch Praxiserfahrungen;</p> <p>praxisnähere und knappere Gestaltung der fachwissenschaftlichen Inhalte in der Lehrerausbildung;</p> <p>aktive Rolle der Schulen bei der Auswahl und Ausbildung von Lehramtsstudierenden zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Ausbildung;</p> <p>Qualifizierung der Lehrkräfte als Mentoren für lehramtsstudierende und bessere Entlohnung;</p> <p>Verpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer zu jährlichen Fortbildungen, um ihre Fähigkeiten kontinuierlich zu erweitern und zu aktualisieren;</p> <p>Gründung einer innovativen pädagogischen Hochschule;</p>	<p>Gezielte Suche nach Lehrkräften auch durch professionelles Headhunting und aktive Werbung im In- und Ausland;</p> <p>Erleichterung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse, ohne dabei die pädagogische Qualität aus den Augen zu verlieren;</p> <p>Motivierung bereits pensionierter Lehrkräfte für einen Wiedereinstieg;</p> <p>spürbare Entlastung von Schulleitern und Lehrkräften, bspw. durch Schulasistenzen, Schulsozialarbeit, IT-Personal, Gesundheitsfachkräfte und schulpsychologischen Dienst;</p> <p>Ermöglichung einer Verwendung von Mitteln für vorübergehend nicht besetzte Lehrerstellen für anderweitige Besetzungen;</p> <p>bedarfsorientierte Erhöhung der Studienplatzkapazitäten für das Lehramt an der Universität Potsdam und der Technischen Universität Cottbus anhand der Lehrermodellrechnung;</p> <p>Einstellung auch von Lehramtsstudierenden, die nur</p>	<p>Weitere Erhöhung der Ausbildungskapazität an beiden Standorten für Lehrerbildung entsprechend Bedarf und Studiennachfrage;</p> <p>bundesweite Suche nach Lehrkräften mit einer gezielten Werbekampagne, auch auf unkonventionellen Wegen;</p> <p>Abbau unnötiger Hürden, wie ein Zweitfachstudium, und Sicherstellung einer angemessenen Bezahlung;</p> <p>Initiierung von Programmen, die sicherstellen, dass ältere Lehrkräfte ihre Expertise und ihr Engagement weiterhin für eine qualitativ hochwertige Bildung einbringen können; Ermöglichung der Vereinbarkeit von Zuverdienstmöglichkeiten neben der Pension;</p> <p>größere Rolle für Demokratiebildung und Bildung nachhaltiger Entwicklung in der Lehrkräfteausbildung und -weiterbildung;</p>	<p>Verankerung beruflicher Orientierung als inhaltlicher Schwerpunkt in der Ausbildung aller Lehrkräfte;</p> <p>Einführung flexibler, normaler Grundständiger Ausbildungsangebote für Berufsschullehrkräfte; Erhöhung der Zahl der Studienplätze für den neuen Masterstudienangang zur Berufsschullehrerausbildung;</p> <p>massiver Ausbau der Ausbildungsplätze unter besonderer Berücksichtigung der Mangelfächer; Schaffung weiterer dezentraler Ausbildungsorte in ländlichen Regionen; praxisorientierte Reform der Lehrkräfteausbildung, mehr Praxisanteile und kürzere Studienzeiten; attraktive Stipendienangebote für Lehramtsstudierende ab dem ersten Fachsemester;</p> <p>schnellere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen;</p> <p>Anhebung der Bezahlung der Referendarrinnen und Referendare deutlich über Mindestlohn;</p> <p>Entwicklung eines Anreizsystems für Ansiedlung</p>	<p>Grundsätzliche Reform des Lehramtsstudiums und Weiterentwicklung zu einem praxisorientierten dualen Studium; bezahlte Praxisphasen; Integrierung des Vorbereitungsdienstes (Referendariat) in den Masterstudiengang;</p> <p>Erwerb von mindestens 3 % der Studienleistungen im Bereich der Inklusions- und Sonderpädagogik;</p> <p>Anerkennung studiumsbezogener und ehrenamtlicher Leistungen im Bereich der kulturellen Kompetenzen durch ein landesweites Zertifikat;</p> <p>Erleichterung des Zugangs zum Studium, Abschaffung der Zugangsbeschränkungen durch weiteren Ausbau der Zahl der Studienplätze und neuen Standort in Frankfurt (Oder);</p> <p>Ausweitung der berufs begleitenden Studienangebote in Zusammenarbeit mit den Bildungsträgern und den Universitäten;</p> <p>Fortführung des Refugee Teacher Programms und Öffnung für Lehrkräfte aus dem Ausland;</p>	<p>konsequente Bekämpfung des Lehrermangels durch kürzere, straffere und praxisorientiertere Ausgestaltung der grundständigen Lehrerausbildung;</p> <p>Rückkehr zum Staatsexamen;</p> <p>dritter Lehrerausbildungsstandort in Frankfurt (Oder);</p> <p>Streichung der Finanzierung des Refugee Teachers Program;</p> <p>Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs durch umfassende Arbeitszeiterfassungsstudie zur Identifizierung von Belastungsfaktoren und von Entlastungspotenzial im Lehrerberuf;</p> <p>Einstellung von Schulverwaltungsfachkräften in ausreichender Zahl zur Entlastung der Lehrer und Schulleitungen;</p> <p>Einführung von Beförderungssämtern; Verbesserung der Leitungsfreistellung für Schulleiter; zentrale Erfassung und Auswertung von Überlastungsanzeigen;</p>	<p>Reform der Ausbildung des pädagogischen Personals: Studium mit höheren Praxisbezug;</p> <p>Forcierung der Ausbildung von Lehrern; langfristiges Personalentwicklungskonzept;</p> <p>Begrenzung der Klassengrößen auf maximal 25 Schüler;</p> <p>Steigerung der Attraktivität der pädagogischen Berufe (Lehrer und Erzieher) durch mehr gesellschaftliche Wertschätzung, Abbau von bürokratischen Belastungen und Arbeitsüberlastung sowie Konzentration auf die pädagogischen Aufgaben;</p> <p>Bindung der Absolventen der pädagogischen Studiengänge in Brandenburg langfristig an das Land;</p> <p>grundlegende Reform des Lehramtsstudiums zur Sicherstellung von fachlich und pädagogisch exzellent ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern;</p>

ein Fach bestehen, als Lehrkräfte;

Absenken oder Abschaffen des Numerus clausus zur Zulassung für das Lehramtsstudium, verstärkte Anrechnung von pädagogischer Praxiserfahrung;

Schaffung der Möglichkeit an der Europa-Universität Viadrina, ausländische Lehrkräfte, insb. aus Polen, für eine Lehrtätigkeit in der Sekundarstufe I zu qualifizieren;

praxisbegleitender Aufbau des Lehramtsstudiums bereits ab dem ersten Semester;

Weiterentwicklung und zielgerechter Ausbau des „Brandenburg-Stipendium für Landlehrerinnen und Landlehrer“;

Erhalt des Landesprogramms „FS J Schule“;

junger Lehrkräfte bzw. Studierender im ländlichen Raum;

Verankerung inklusiver Pädagogik als zentraler Bestandteil in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, Sozialpädagoginnen und -pädagogen und Erzieherinnen und Erzieher;

massiver Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher im Bereich der digitalen Bildung; Integrierung der digitalen Bildung als Pflichtbestandteil in die Ausbildung;

Weiterführung und Ausbau des Landlehrkräftestipendiums;

Erweiterung der neuen Grundschullehrkräfteausbildung in Senftenberg um Sorbisch und Polnisch;

feste Verankerung von IT- und Medienkompetenzen in allen Phasen der Lehrkräfteausbildung; stärkere Abstimmung der Lehrkräfteaus- und -fortbildung auf die Anforderungen der digitalen Welt; verpflichtendes, breit gefächertes Weiterbildungsangebot für angehende und bereits ausgebildete Lehrerinnen;

Ausbau der Fortbildungsangebote für Lehrkräfte im Bereich Inklusion in neu zu gründenden Landesinstituten;

Ermöglichung von mehr Fortbildungen, an denen alle pädagogischen Mitarbeiter\*innen an Schulen gemeinsam im Team teilnehmen können;

aktive Unterstützung von Lehrer\*innen in ihrer Entwicklung, z.B. mit verbindlichen Personalentwicklungsgesprächen und Coachingangeboten;

stärkere Überprüfung der Qualität und Erfolge von Fortbildungen und Bildungsmaßnahmen;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Weiterentwicklung von Beruflichen Schulen und Oberstufenzentren zu Berufsschulzentren;</p> <p>Förderung geeigneter Handwerkerinnen und Handwerker für die Meister-Ausbildung wie Studierende auf dem Weg zum Masterabschluss; Ausbau des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes;</p> <p>Einführung eines Meister-Bonus;</p> <p>Modernisierung und Förderung der beruflichen Bildung nach dem Vorbild der Exzellenzinitiative für Berufliche Bildung auf Bundesebene;</p> <p>Stärkung der Berufsschulstandorte durch eine moderne, digitale Ausstattung;</p> <p>Verbesserung der Durchlässigkeit zum Hochschulstudium nach erfolgreicher Berufsausbildung;</p>	<p>Unterstützung des Dualen Systems der beruflichen Bildung als wesentliche Säule zur Deckung des Fachkräftebedarfs und als Einstieg in eine qualifizierte Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit;</p> <p>gleichwertige Behandlung der beruflichen und akademischen Bildung bei allen Maßnahmen und Bildungsangeboten;</p> <p>Gleichstellung höher qualifizierter Berufsbildung und des Studiums auf dem Arbeitsmarkt als Ziel;</p> <p>stärkere Förderung von Berufsschulen, sowohl bei der technischen Ausstattung als auch bei der Gewinnung und Ausbildung von Berufsschullehrern;</p> <p>gleichwertige Förderung von Berufsschulen in freier Trägerschaft und in öffentlicher Hand; Gleichberechtigung aller Träger der Berufsschulen gegenüber den Kammern;</p> <p>möglichst frühes Ansetzen handwerklicher Bildung sowie beruflicher Orientierung, bereits in der Grundschule;</p> <p>drei obligatorische Berufspraktika im Handwerks-</p>	<p>Chance für alle Jugendlichen auf berufliche Bildung mit idealen Lernbedingungen für die eigene Entwicklung;</p> <p>Ausbau von Unterstützungsangeboten an Oberstufenzentren, die Jugendliche ohne eine Anschlussperspektive in den Fokus nehmen;</p> <p>Neuorganisation der Bildungsgänge der Berufsfachschule Grundbildung und Grundbildung-Plus, damit sie praxisnah – mit verpflichtenden Praktika – auf eine Ausbildung vorbereiten.</p> <p>Einbindung der Expertise der Oberstufenzentren in den Prozess der beruflichen Orientierung in allgemeinbildenden Schulen;</p> <p>stärkere Nutzung des Potenzials der beruflichen Weiterbildung zur Erschließung neuer Berufsfelder für die Beschäftigten und neuer Einsatzmöglichkeiten für die Unternehmen;</p> <p>verstärkte länderübergreifende Gewinnung von Jugendlichen für Ausbildungsplätze in Brandenburg;</p>	<p>Schaffung von Modellprojekten, gemeinsam mit Unternehmen, Kammern und Schulen, damit gerade Abiturientin und Abiturienten eine klare Vorstellung von den Möglichkeiten einer dualen Berufsausbildung und den vielfältigen Berufsbildern erhalten;</p> <p>Einführung einer Praktikumsprämie von 150 € pro Woche vom Land für Schülerinnen und Schüler, die während der Ferien freiwillige Praktika in Unternehmen leisten;</p> <p>ein Schultag pro Woche in Unternehmen, öffentlichen Institutionen oder gemeinnützigen Einrichtungen für alle Schülerinnen und Schüler in der 9. Klasse;</p> <p>intensivere und frühere berufliche Orientierung in allen Schulformen;</p> <p>Abschaffung von Ausbildungsgebühren (Schulgeld) sowie Bürokratie und Sanktionen beim AufstiegsBAföG;</p> <p>kostenfreies ÖPNV Ticket für Auszubildende für den Weg zum Ausbildungsbetrieb und zur Fachschule;</p>	<p>Gleichwertige Behandlung und Wertschätzung von Studium und dualer Ausbildung;</p> <p>Möglichkeit der gebührenfreien Weiterbildung zum Industrie- oder Handwerksmeister;</p> <p>Etablierung von Jugendberufsagenturen in allen Landkreisen;</p> <p>Aus- und Weiterbildungs-offensive für die Beschäftigten in Zukunftstechnologien wie z.B. Klima- und Energie-wirtschaftsunternehmen;</p> <p>Ergänzung von Vergabe-grundsätzen wie Klauseln zur Tariftreue im Landes- vergabegesetz;</p> <p>Fortführung und Weiterentwicklung des Sozialpartnerdialogs, des Bündnisses für Gute Arbeit sowie des Betriebsrätetages;</p> <p>Einführung einer Ausbildungsumlage;</p> <p>Etablierung von Azubiwerken, die neben dem Bereitstellen von Wohnraum auch darüber hinaus viele Angebote für Auszubildende bereithalten, z.B. psychologische sowie Sozial- und</p>	<p>Kostenfreiheit der Ausbildung zum Meister und aller gleichwertigen Berufsausbildungen durch einen Sonderfonds, inklusive Gebührenfreiheit für alle erfolgreich abgelegten Meisterprüfungen und gleichwertigen Fortbildungsprüfungen;</p> <p>Bereitstellung einer bedarfsgerechten Zahl von Ausbildungsplätzen in den Pflegeberufen. Angehende Pflegekräfte sollen eine fundierte, praxisbezogene Ausbildung erhalten;</p>	<p>Qualitativ stärkere Unterstützung der Berufswahl; Etablierung eines integrierten Berufsorientierungsprogramms an den Schulen, organisierte Praktika für Arbeit in Betrieben;</p> <p>Programme zur Förderung der Qualifizierung von Fachkräften unter Einbeziehung von Berufsschulen und Hochschulen;</p> <p>Ausbau dezentraler, lokaler Institutionen der Berufsausbildung (Hochschulen und Berufsschulen);</p>

<p>Dienstleistung-oder Sozialbereich von der 9. bis zur 10. Klasse; ein „Tag des Handwerks“ an allen allgemeinbildenden Schulen in Brandenburg;</p> <p>Prämie in Höhe von 120 € für Jugendliche ab 15 Jahren bis zu viermal im Jahr, wenn sie sich in den Ferien freiwillig im Rahmen eines Praktikums im Handwerk beruflich orientieren;</p> <p>Imagekampagne für die Berufsausbildung, Stärkung der Berufsberatung und der Jugend Berufsagenturen; Unterstützung von weiteren Betriebspraktika und Schnupperjobs in den Ferienzeiten;</p> <p>Unterstützung der Aufstiegsfortbildung wie der Meisterausbildung;</p> <p>Einführung einer Vergütung für die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher, Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger und in den Gesundheitsberufen, die mit der Pflege vergleichbar sind;</p>	<p>mehr Plätze in Azubiwohnheimen, Deckelung der dortigen Mieten;</p>	<p>„Tank-Budget“ für die „ÖPNV-Armen“ Regionen;</p> <p>Schaffung eines Azubi-Werks zur Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnungen und Wohnheimplätzen für Auszubildende;</p> <p>solidarische Umlagefinanzierung zur Schaffung ausreichender dualer und qualitativ hochwertiger Ausbildungsplätze;</p> <p>einmaliger Startbonus in Höhe von 1500 € für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit dem Start ihrer ersten Berufsausbildung, ob betrieblich oder Studium;</p>	<p>Rechtsberatung, Kinderbetreuungangebote und Kulturveranstaltungen;</p> <p>Förderung von Quereinsteiger*innen an Berufsschulen durch starke Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten; Ermöglichung flexiblerer Berufsausbildung mit einem größeren Angebot an Fächern durch Etablierung eines digitalen Hybridunterrichts an Berufsschulen;</p>		
--	---	--	---	--	--

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Stärkung eines technologie- und innovationsfreundlichen Klimas an den Hochschulen;</p> <p>größtmögliche Autonomie für die Hochschulen in Selbstorganisation, Forschungsfokus, Personalauswahl und Verwendung finanzieller Mittel;</p> <p>Aufbrechen alter und Erprobung neuer Strukturen für die Hochschulen (Department- statt Institutsstruktur, Matrixstruktur für Forschungsprojekte)</p> <p>Senkung der Abbrecherquote durch Ausbau der Studieninformation an Gymnasien und Gesamtschulen; verstärkte Nutzung des Schnupperstudiums, flexible Wechselmöglichkeiten zwischen Studiengängen in den ersten drei Semestern, Angebote für Vorstudium und Studium generale;</p> <p>Studienabbrecher-Beratungen als verpflichtende Beratungsleistung, bevor ein zweites Studium aufgenommen werden kann;</p> <p>moderne, gut ausgestattete Bibliotheken mit mehr</p>	<p>Mindestens Halten und perspektivisch Erhöhung des aktuellen Niveaus von ca. 50.000 Studentinnen und Studenten;</p> <p>Planungssicherheit durch fünfjährige Hochschulverträge;</p> <p>nur noch Zuschuss- sowie Zielvereinbarungen in den Hochschulentwicklungsplänen, keine Detailsteuerung durch das Ministerium;</p> <p>Erhöhung des Grundhaushalts der Hochschulen um jährlich 5 Mio € (Hochschultreppe);</p> <p>Entwicklung eines bedarfsorientierten Studienplatzangebots in den Bereichen der Natur- und Ingenieurwissenschaften, Pädagogik, Medizin und Pflege;</p> <p>Erhaltung der studentischen Selbstverwaltung als wichtiges Element partizipativer Strukturen;</p> <p>Entlastung der Hochschulen von administrativen Aufgaben, bspw. durch Errichtung eines zentralen Rechenzentrums zur effizienten Bündelung von IT Aufgaben;</p>	<p>Ausbau der Hochschulfinanzierung; jedes Jahr zusätzlich 5 Mio € für die Grundhaushalte;</p> <p>Aufbau des Innovationszentrums Universitätsmedizin Cottbus als einmaligen Knotenpunkt zur medizinischen Versorgung und wissenschaftlichen Lehre und Forschung für das Gesundheitswesen;</p> <p>Unterstützung einer engeren Kooperation der Forschungseinrichtungen mit den Hochschulen; konsequente Nutzung der vorhandenen Expertise für eine faktenbasierte Politikberatung;</p> <p>Stärkung der Klima-, Energie- und Umweltforschung;</p> <p>Ausbau von Innovationsorten wie Potsdam Science Park, Lausitz Science Park und Hochschule Wildau;</p> <p>weitere Unterstützung der Hochschulen bei Neubauten und Sanierungsmaßnahmen;</p>	<p>Abschaffung sämtlicher Kosten im Zusammenhang mit dem Studium;</p> <p>Preis-Stopp in Mensen und Wohnheimen; komplett kostenloses, einfaches Mittagangebot für Studierende in allen Mensen;</p> <p>ausreichende Finanzierung der Studierendenwerke; Investitionsprogramm für Sanierung und Neubau von Studierendenwohnheimen;</p> <p>eigenständige Förderrichtlinien für studentischen Wohnraum;</p> <p>Weiterführung des jährlichen Mittelaufwuchses für die Hochschulen um 5 Mio €;</p> <p>mindestens die Hälfte aller wissenschaftlichen Stellen an den Hochschulen zukünftig unbefristet;</p> <p>Unterbindung von Lehrverpflichtungen von mehr als 16 Semesterwochenstunden;</p> <p>Demokratisierung der Hochschulen: Etablierung von Departmentstrukturen an den Hochschulen, Einführung der Viertelparität, Stärkung der Senate;</p>	<p>Weitere Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen;</p> <p>Landesprogramm für Bau und Sanierung im Bereich der Hochschulen und der Studierendenwerke; mehr Mittel für den Hochschulbau; bessere Personalausstattung; Vereinfachung von Verwaltungsverfahren;</p> <p>weiterer Ausbau der Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Hochschulgesetz mit der Begrenzung der Professor*innenmehrheit;</p> <p>Stärkung des Wissenstransfers von Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Praxis;</p> <p>Förderung englischsprachiger Studiengänge und Lehrveranstaltungen, Online-Zugangsprüfungen für ausländische Bewerber*innen sowie gesonderte Beratungsstellen;</p> <p>Abschaffung von Verwaltungs- und Rückmeldegebühren;</p> <p>Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in der Tarifgemeinschaft der Länder mit höheren Stundenlöhnen, besseren Arbeitsbedin-</p>	<p>Unterstützung der Ausbildung und des Studiums mit Kind; leichter Zugang für junge Väter und Mütter zu Leistungen für Bildung und Teilhabe;</p> <p>Verlängerung der Regelstudienzeit auf Antrag um bis zu sechs Semester für alle Studenten mit Kindern;</p> <p>flexible Ausgestaltung des Ausbildungs- bzw. Studienverlaufs, insb. der Prüfungstermine;</p> <p>Erleichterung des Zugangs zum Fernstudium;</p> <p>Ersetzung der politisch-ideologisch motivierten Vergabe von staatlichen Drittmitteln durch eine deutliche Verbesserung der Grundausrüstung der Hochschulen;</p> <p>Stärkung der Hochschulautonomie; freie Entscheidung der Hochschulen über Art und Umfang ihres Studienangebots;</p> <p>Einführung von kostendeckenden Studiengebühren für Studenten aus Drittstaaten, um die Steuerzahler zu entlasten;</p>	<p>Stärkung der Hochschullandschaft für die Bedürfnisse Brandenburgs, auch in Kooperation mit Handwerk und Industrie;</p> <p>Aufstockung der Stipendien für Medizinstudierende, die sich verpflichten, als Allgemeinmediziner in Brandenburg nach der Facharzt Ausbildung tätig zu werden; gleiche Stipendien auch für Fachärzte, für deren Fachrichtung eine Unterversorgung in Brandenburg zu erwarten ist;</p> <p>Investitionen in Infrastruktur für Studierende, insbesondere in Wohnheime und Kinderbetreuung; Ausbau der Wohnheime, Absenkung der Mieten;</p> <p>attraktive Arbeitsbedingungen für Nachwuchswissenschaftler durch Vollzeitstellen und Verringerung von Befristungen; tarifgebundene Arbeitsverträge in Vollzeit (nur auf eigenen Wunsch in Teilzeit), mit Mindestlaufzeit nicht unter einem Jahr; Tarifvertrag für studentische Beschäftigte;</p> <p>Verzahnung von Weiterbildung in den Hochschulen und den Bedürfnissen von</p>

<p>digitalen Lizenzen und Gemeinschaftsarbeitsplätzen;</p> <p>finanzielle Stärkung der Studierendenwerke; Effizienzgewinne durch eine Neuorganisation;</p> <p>Ausbau studiengangbezogener Stipendien wie Landärztestipendium oder Lehrerstipendium zu Vollstipendien;</p> <p>Gründung eines eigenen Förderwerks des Landes mit attraktiven Förderprogrammen für exzellente Studierende, Promovierende, Postdocs und Nachwuchsgruppenleiter;</p> <p>kontinuierliche Steigerung der Höhe der Forschungsausgaben in Relation zur Zahl der Forschenden;</p> <p>stärkere Berücksichtigung der Forschungskomponente als Teil der Grundfinanzierung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Fachhochschulen;</p> <p>Gründung eines Promotionskollegs durch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Fachhochschulen;</p> <p>Neuausrichtung des Studienangebots und der Lehrkräftezahl, insb. in den Bereichen Medizin, Pharmazie, Lehramt, Polizeidienst, IT und Ingenieurwesen;</p>	<p>öffentliche Zugänglichmachung der Haushaltspläne der Gremien zur Erreichung von höherer Transparenz über die Verwendung von Mitteln, die aus Beiträgen der Studentenschaft stammen;</p> <p>Verpflichtung aller Amtsträger der studentischen Selbstverwaltung zum Bekennnis zur demokratischen Grundordnung;</p> <p>Einrichtung einer KI-Anlaufstelle als Kompetenz- und Netzwerkplattform;</p> <p>Einsetzung einer Enquete-Kommission im nächsten Landtag zum Thema Künstliche Intelligenz;</p> <p>Verbesserung des Umfelds für innovative außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Institute durch eine Hochschulförderung, die eine innovationsfreundliche Haltung der Studentenvertretungen prämiiert;</p> <p>Auflegen von Programmen, bzw. Bündelung und Schärfung bestehender Programme, um laufende Fördermaßnahmen zu einem Innovationsprogramm weiterzuentwickeln, das die Entwicklung von Ideen von der Grundlagenforschung bis hin zur Marktreife sowie den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen unterstützt;</p>	<p>attraktivere Gestaltung der Studienbedingungen an der Universität Potsdam sowie an der BTU Cottbus, z.B. durch stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis;</p> <p>Dezentralisierung des Lehramtsstudiums, z.B. durch Einrichtung eines zusätzlichen Lehramtsstudiengangs an der Europa Universität Viadrina;</p> <p>Stärkung der Diversität an den Hochschulen; aktive Förderung von migrantischen und weiblichen Beschäftigten in der Wissenschaft; Schaffung von Schutzräumen; Auseinandersetzung mit Macht und Privilegien an Hochschulen; entsprechende Thematisierung in den Lehrinhalten bspw. durch Geschlechterwissenschaften, Postkolonialismus etc.;</p> <p>Festschreibung einer Zivilklausel; kein Drittmittelgeber Bundeswehr an den Hochschulen;</p> <p>Ermöglichung eines Orientierungsstudiums; Berechtigung für Studierende, ein mindestens zweisemestriges Orientierungsstudium zu absolvieren;</p> <p>gute Arbeit im dualen Studium: Mindestausbildungsvergütung, Verbot von ausbildungsfremden Tätigkeiten, Regelungen zur Freistellung; Anwendung der</p>	<p>gungen und Mindestvertragslaufzeiten von zwei Jahren;</p> <p>Ermöglichung der freien Kreditaufnahme durch Studierendenwerke für Investitionen in Wohnheime;</p> <p>weiterer Ausbau der Arbeit der Hochschulen im Bereich Digitalisierung und Open Science;</p> <p>Einrichtung eines Forums „KI in der Hochschulbildung“ unter Beteiligung der Landesregierung und aller Statusgruppen an den Hochschulen;</p> <p>angemessene Arbeitsbelastung für den akademischen Mittelbau; Reform der Lehrverpflichtungsverordnung;</p> <p>mehr unbefristete Stellen beim wissenschaftlichen Personal; weniger Ausschlüsse im Personalvertretungsgesetz; mehr Mitbestimmung durch Beschäftigte;</p> <p>tarifliche Bezahlung in Anlehnung an den Tarifvertrag der Länder für Beschäftigte von externen Dienstleistern;</p> <p>Umwandlung dauerhaft tätiger Lehrbeauftragter in sozialversicherungspflichtige Beschäftigten;</p> <p>Einführung freiberuflicher Lehrkräfte und Vergütung in</p>	<p>Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit gegen Angriffe durch politische Korrektheit;</p> <p>Rückkehr zum Magister und Diplom; ergebnisoffene Überprüfung der durch den Bologna Prozess eingeleiteten Maßnahmen;</p> <p>stärkere Förderung des Gebrauchs der deutschen Sprache als Lehr- und Wissenschaftssprache;</p> <p>Verbesserung der Vereinbarkeit von akademischer Ausbildung und Familiengründung; geeignete Einrichtungen zur Kinderbetreuung an allen Hochschulen;</p> <p>Finanzierung von Lehrstühlen im Bereich der DDR- und Kommunismus-Forschung; kritische und identitätsstiftende Auseinandersetzung von Professoren, möglichst mit einer ostdeutschen Biografie, mit der DDR-Geschichte;</p>	<p>kleinen und mittleren Unternehmen;</p> <p>Stärkung der Ausbildungs- und Innovationsfähigkeit der Hochschulen durch bessere finanzielle und personelle Ressourcen;</p> <p>keine Abhängigkeit der Finanzierungsgrundlagen für die Hochschulen von Kriterien, die die Hochschulen selbst nicht beeinflussen können; keine Heranziehung der Immatrikulations- und Absolventenzahl als eine Kenngröße;</p> <p>Bereitstellung des finanziellen Rahmens, um hochqualifizierte Menschen als Lehr- und Forschungspersonal zu gewinnen und dauerhaft zu halten;</p> <p>Promotionsrecht und unbefristete Assistenzstellen an Fachhochschulen;</p> <p>Stärkung von Hochschulgremien gegenüber den Hochschulleitungen;</p> <p>Stärkung der Grundfinanzierung, geringere Abhängigkeit der Finanzierung der Hochschulen von ihren Drittmitteln ein Werbungen;</p>
---	--	--	--	--	---

Ausbau von Präsenzstellen zu Forschungsstandorten im ländlichen Raum;

Reform des Landeshochschulrats zur Gewährleistung einer breiteren und praxisnahen Besetzung;

„Sonderprogramm Bau“ für Forschungsgebäude;

Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft; Ausbau von Transferzentren, um mehr Workspaces für gründende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Studierende einzurichten;

Anerkennung von Gründungsprojekten als Grund für Studienunterbrechungen oder Freisemester ohne negative Auswirkungen auf den BAföG-Bezug;

bessere Begleitung und effizientere Gestaltung des Übergangs zum außeruniversitären Arbeitsmarkt für Absolventinnen und Absolventen;

Förderung der Gründung neuer Science Parks, die Hochschul- und außeruniversitäre Institute sowie Technologieunternehmen zusammenbringen;

Gründung einer Landesstiftung für die Wissenschaft unter Beteiligung der Wirtschaft;

Unterstützung von Forschungsprogrammen zur Kernfusionsforschung;

Standards des Bundesurlaubsgesetzes und der Entgeltfortzahlung;

Anlehnung an den Tarifvertrag;

Einführung von Departmentstrukturen;

Pakt für nachhaltige Hochschulen und Forschungseinrichtungen; Prüfung einer Installation von Photovoltaik-Anlagen bei allen Hochschulbauten und Studierendenwohnheimen; Entwicklung nachhaltiger Kriterien im Hochschulbau; Nachhaltigkeitskonzepte und -beauftragte an allen Hochschulen;

Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten mit einem Organklagerecht;

stärkere Förderung der Gender Studies als interdisziplinäres Lehr- und Forschungsfeld an der Universität Potsdam;

physisch barrierefreie Gestaltung jedes Hochschulcampus im Land, stärkere Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung;

Unterstützung der mentalen Gesundheit von Studierenden mit besseren psychologischen Angeboten;

landeseigene Förderung der Geschlechterforschung und der Rechtsextremismusforschung;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Weitere Stärkung der Rolle von Volkshochschulen und anderen anerkannten Bildungsträgern in der Weiterbildungsberatung;</p> <p>Bildungsgarantie für alle Altersgruppen; barrierefreier und mit dem ÖPNV erreichbarer Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungsstätten; Schaffung besserer Voraussetzungen für die Vereinbarung von Weiterbildung und Familie;</p> <p>innovative Bildungsplattformen wie „Open University“, zu der jeder Bürger, unabhängig seines formellen Bildungsgrades, Zugang bekommen soll;</p> <p>Stärkung von Angeboten zur Vermittlung von Medienkompetenz und eines kompetenten Umgangs mit persönlichen Daten, über die allgemeinbildenden Schulen hinaus;</p> <p>Präventionsarbeit für Seniorinnen und Senioren, um der Zunahme von Trickbetrugs- und Eigentumsdelikten entgegenzuwirken; Förderung guter Kenntnisse für Seniorinnen und Senioren im Bereich der Digitalisierung;</p>	<p>Aufbau einer Pädagogischen Hochschule in Brandenburg, um Aus- und Weiterbildung sowie praxisorientierte Forschung zu fördern;</p> <p>Ermöglichung lebenslangen Lernens auch mit Hilfe digitaler Angebote;</p>	<p>Stärkere Nutzung des Potenzials der beruflichen Weiterbildung zur Erschließung neuer Berufsfelder für die Beschäftigten und neuer Einsatzmöglichkeiten für die Unternehmen;</p>	<p>Stärkung von Grundkompetenzen und Politischer Bildung;</p> <p>Ausbau des Angebots der Volkshochschulen und der Erwachsenen- und Weiterbildung, Schaffung auch neuer digitaler Angebote;</p> <p>Stärkung insb. der Volkshochschulen und Erwachsenenbildungsstätten, verlässliche Absicherung mit einer Grundfinanzierung des Landes;</p> <p>Ermöglichung der Teilnahme an Bildungsmaßnahmen insb. auch für Arbeitnehmende in kleinen und mittelständischen Betrieben, die entweder keine Zeit oder kein Geld für die Freistellung ihrer Beschäftigten haben;</p>	<p>Lebenslanges Lernen: Fortführung der Grundbildungszentren und Ausdehnung auf alle Kreise;</p> <p>Stärkung der Volkshochschulen, Erwachsenenbildungsstätten, der Landeszentrale für politische Bildung sowie der Schule für niedersorbische Sprache und Kultur; weiterer Ausbau der Angebote gerade in ländlichen Regionen;</p> <p>Stärkung der Angebote an Hochschulen zur beruflichen Weiterbildung;</p>	<p>Umfassende Aus- und Weiterbildung zur Versorgung des Landes mit Arbeitskräften;</p>	<p>Weiterbildung: Unterstützung der Hochschulen, sich als wichtiger Akteur im Feld der wissenschaftlichen Weiterbildung zu etablieren; Förderung von Konzepten, die eine enge Verzahnung von hochschulischer Weiterbildung und den Bedürfnissen von kleinen und mittleren Unternehmen anstreben;</p>

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p><u>Kultur:</u></p> <p>Breitere Aufstellung der Förderung von Kultur; Förderung auch moderner Ansätze und besonderer Formate neben Traditionen und Hochkultur;</p> <p>Reduzierung unnötig hoher Hürden für die Kultur- und Kreativwirtschaft;</p> <p>Unterstützung von Veranstaltern bei der Planung und Genehmigung von Veranstaltungsformaten und Beantragungsprozessen;</p> <p>größere Unabhängigkeit kultureller Angebote von staatlichen Zuschüssen durch Heranziehung anderer Finanzierungsquellen;</p> <p>Kostenfreiheit des Eintritts in Museen und weiterer kultureller Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche sowie für Schulklassen;</p> <p><u>Medien:</u></p> <p>Besetzung der Verwaltungsräte der Landesrundfunkanstalten mit unabhängigen Wirtschaftsprüfern;</p> <p>Verschlankeung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:</p>	<p><u>Kultur:</u></p> <p>Weiterentwicklung der kulturpolitischen Strategie mit klaren Leitplanken, verbindlichen Anforderungen und sicherer Finanzierung;</p> <p>Stärkung des Freiwilligen Sozialen Jahrs im Kulturbereich;</p> <p>Anpassung des bau- und gartenkulturellen Erbes des Landes an die Herausforderungen des Klimawandels;</p> <p>stärkere Unterstützung der Musikschulen, sowohl finanziell als auch im Hinblick auf Musikschulpädagogen;</p> <p>Aufnahme und entsprechende Unterstützung der zoologischen Gärten als beliebte Ausflugsziele und Teiler der Natur- und Umweltbildung als Landesaufgabe;</p> <p>bessere kulturelle Vernetzung des ländlichen Raums, bspw. durch Ausbau der Kulturbuslinien;</p> <p>Unterstützung von Heimat- und Volksfesten, Festivals und Ausstellungen, die für</p>	<p><u>Kultur:</u></p> <p>Stärkung kultureller Ankerpunkte für den ländlichen Raum;</p> <p>Entwicklung von Initiativen und Projekten gemeinsam mit den Kirchen und Kommunen zur Unterstützung des Erhalts der Dorfkirchen;</p> <p>Finanzierung der Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst für alle geförderten Einrichtungen und Initiativen der Kultur aus dem Landeshaushalt;</p> <p>Überführung des Klosters Chorin im Einvernehmen mit den kommunalen Akteuren in eine auskömmlich finanzierte Landesstiftung;</p> <p>weitere Förderung der Musik- und Kunstschulen, Ausbau des Projekts „Klasse Musik“;</p> <p>Verstetigung der Arbeit des Netzwerks Zeitgeschichte gerade auch für die vielen ehrenamtlich getragenen Gedenkorte;</p> <p>weitere Förderung der Freien Darstellenden Künste;</p>	<p><u>Kultur:</u></p> <p>Verbindliche Standards für Honorare in der freien Kunst- und Kulturarbeit und branchenspezifische Honoraruntergrenzen;</p> <p>Stärkung von Soziokultur und Festivals; Investitionen in ihre energetische Sanierung sowie die Nutzung erneuerbarer Energien;</p> <p>zentraler Festivalfonds für nachhaltige und inklusive Veranstaltungen;</p> <p>Verankerung macht- und diskriminierungskritischer Kriterien in der Kulturförderung;</p> <p>Unterstützung von Vereinen, Verbänden und Initiativen, die insb. in ländlichen Räumen kulturelle Angebote schaffen und ausbauen;</p> <p>Evaluierung der Kulturförderung und Weiterentwicklung der Fördersysteme; gerechtere Gestaltung des Verhältnisses zwischen institutioneller Förderung und der Förderung der freien Szene;</p> <p>verlässliche Förderung der Theater und Orchester;</p>	<p><u>Kultur:</u></p> <p>Gerechte und geschlechterunabhängige Bezahlung im Kulturbereich;</p> <p>Weiterentwicklung der Kulturstrategie des Landes; deutliche Verbesserung von Barrierefreiheit, Familienfreundlichkeit und Beteiligung unterrepräsentierter Gruppen;</p> <p>Bewahrung und Erlebarmachung des baukulturellen Erbes; Landesstrategie Baukultur;</p> <p>Landesstiftung Baukultur; Weiterentwicklung des Konzepts der Baukulturgemeinde;</p> <p>Förderung des Erhalts von Kunst am Bau und der Dokumentation der Ostmordene;</p> <p>Förderung der Kultur in der ganzen Breite des Landes, z.B. „Plattform Kulturelle Bildung“, Verstetigung der „kulturellen Ankerpunkte“, Sanierung und Öffnung von Dorfkirchen für soziokulturelle Zwecke;</p> <p>Beibehaltung der Fördertreppe in der Finanzierung der freien Theater, bis</p>	<p><u>Kultur:</u></p> <p>„Unter deutscher Kultur verstehen wir die Hervorbringungen deutscher Menschen;“</p> <p>Bedarfsgerechte finanzielle Förderung für den Denkmalschutz;</p> <p>Ausbau der Förderung für die Arbeitsgemeinschaft Städte und Gemeinden mit historischen Stadtkernen;</p> <p>Erhalt des Bestandes an denkmalgeschützten Wohngebäuden; deutliche Lockerung des Denkmalschutzes für alte Gebäude ohne öffentliches Interesse;</p> <p>Wiedererrichtung kulturell bedeutender Bauwerke, die im Krieg sowie der Nachkriegszeit verloren gegangen sind;</p> <p>Erhalt der regionalen Kultur und Identität, Bewahrung der Heimat; keine Islamisierung der Städte und Gemeinden;</p> <p>Bewahrung der historischen Bezeichnung von Straßen und Plätzen; selbstbewusstes Bekenntnis zur eigenen Geschichte;</p>	<p><u>Kultur:</u></p> <p>Erhalt der kulturellen Vielfalt in Brandenburg;</p> <p>Recht auf barriere- und voraussetzungs-freien Zugang zu Kulturangeboten für alle, zu allen Genres und in allen Lebensräumen;</p> <p>Schaffung eines Kulturfördergesetzes;</p> <p>Ausweitung und Verstetigung der institutionellen Förderung gerade kleiner Einrichtungen im gesamten Flächenland; Sicherung von drittgeförderten Projekten;</p> <p>Stärkung und langfristige und verlässliche Garantie des brandenburgischen Theater- und Orchesterverbundes;</p> <p>Erweiterung des Gesetzes zur Förderung der Musik- und Kunstschulen durch Statuierung einer sozialen Zugangskomponente und einer tarifanalogen landeseinheitlichen Absicherung der freien Lehrkräfte;</p> <p>Stärkung der Soziokultur: Berücksichtigung aller kul-</p>

<p>Beendigung des Nebeneinanders von ARD, ZDF und Deutschlandradio, stattdessen Fusion miteinander;</p> <p>Senkung der Anzahl der Landesrundfunkanstalten; bundesweite Bündelung von Verwaltungsaufgaben;</p> <p>Erbringung ausschließlich redaktioneller und dafür technisch notwendiger Dienstleistungen durch die Landesrundfunkanstalten;</p> <p>Konzentration des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf Information und Bildung als seinen Marken- und Weiskern; Unterhaltung nicht länger Teil seines Auftrages;</p> <p>Aussetzung von Erhöhungen des Rundfunkbeitrags in der aktuellen Situation;</p> <p>regelmäßige Durchführung einer unabhängigen Studie, die Daten über politische Parteinähe und Tendenzen in der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen System erhebt und veröffentlicht;</p> <p>mehr Mitsprachemöglichkeiten für Beitragszahlerinnen und -zahler in den Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks;</p>	<p>Brandenburg und seine Regionen Identität und Verbundenheit stiften;</p> <p>keine Sonderzeichen in der Verwaltungssprache; landesweiter Verzicht auf die Verwendung der sog. Gendersprache;</p> <p>weitere Unterstützung der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur; Stärkung der Erinnerungskultur; Entwicklung von Konzeptionen, die der abnehmenden Rolle der aktiven Erlebnisgeneration Rechnung tragen;</p> <p>Menschenrechtszentrum Cottbus als zentrale Einrichtung des Landes als Gedenkstätte für das DDR Unrecht und Ostdeutschland; Entwicklung als Lern- und Erinnerungsorte für politische Bildungsarbeit gegen politische, rassistische oder religiöse Verfolgung und entsprechende Förderung;</p> <p>konsequente Umsetzung des Verfassungsauftrags zum Spracherhalt, einschließlich ausreichender Lehrkräfte und Erzieher; Lehramtsausbildung für die niedersorbische Sprache an der BTU Cottbus;</p> <p>Fortführung und Stärkung des Konzepts zur Förderung der sorbischen Sprache in Kindergärten und Schulen; Sicherstellung ei-</p>	<p>Förderung freischaffender Künstlerinnen und Künstler mit einem Stipendienprogramm;</p> <p>Förderung von Soziokultur und Festivals;</p> <p>weitere Förderung von Theatern und Orchestern des Landes;</p> <p>Unterstützung der Pflege der niederdeutschen Sprache;</p> <p>Unterstützung und Förderung der Kulturverbände;</p> <p>Förderung der Kultur der Sorben; Erhalt der niedersorbischen Sprache;</p> <p>Abschluss eines Staatsvertrages mit dem Zentralrat der Juden, in dem auch die Option der Lehrerausbildung eröffnet wird;</p> <p><u>Medien:</u></p> <p>Sicherung der Freiheit der Presse und ihrer Unabhängigkeit; Sicherstellung des Schutzes von Journalistinnen und Journalisten;</p> <p>Ermöglichung schnellerer und flexiblerer Entscheidung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, in welcher Form und mit welchen Angeboten er seinem Auftrag nachkommt;</p>	<p>Ermöglichung eines kostenfreien Zugangs für Bedürftige zu allen durch das Land geförderten Museen und Bildungseinrichtungen;</p> <p>Mittelaufwuchs im Landeshaushalt für die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten;</p> <p>Förderung von Besuchen von Gedenkstätten für Schülerinnen und Schüler und Jugendverbände;</p> <p>Vorantreiben der Provenienzforschung; rechtssichere Rückgabe von Kulturgütern aus der Zeit des Kolonialismus;</p> <p>Stärkung und angemessene finanzielle Ausstattung der Stiftung für das sorbische Volk; Niederdeutsch-Ausbildung von Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern; Sicherung des Lehrkräfte-Nachwuchses für Sorbisch;</p> <p><u>Medien:</u></p> <p>Anhebung der Förderung lokal journalistische Angebote durch die mabb auf 1,5 Mio €; Maßnahmenplans zum Erhalt von Regionalzeitungen;</p> <p>Förderung der Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten sowie von Projekten, die Menschen an den Beruf heranzuführen;</p>	<p>diese 10 % der Theaterförderung erhalten; Verbesserung der Förderstruktur für Festivals;</p> <p>Ausweitung von Musik- und Kunstschulangeboten, der Kooperationsprogramme „Musische Bildung für alle“ sowie von Projekten im Klassenverband wie „Klasse:Kunst“;</p> <p>freier Eintritt für Schulklassen, Auszubildende, Senior*innen und Studierende in landesgeförderten Kulturorten;</p> <p>Verteidigung und Verstärkung der antifaschistischen Gedenkkultur; Stärkung des Programms „Tolerantes Brandenburg“;</p> <p>stärkere Unterstützung der politischen Bildungsarbeit der Gedenkstätten, Opferverbände und Bildungsträger;</p> <p>Schaffung neuer, und Erhalt und Stärkung bestehender regionaler Erinnerungsorte für das Gedenken an die Opfer der DDR-Diktatur;</p> <p>Verbindung der Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar mit einem Gedenken für die Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität oder ihrer geschlechtlichen Identität von den Nationalsozialisten verfolgt wurden;</p>	<p>Förderung des Erhalts des Brauchtums mit Trachten, Sagen und Gedichten;</p> <p>Bewahrung der Kultur der sorbischen und wendischen Minderheiten;</p> <p>Ablehnung der sog. Gender-Sprache;</p> <p>Bewahrung des traditionellen brandenburgischen Brauchtums; keine Verdrängung durch fremdes Brauchtum;</p> <p>Förderung der Digitalisierung des Kulturguts;</p> <p>spezielle Förderung für den Orchesternachwuchs; „Wenn große Orchester nicht mehr ohne ausländische Instrumentalisten auskommen, ist dies ein Armutszeugnis für unsere eigene Musikerziehung und Ausbildung.“</p> <p>Reduzierung des Einflusses politischer Parteien auf das Kulturleben;</p> <p>Untersagung des Tragens von Kopftüchern in öffentlichen Einrichtungen;</p> <p><u>Medien:</u></p> <p>keine staatliche Zensur in Internet und Medien; öffentlich-rechtliche Berichterstattung, die sich nicht an den Interessen von Regierungen, Parteien oder Lobbygruppen orientiert;</p>	<p>turellen, sozialen und politischen Interessen und Bedürfnisse der Gesellschaft;</p> <p>Erarbeitung eines bestands-sichernden Konzepts für die Kultureinrichtungen in ihrer Vielfalt und Gesamtheit, damit diese von akuten und konjunkturellen Defiziten der Finanzierung unabhängig sind;</p> <p>Stärkung der Freien Szene; existenzsichernde Einkommen; regelmäßige öffentliche Auftragsvergaben; gezielt ausgearbeitete, bürokratiearme Förderinstrumente unter Einschluss von Vor- und Fehlbetragsfinanzierungen; Ermöglichung auch adäquater Renten- und Versorgungsansprüche;</p> <p>Offenstehen von Wahl- und Wahlpflichtfächern mit darstellendem Spiel für alle Kinder und Jugendlichen, auch im ländlichen Raum;</p> <p>kostenloser Eintritt für alle Schüler, Auszubildenden und Studierenden in Museen und Bibliotheken des Landes;</p> <p>diskriminierungsfreie Projektförderung durch das Land und die Kommunen als Fördermittelgeber ohne Verpflichtung auf politische Bekenntnisse;</p> <p>Zusammenführung der Ministerien für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie</p>
---	---	--	---	---	---	--

<p>ner angemessenen Finanzierung für die Stiftung für das sorbische Volk;</p> <p>Erhalt von Niederdeutsch als Kulturgut; Erarbeitung eines digitalen Lexikons zur Bewahrung für die Zukunft; Einführung von Pilotprojekten zur Sprachvermittlung an Schulen;</p>	<p>modernes Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks;</p> <p>keine Beschränkung der Vorgaben zur Deckelung der Gehälter der Leitungsebene auf den rbb, sondern Anwendung im gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk;</p> <p>tiefgreifende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die die Beitragsstabilität und die Finanzierung im Blick hat;</p> <p>Bereitstellung von Mitteln für die Förderung lokal journalistische Angebote im Landeshaushalt;</p>	<p>Reduzierung des Vorwegabzugs an den rbb im Laufe der nächsten Jahre auf Null;</p> <p>Beibehaltung der solidarischen Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks;</p> <p>grundsätzliche Befreiung von Transferleistungsbeziehungen und -beziehern vom Rundfunkbeitrag;</p> <p>Bildung eines Medienausschusses des Landtags;</p> <p>Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; inhaltliche und strukturelle Reformen; gemeinsame Verwaltung der Rundfunkanstalten; stärkere redaktionelle Arbeitsteilung zwischen den Sendern; Schaffung einheitlicher technischer Standards und einer gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Medienplattform im Internet;</p> <p>Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Telemedienauftrages; Verlängerung der Verfügbarkeit von Produktionen, die von den öffentlich-rechtlichen Sendern in Auftrag gegeben wurden (Verweildauer) in den Online-Angeboten der Sender;</p>	<p>Überarbeitung von Ausstellungen und Bereitstellung von Landesmitteln für die Erforschung der Kolonialgeschichte;</p> <p>Errichtung eines Lern- und Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund als zentrale Gedenkstätte für die Opfer des deutschen Kolonialismus; Aufarbeitung des Kolonialismus als zentrales Thema bei der Überarbeitung des Konzepts Erinnerungskultur;</p> <p><u>Medien:</u></p> <p>Notwendigkeit eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks, auf den man sich verlassen kann, mit der Freiheit, unabhängig von Werbeeinnahmen und Klickzahlen guten Journalismus für alle zu machen;</p> <p>mehr regionales Programm des rbb aus Potsdam und den Regionalstudios;</p> <p>diversere Besetzung des Rundfunkrates des rbb; mehr Mitsprachemöglichkeiten für das Publikum, z.B. durch einen Publikumsrat, und neue digitale Beteiligungs- und Dialogoptionen;</p> <p>Weiterentwicklung der Electronic Media School zu einer crossmedialen Journalist*innenschule für Brandenburg und Berlin;</p>	<p>keine Rundfunkzwangsgebühren; grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch Novellierung des Rundfunkstaatsvertrags; Ausrichtung der Gehälter im öffentlich-rechtlichen Rundfunk an den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes;</p> <p>Beendigung des Parteienfilizes im Rundfunk; Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in Aufsichtsgremien des rbb, wie dem Rundfunk- oder Verwaltungsrat, mit einer Mitgliedschaft in einer politischen Partei;</p> <p>deutliche Verschlanung des Rundfunks; Streichung von drei Direktoren; Halbierung des Rundfunkrats, Wahl der Vertreter direkt vom Volk;</p> <p>größere Transparenz mittels einer grundsätzlichen Öffentlichkeit aller Sitzungen der Aufsichtsgremien und ihrer Unterausschüsse; höhere Hürden für den Ausschluss der Öffentlichkeit;</p> <p>Ermöglichung echter Programmbeschwerden, die öffentlich behandelt werden müssen;</p>	<p>Bildung, Jugend und Sport zu einem Kultusministerium;</p> <p>Förderung der Sprache und Kultur der Sorben und Wendinnen durch langfristige Garantie der Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk;</p> <p>dauerhafte Gewährleistung der sorbischen/wendischen Kultur- und Bildungsautonomie;</p> <p>Etablierung einer Lehrerbildung für die niedersorbische/wendische Sprache im Land;</p> <p><u>Medien:</u></p> <p>keine weitere Erhöhung der Rundfunkgebühren, wie sie die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten vorgeschlagen hat;</p> <p>Reform der öffentlich-rechtlichen Rundfunklandschaft;</p> <p>weiterer Ausbau des Stellenwerts Brandenburgs in den Programmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks;</p> <p>Stärkung des politischen Pluralismus und des Dialogs zwischen Medienvertretern, Zuschauern und Zuhörern;</p>
--	---	---	--	--	--

**WIRTSCHAFT**

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Entwicklung Brandenburgs zu einer Freiheitszone für Unternehmen;</p> <p>neue Mindeststandards für Gewerbe- und Industrieflächen; Unterstützung der Kommunen bei der Errichtung neuer Gebiete;</p> <p>deutlich effizientere Gestaltung der Genehmigungsprozesse innerhalb und zwischen den einzelnen Behörden;</p> <p>Genehmigungsfiktionen für Standardprojekte wie Glasfaserausbau, Mobilfunk, Laeinfrastruktur und Stromnetze;</p> <p>gesetzliche Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes;</p> <p>geringere Frequenzen bei Sozialversicherungs- und Betriebsprüfungen;</p> <p>Einrichtung von Innovationsräumen in räumlicher Nähe von innovativen Forschungsclustern; Erhöhung der Innovationsgeschwindigkeit durch Verdichtung von Forschung, Unternehmen und Wagnisse;</p>	<p>Stärkung des industriellen Kerns der Wirtschaft durch wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und schnelle Genehmigungsverfahren, bspw. Einsatz von Projektmanagern;</p> <p>Sicherung der Zukunft des PCK Schwedt; Gewährleistung der Versorgung über die Pipelines, der Aufrechterhaltung der Produktion und des Erhalts der Arbeitsplätze;</p> <p>Nutzung von CCS- Technologie mit „blauem“ Wasserstoff;</p> <p>Sicherung der Stahlproduktion in Eisenhüttenstadt, indem die Transformation zu neuen Technologien unterstützt wird;</p> <p>aktivierende Wirtschaftspolitik: weniger Vorschriften und mehr Geschwindigkeit durch Digitalisierung und optimierte Prozesse;</p> <p>Ausweisung und Erschließung von Gewerbe- und Industrieflächen;</p> <p>Kofinanzierung der Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen mit Ansiedlungspotenzial insb. in fi-</p>	<p>Gewinnung von Fachkräften aus anderen Regionen für Leben und Arbeiten in Brandenburg;</p> <p>Ansiedelung von Industriebetrieben und Modernisierung sowie klimaneutraler Umbau der ansässigen Betriebe;</p> <p>Stärkung der Wirtschaftsförderung, um die Entwicklung strukturpolitisch bedeutsamer Gewerbeflächen voranzubringen und kommunale, universitäre oder unternehmensnahe Innovationsorte zu entwickeln;</p> <p>Weiterführung der Kooperation der Wirtschaftsförderung Brandenburg mit den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften;</p> <p>Erhalt und Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Klein- und Kleinstunternehmen;</p> <p>weitere personelle Verstärkung der Genehmigungsbehörden, um Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Umbau der Wirtschaft deutlich zu beschleunigen;</p>	<p>Grundsätzlich andere Form des Wirtschaftens, jenseits der Logik des Kapitalismus;</p> <p>Gemeinwohlökonomie, die sich an Nachhaltigkeitszielen und dem Schutz von Mensch, Umwelt, Klima sowie den Bedürfnissen von Arbeiter*innen, Arbeitslosen, Kindern, Jugendlichen und Rentner*innen orientiert;</p> <p>Auflegen eines Transformationsfonds, um innovative Ideen in allen Wirtschaftsbereichen gezielt unterstützen zu können; ausschließlich für Unternehmen, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge haben;</p> <p>Gründung einer landeseigenen Industrief Stiftung;</p> <p>Einsetzung eines „Brandenburgischen Zukunftsrat Wirtschaft“ unter Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner;</p> <p>Beschleunigung von Genehmigungsverfahren; mehr Personal in den Genehmigungsbehörden; Vorantreiben der Digitalisierung, Vereinfachung von Abläufen;</p>	<p>Förderung der Industrie und Unterstützung bei der Transformation;</p> <p>Unterstützung der Bestandsunternehmen, sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen, ihre Energieverbräuche zu reduzieren oder Energie selbst zu produzieren, Wertstoffkreisläufe umzusetzen und die Klimaneutralität anzustreben;</p> <p>Schließen von Wertschöpfungsketten bei der Neuan siedlung von Unternehmen in modernen Industrien, um Transportwege zu reduzieren und die Wirtschaft widerstandsfähiger zu machen;</p> <p>Förderung der Erforschung und Nutzung weiterer geologischer Rohstoffe, um nachhaltige Industrien zu unterstützen;</p> <p>moderne Rohstoffpolitik; Reform des Bergbaurechtes mit nachhaltigen, ökologischen und ethischen Grundsätzen;</p> <p>Reform der bisherigen Förderabgabe des Landes im Lichte einer modernen Rohstoffpolitik;</p>	<p>Weiterentwicklung des Landes als Gewerbe-, Industrie-, Tourismus- und Kulturstandort;</p> <p>schnellstmögliche Umkehrung der Deindustrialisierung; neuer Stellenwert für Kleingewerbe und Handwerk;</p> <p>Priorität für die Reindustrialisierung des Landes als Querschnittskonzept;</p> <p>Sicherung der vorhandenen industriellen Kerne, um günstige Voraussetzungen für eine Reindustrialisierung zu schaffen;</p> <p>Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, in denen erleichterte administrative und rechtliche Regelungen für Investoren, Gründer sowie Unternehmer gelten;</p> <p>Erhalt der Infrastruktur in der Lausitz; Umsetzung sämtlicher im Strukturstärkungsgesetz verankerten Infrastrukturmaßnahmen; gezielter Ausbau des Straßen- und Schienennetzes in der Lausitz; unverzügliche Einstellung der einseitig ausgerichteten Fokussierung auf rein klimaideologische Maßnahmen;</p>	<p>Gute Rahmenbedingungen für alle Betriebe, im ländlichen und städtischen Bereich;</p> <p>unverzügliche Aufstellung einer landesweiten Wasserversorgungsstrategie als Voraussetzung für die Sicherung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung;</p> <p>sinnvolle Zusammenlegung der „Fördertöpfe“, um dem Wildwuchs aus verschiedenen Förderprogrammen zu begegnen;</p> <p>zielgerichteter Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe in Landwirtschaft und Industrie zur Förderung krisensicherer ökonomischer Stabilität, lokaler Identifikation und ökologischer Balance;</p> <p>„Tesla-Geschwindigkeit“ bei allen Vorhaben und für alle Unternehmen;</p>

<p>nanzschwachen Kommunen mit einem landesweiten Investitionsfonds;</p> <p>Einrichtung eines Kompetenzzentrums, das insb. Kommunen mit kleiner Verwaltung bei der Planung von Gewerbeflächen und bei Unternehmensansiedlungen fachlich unterstützt;</p> <p>vollständige Digitalisierung von Antragstellung und Abwicklung von Förderprogrammen und Zusammenführung in einer übersichtlichen Plattform;</p> <p>messbare und transparente Überprüfung der Effektivität der Förderprogramme; Entwicklung von Kontrollmechanismen, um Erfolg, aber auch Missbrauch und Fehlinvestition zu erkennen;</p> <p>Vereinfachung, Vereinheitlichung und Verschlankeung des Vergabegesetzes; keine vergabefremden Kriterien, bspw. gleichstellungspolitische Regelungen, da sie vor allem kleine Unternehmen benachteiligen;</p> <p>Einrichtung eines „Brandenburger Wirtschaftsrat“ als Beratungsgremium der Landesregierung;</p>	<p>Festlegung maximaler Bearbeitungszeiten für Genehmigungen;</p> <p>Unterstützung des Handwerks bei den großen Herausforderungen wie Digitalisierung und Sicherung von Auszubildenden und Fachkräften;</p> <p>Abschaffung der Fortbildungskosten für den Meisterabschluss (Bundesebene); Fortführung der Meistergründungsprämie;</p> <p>Weiterentwicklung der gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg;</p> <p>Unterstützung und Sicherung des Filmstandorts Babelsberg;</p>	<p>keine einseitige Bevorzugung von Großinvestoren bei Genehmigungsverfahren;</p> <p>Erhöhung der Transparenz von Genehmigungsverfahren;</p> <p>langfristige Sicherung des PCK Schwedt durch staatliche Beteiligungen; zukunftsfeste, klimagerechte und soziale Transformation des Standortes Schwedt hin zu grünem Wasserstoff, grüner Chemie etc.;</p>	<p>keine Exploration neuer Gasvorkommen;</p> <p>Kreislaufwirtschaft: Erneuerung des Abfall- und Bodenschutzgesetzes; Entwicklung einer Kreislaufwirtschaftsstrategie auf Basis der nationalen Strategie der Bundesregierung; landesweite Recyclingquoten, Sammelstellen für Sekundärrohstoffe und wiederverwendbare Bauteile jeglicher Art;</p> <p>Auflage landesweiter Innovationspreise zur Entwicklung von Konzepten und Projekten, die zur Rückgewinnung kritischer Rohstoffe und Sekundärrohstoffe aus Altdeponien, Bauschuttdeponien und langlebigen Konsumgütern beitragen;</p> <p>gezielte Unterstützung von Unternehmen, die bereits beim Produktdesign auf Reparaturfähigkeit, Wiederverwendung, Langlebigkeit und recyclingsachten;</p> <p>bevorzugter Einsatz von Recyclingmaterialien durch die Öffentliche Hand; Förderung der ökologischen und sozialen Beschaffung in der Verwaltung; Unterstützung landeseigener Betriebe bei der Einführung von Gemeinwohlbilanzen;</p>	<p>Stärkung des Einzelhandels mit einem umfassenden Regionalkonzept;</p> <p>Stopp von EU-Projekten wie der Green Deal oder Fit vor 55; Aufhebung des Verbrennungsmotorverbots;</p> <p>Herauslösen der Filmindustrie Babelsberg aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich und Befreiung von politisch-korrekten Vorgaben; Auslobung eines Potsdamer Drehbuchpreises für innovative Ideen nach Marktkriterien;</p>	
---	--	--	---	---	--

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Stärkere inhaltliche Unterstützung und besserer Zugang zu Risikokapital für Gründerinnen und Gründer über ein neues Netzwerk mit Partnern aus der Privatwirtschaft;</p> <p>Förderung von Gründergeist und Gründerkompetenz durch Entrepreneurship-Angebote an den Hochschulen;</p> <p>Ermöglichung einer Online-Firmengründung innerhalb weniger Minuten aus jeder Ecke des Landes;</p> <p>Gestaltung des Kontaktes zwischen Gründern, Unternehmen und Behörden im Sinne des One-Stop-Shop-Prinzips;</p> <p>Einführung eines Gründerstipendiums; breite Anlage der Förderung zur Absicherung des ersten Jahres einer Gründungsphase mit monatlich 1000 €;</p> <p>Neuaufstellung des Fördermanagements für Unternehmen in Gründung über die Investitionsbank, Sicherstellung einer entsprechenden Förderleistung;</p>	<p>Begeisterung junger Menschen für das Unternehmertum wecken; Vermittlung in Schulen und Hochschulen, wie Existenzgründungen erfolgen;</p> <p>Gründungsturbo: Existenzgründungen, Startups und digitale Gewerbeanmeldung sollen in kurzer Zeit erfolgen;</p> <p>Auflegen eines Innovationsfonds in revolvingender Form oder als Matching Fund zur Unterstützung von Startup-Unternehmen, neuen Technologien, Produkten und Geschäftsfeldern;</p>	<p>Ausbau von Innovationsorten wie Potsdam Science Park in Golm, Lausitz Science Park in Cottbus und Hochschule Wildau (dahme innovation); Vernetzung zur Unterstützung von Ausgründungen und Start-ups.</p>	<p>Günstige Flächen für Gründerinnen und Gründer per Erbbaupacht;</p> <p>Beratung der digitalen Startup-Szene sowie digitaler Projekte auch über die Gründungsphase hinaus durch die Digitalagentur;</p> <p>langfristige Ausrichtung und finanziell gute Ausstattung der Meistergründungsprämie;</p>	<p>Unterstützung von Unternehmen und Startups durch bessere Vernetzung von Akteur*innen und durch Bildung von lokalen Netzwerken; Ausbau digitaler Plattformen für schnelle Betriebsgründungen und-Erweiterungen, auch für Unternehmensnachfolge;</p> <p>Unterstützung von Existenzgründer*innen, aber auch der Übernahme und Reorganisation bestehender landwirtschaftlicher Höfe durch folgende Generationen mit einer zielgerichteten Förderung und Beratungsangeboten;</p> <p>Ausbau der Ausreichung von Niederlassungs- und Investitionsprämien für Existenzgründer*innen in der Landwirtschaft;</p>	<p>Förderung von Zukunftstechnologien; Erleichterung von Unternehmensgründungen im Bereich der Zukunftstechnologien; geeignete Maßnahmen zur Förderung von Startup-Unternehmen;</p> <p>Beseitigung von Hemmnissen zur Gründung und Führung von kleinen und mittelständischen Unternehmen;</p> <p>Steigerung der Attraktivität von Selbstständigkeit, Neufirmengründung und Firmenübernahmen;</p>	<p>Abbau der Hürden der strangulierenden Bürokratie für Startups; Nutzung der Potenziale der Nähe zur Bundeshauptstadt, um gezielt Ansiedlungen zu erreichen;</p> <p>zeitlich begrenzte Befreiungen von unnötigen Regulierungen für Gründer; Unterstützung von Gründern bei der Vernetzung mit potentiellen Kapitalgebern und Forschungseinrichtungen;</p>

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Weitere Forcierung der Ansiedlung großer Unternehmen, um die Arbeitsplätze der Zukunft nach Brandenburg zu holen;</p> <p>gesetzliche Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes; die in der EU-Arbeitszeitrichtlinie vorgesehene wöchentliche Höchstarbeitszeit soll die tägliche Höchstarbeitszeit ablösen und so mehr Flexibilität ermöglichen;</p> <p>Abschaffung des Ladenschlussgesetzes; Ermöglichung der Sieben-Tage-Woche für den Einzelhandel;</p> <p>bessere Begleitung und effizientere Gestaltung des Übergangs zum außeruniversitären Arbeitsmarkt für Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen;</p> <p>weitere Flexibilisierung des Renteneintrittsalters; Erhöhung der Anreize für längeres Arbeiten über die Reduzierung von Zuverdienstgrenzen;</p> <p>Abschaffung des brandenburgischen Mindestlohns und der damit verbundenen bürokratischen Regelungen;</p>	<p>Gewinnung von Fachkräften: Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Gesamtpaket für schnelle und unbürokratische Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen sowie für Vermittlung von Wohnungen, Sprachkursen, Kita und Schulplätzen;</p> <p>Stärkung von Ausbildungsstandorten mit attraktiven Wohnangeboten für Azubis;</p> <p>Gewinnung von Rentnerinnen und Rentnern als Fachkräfte durch attraktive Zuverdienstmöglichkeiten;</p> <p>Förderung von Zuwanderung und Integration von Fach- und Arbeitskräften; Beschleunigung von Anerkennungsverfahren, schnellere Ausstellung von Arbeitsgenehmigungen; keine Absenkung der Bedingungen und Voraussetzungen für Einbürgerungen;</p> <p>Ausbau von Programmen zur Unterstützung von Arbeitgebern, um Zugewanderte berufsbegleitend in den Arbeitsmarkt zu integrieren;</p>	<p>Voranbringen des gemeinsamen Arbeitsmarktes in der Hauptstadtregion mit abgestimmten Fach- und Arbeitskräftemaßnahmen;</p> <p>Gewinnung von mehr Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen für Leben und Arbeit in Brandenburg; gezielte Anwerbungsoffensive;</p> <p>noch konsequentere Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt; Ermöglichung der Arbeitsaufnahme ab dem ersten Tag im Bereich der Zuwanderung; gezielte Förderung von Programmen wie Spurwechsel; unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse und fachlicher Qualifikationen;</p> <p>Förderung der beruflichen Teilhabe und gleichwertiger Karrierechancen von Frauen;</p> <p>Steigerung der Tarifbindung;</p> <p>Einführung einer Tarifregelung für die Vergabe öffentlicher Aufträge;</p> <p>noch konsequentere Ausrichtung der staatlichen Wirtschaftsförderung, dass</p>	<p>Verpflichtung zur Bezahlung aller Beschäftigten nach Tarif für alle, die öffentliche Aufträge oder öffentliche Fördermittel erhalten;</p> <p>Erhöhung des Vergabemindestlohns auf 15 € und Koppelung dessen Entwicklung an die Inflation;</p> <p>Modellprojekt zur Einführung der Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich; Begrenzung der Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden;</p> <p>mehr Mindestlohnkontrollen; Einrichtung einer Kontrollstelle, die Stichprobenkontrollen vor Ort durchführt und auf diese Weise Lohndumping verhindert;</p> <p>grundsätzliche Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen;</p> <p>Zurückdrängen von Befristungen; Absicherung sämtlicher Tätigkeiten über die Sozialversicherungen, einschließlich Beschäftigten über Plattformen, Solo-Selbstständigen, Saisonbeschäftigten und Minijobberinnen und Minijobbern;</p>	<p>Stärkung von Betriebs- und Personalräten; Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die mit ausreichendem und dafür qualifiziertem Personal die Verfolgung von gezielten Störungen, Behinderungen oder sogar Verhinderung von Betriebsratstätigkeit und von gewerkschaftlicher Betätigung (Union Busting) unterstützt;</p> <p>Verankerung einer mitbestimmungsrechtlichen Zuständigkeit der Personalräte für alle personellen, sozialen und organisatorischen Angelegenheiten; deutliche Stärkung der Mitbestimmung der Personalräte in Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes;</p> <p>soziales und ökologisches Vergaberecht;</p> <p>deutliche Anhebung des Vergabemindestlohns; praktikable Weiterentwicklung bereits vorhandener sozialer und ökologischer Vergabeanforderungen;</p> <p>zentrale Vergabestelle für öffentliche und öffentlich beherrschte Auftraggeber;</p> <p>Modernisierung der dualen Ausbildung entsprechend</p>	<p>Familienfreundlichere Arbeitsbedingungen: Ermöglichung mit Hilfe einer flächendeckenden Modernisierung der Datenetze, dass Arbeit auch von zu Hause aus verrichtet werden kann;</p> <p>Versorgung Brandenburgs mit qualifizierten Arbeitskräften muss in erster Linie über die vollständige Erschließung der einheimischen Potenziale erfolgen; umfassende Aus- und Weiterbildung, Überführung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und Beendigung der Diskriminierung von älteren Arbeitnehmern und Alleinerziehenden;</p>	<p>Steuerfreiheit für gesetzliche Renten unter 2000 € im Monat (Bundesebene);</p> <p>Mindestlohn von mindestens 14 €; Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen, auch Abgeordnete und Beamte (Bundesrat);</p> <p>Allgemeinverbindlichkeitserklärung des geltenden Tarifvertrags in wesentlich mehr Branchen;</p> <p>Tariftreugesetz, allgemeinverbindliche Tarifverträge, höhere Vergabe Mindestlohn;</p> <p>öffentliche Aufträge nur noch für Betriebe, die Tariflohn zahlen;</p> <p>finanzielle und politische Aufwertung sozialer Berufe;</p> <p>gute Ausbildung des Nachwuchses, statt Zuwanderung aus der ganzen Welt, die bei uns die Löhne drückt und den Herkunftsländern ihrer Arbeitskräfte abzieht;</p> <p>bessere Entlohnung von Ausbildungen; Perspektive für späteren beruflichen Aufstieg;</p>

<p>keine Bedürftigkeit bei Ablehnung zumutbarer Arbeit;</p> <p>Übernahme gemeinnütziger Tätigkeiten durch Asylbewerber;</p> <p>steuerliche Belohnung von Fleiß bei Überstunden und für arbeitende Rentner und Pensionäre;</p>	<p>tarifgebundene Unternehmen davon profitieren;</p> <p>Geltung der Tarifbindung auch für öffentliche Unternehmen;</p> <p>Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen;</p> <p>Erhöhung des Vergabemindestlohns in zwei Schritten auf 15 € pro Stunde;</p> <p>Schaffung von Rahmenbedingungen, die von der Kita bis zur Berufstätigkeit sicherstellen, dass beide Geschlechter dieselbe Chance auf Zugang zu allen Ausbildungs- und Berufsfeldern haben;</p> <p>Harmonisierung der Feiertage mit Berlin;</p> <p>Stärkung des Systems der dualen Ausbildung; Kostenfreiheit und faire Vergütung der Ausbildung;</p>	<p>Einführung eines Rechts auf familienfreundliche Arbeitszeiten, eines Rechts auf Homeoffice, eines Mitbestimmungsrechts bei der Personalbemessung und einer Anti-Stress-Verordnung mit klaren Vorgaben für die Unternehmen;</p> <p>Bekämpfung von Union Busting, Schaffung der Voraussetzungen durch ein Betriebsrätenetzwerk;</p> <p>stärkere Bekämpfung von Schwarzarbeit; personelle und finanzielle Aufstockung der Arbeitsschutzbehörden;</p> <p>Förderung der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz;</p> <p>Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung beim Arbeitsschutz;</p> <p>Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Saisonarbeitskräfte und in der Landwirtschaft, faire Löhne;</p> <p>humane Gestaltung der digitalen Arbeitswelt;</p> <p>Förderung von Angeboten zur Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten;</p>	<p>zukunftsorientierten Berufsbildern;</p> <p>Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen; weiterer Ausbau von Kinderbetreuung und Pflegeangeboten;</p> <p>Erleichterung des Zugangs zu Jobangeboten für Quereinsteiger*innen; Verbesserung der Möglichkeiten für ältere Menschen durch entsprechende Qualifizierungen;</p> <p>Unterstützung klein- und mittelständischer Unternehmen bei der Qualifizierung ihrer Arbeitnehmer*innen;</p> <p>Verbesserung der Einbindung von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt;</p> <p>schnellere Integrierung von Geflüchteten und zugewanderten Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt und Einsetzung für sinnvolle Tätigkeiten; schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Nachqualifizierung von Arbeitskräften;</p>	<p>stärkere Förderung und Bewerbung von Berufsqualifizierungen und Meister-Weiterbildungen sowie Umschulungsprogrammen, die dem gesellschaftlichen Arbeitskräfte-Bedarf und den Eignungen der Interessenten entsprechen;</p>
---	---	---	---	--

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Konsequenter Bürokratieabbau als oberste Priorität der Wirtschaftspolitik;</p> <p>Abschaffung des Ladenschlussgesetzes; Möglichkeit für die Einzelhändler, zu öffnen, wann sie wollen und können; Ermöglichung der 7-Tage-Woche;</p> <p>Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung und der Beratungs- und Unterstützungsangebote, um eine hohe Beratungsqualität sicherzustellen und Personalkosten zu senken;</p> <p>Etablierung einer Kategorie für gelungene Unternehmensnachfolge im Rahmen des Existenzgründungspreises;</p> <p>spezielle Förderprogramme für Unternehmensnachfolge; Ausbau von Beratungsangeboten zusammen mit den Kammern;</p> <p>Gleichwertigkeit von Meister und Master; Förderung der Meisterausbildung von Handwerkerinnen und Handwerkern wie Studierende für den Master;</p>	<p>Einführung des kostenfreien Meisterbriefs; Erstattung aller Kosten nach erfolgreicher Prüfung, die nicht bereits vom Bund übernommen werden und die über die derzeitige Landesförderung hinausgehen;</p> <p>Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe bei der Suche nach Unternehmensnachfolgern durch Aufbau eines Nachfolgemanagements; Erleichterung des Übergangs z.B. durch Verlängerungen oder Bestandsschutz von Genehmigungen;</p>	<p>Stärkung von Handwerk und Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft gerade in der Fläche des Landes;</p> <p>Weiterte Unterstützung des Handwerks bei den großen Herausforderungen wie der Digitalisierung und der Sicherung von Auszubildenden und Fachkräften;</p> <p>niedrigschwellige Zugänge für den Wissenstransfer aus Universitäten und Hochschulen für kleine und mittlere Unternehmen;</p>	<p>Kostenlose Meister-, Techniker- und Fachwirtausbildung;</p> <p>Entlastung von Handwerk sowie kleinen und mittleren Unternehmen von Bürokratie; Reduzierung der Förderprozesse von unnötigem Verwaltungsaufwand in den KUM; Konzentration der Innovationsförderung in Forschungsclustern;</p> <p>Einführung eines Risiko-Zukunftsfonds für zinslose Darlehen für neue Unternehmerinnen und Unternehmer und ihre Ideen;</p> <p>starke Verbesserung des Zugangs zu Förderprogrammen für kleine Unternehmen;</p> <p>Förderprogramme für die Gründung von gewerblichen Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Unternehmensformen;</p> <p>Einrichtung eines Förderprogramms für Produktivgenossenschaften;</p>	<p>Effizientere Gestaltung bürokratischer Prozesse für Unternehmen; Einrichtung einer zentralen Plattform für den Kontakt mit Behörden;</p> <p>Verbesserung der Chancen für das traditionelle Handwerk vor Ort, kleine und mittlere Unternehmen sowie Startups bei öffentlichen Ausschreibungen;</p> <p>Förderung der regionalen Wertschöpfungsketten, der Produktion vor Ort, Erhalt und Schaffung neuer, gut bezahlter Arbeitsplätze in den Städten und Gemeinden;</p>	<p>Umfassende Landesinitiative zur Steigerung der Attraktivität von Handwerks<sup>A</sup>- und Industriebetrieben;</p> <p>Ermöglichung einer kostenfreien Ausbildung zum Meister und aller gleichwertigen Berufsausbildungen durch einen Sonderfonds; Gebührenfreiheit für alle erfolgreich abgelegten Meisterprüfungen und gleichwertigen Fortbildungsprüfungen;</p>	<p>Ausbau und einfachere Gestaltung des Wachstumsprogramms für kleine Unternehmen (GRW-G);</p> <p>unbürokratische Verfahren und schnelle, verlässliche Entscheidungen in der Politik und finanzielle und administrative Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe in Produktion, Handwerk, Handel, Dienstleistung, Landwirtschaft, Tourismus und weiteren Bereichen;</p> <p>Betriebe des Mittelstands als Förderschwerpunkt, damit die zahlreichen kleinen und mittleren Betriebe finanzielle Mittel zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und zur Anhebung der Löhne ihrer Mitarbeiter erhalten;</p>

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für den Erwerb der ersten selbstgenutzten Immobilie von 400.000 € pro Person bzw. 800.000 € pro Familie;</p> <p>schrittweise Halbierung der Grunderwerbsteuer auf 3,25 %;</p> <p>Prüfung einer alleinigen Nutzung des Bodenrichtwertes als Berechnungsgrundlage bei der Grundsteuer;</p> <p>automatische jährliche Anpassung zukünftiger Steuerfreibeträge an die Inflation;</p> <p>Einhaltung der Schuldenbremse; Reduzierung der Landesverschuldung; Implementierung eines Tilgungsplans in der mittelfristigen Finanzplanung; Einfließen von Jahresüberschüssen mindestens zur Hälfte in die Schuldentilgung;</p> <p>Steigerung der Landeseinnahmen durch Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, nicht durch Steuererhöhungen;</p>	<p>Bekennnis zum kommunalen Finanzausgleich in der bestehenden Form;</p> <p>Unterstützung der Kommunen mit Verbindlichkeiten beim Abbau ihrer Schulden;</p> <p>bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Kommunen durch die Landespolitik, damit die ab 2025 nach dem neuen Bewertungsrecht festgesetzte Grundsteuer wie versprochen aufkommensneutral bleibt;</p> <p>Aufgaben- und Ausgabenkritik in Form einer „Brandenburg-Inventur“ zu Beginn der Legislaturperiode, um Schwerpunkte neu zu justieren und Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen;</p> <p>Belastungsbremse für die Bürger: keine neuen Steuern oder Abgaben;</p> <p>schnellere Bearbeitungszeiten für Steuerrückerstattungen durch bessere Personalausstattung in den Finanzämtern und Digitalisierung;</p> <p>dauerhafte, zweistellige Investitionsquote;</p>	<p>Landesfinanzen solide und zukunftsfähig halten;</p> <p>Neuaufgabe der kommunalen Investitionsprogramme, um die Kommunen zu unterstützen;</p> <p>Veränderung des kommunalen Haushaltsrechts, dass die Kommunen pflichtige Investitionsmaßnahmen leichter umsetzen können;</p>	<p>Streichung der Schuldenbremse aus der Landesverfassung;</p> <p>keine Finanzpolitik, die Schuldentilgung als vorrangiges Ziel beschreibt und dabei dringend notwendige Landesaufgaben nicht erfüllt;</p> <p>zielgerichteter weiterer Ausbau der Landesbürgschaften für soziale und nachhaltige Infrastruktur;</p> <p>Zurückführung des Volumens der Derivatgeschäfte des Landes mit dem Ziel, langfristig auf Derivate zu verzichten;</p> <p>Änderung der Kapitalertragssteuer;</p> <p>Durchsetzung des Steuervollzugs; zusätzliches Personal in den Finanzämtern des Landes und der Steuerverwaltung; Erhöhung der diesbezüglichen Ausbildungskapazitäten; mehr Betriebsprüferinnen und -prüfer und Personal zur Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung;</p> <p>nachhaltige Stärkung der Finanzlage der Kommunen;</p>	<p>Umfangreiche Investitionen, um neuen Schwung in Städte und Regionen, Mobilität und Wirtschaft zu bringen;</p> <p>Weiterentwicklung der Schuldenbremse; neue Regeln mit Ausnahmen für Investitionen in die Zukunft und die Lebensgrundlage kommender Generationen;</p> <p>Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen: Umsetzung der Sustainable Finance-Strategie; Aufnahme neuer ökologischer und sozialer Kriterien in die Kreditvergabe der ILB;</p> <p>Änderung des Sparkassengesetzes, mehr Transparenz; Offenlegung der Vorstandsgehälter, Stärkung der Arbeit der Verwaltungsräte;</p> <p>Entwicklung einer Null-Emission-Strategie für die ILB, mit der sie bis 2025 alle klimaschädlichen Investitionen und Finanzierungen beendet;</p> <p>stärkere Nutzung der Beteiligungen des Landes an privatwirtschaftlichen Unternehmen, um einen ökologischen und sozialen Wandel</p>	<p>Stärkung des Steuerwettbewerbs der Gemeinden und Kommunen;</p> <p>Beendigung der Steuergeldverschwendung; Konsolidierung der Finanzen; Konzentration auf notwendige Ausgaben;</p> <p>Prüfung und Einschränkung der Staatsausgaben;</p> <p>Sensibilisierung der Mitarbeiter der Finanzämter dafür, Unternehmer nicht als potentielle Steuerhinterzieher anzusehen;</p> <p>keine weitere Zunahme von Verwaltungsstellen; Übernahme nur der Aufgaben durch die Verwaltung, die im eigenen Zuständigkeitsbereich liegen;</p> <p>Verankerung des Rechts auf Bargeld im Grundgesetz;</p> <p>Definition und Ahndung von Verschwendung von Steuergeldern als Straftatbestand analog zur Steuerhinterziehung als Straftat;</p> <p>Verbot des Schuldentransfers in öffentliche Unternehmen;</p>	<p>Grundlegende Reform des Kommunalabgabenrechts; Eröffnung einer effektiven, rechtssicheren und nachhaltigen Refinanzierung eigener Aufgaben und Leistungen, unabhängig vom Zustand der Landesfinanzen;</p> <p>Reform des Finanzausgleichsgesetzes zur Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung und Neuausrichtung der Beziehungen zwischen Kommunen und Land;</p> <p>Behebung des Investitionsstaus in den Kommunen; ausreichende und grundsätzliche Finanzierung;</p> <p>Stärkung von Bürgerhaushalten; Ermöglichung direkter Einflussnahme von Bürgern auf die kommunale Politik;</p> <p>Keine schleichende Abschaffung des Bargelds im Alltag;</p> <p>Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen; Reform des Finanzausgleichsgesetzes, damit alle Kommunen in die Lage ver-</p>

<p>Erhöhung der Investitionsquote durch hohe Ausgabendisziplin und klare Prioritätensetzung;</p> <p>Entlastung personalintensiver Prozesse durch Digitalisierung und Automatisierung;</p> <p>Nutzung der Chancen von Künstlicher Intelligenz bei Aufdeckung und Bekämpfung von Finanzkriminalität;</p> <p>kritische Prüfung aller Landesbeteiligungen; Reduzierung unternehmerischer Tätigkeiten des Landes;</p> <p>Reduzierung der Anzahl an Förderprogrammen, Senkung der mit der Beantragung verbundenen bürokratischen Hürden;</p> <p>Erweiterung der Kompetenzen des Landesrechnungshofs, Ausstattung seinen Aufgaben entsprechend;</p> <p>Reform der Aufgaben der staatlichen Ebenen und der damit verbundenen Finanzierung; vollständige Ausfinanzierung von Aufgaben, die an Kommunen abgegeben werden; Weitergabe von Mitteln, die von der Bundesebene für die Erfüllung von Aufgaben in den Kommunen bereitgestellt werden, in voller Höhe durch das Land an die Kommunen;</p>	<p>Brandenburger Innovationsfonds in revolvingender Form oder als Matching Fund zur Unterstützung von Start-up-Unternehmen, neuen Technologien, Produkten und Geschäftsfeldern;</p>		<p>Verbesserung des Finanzausgleichs für kleine und ländliche Kommunen;</p> <p>mehr Geld in Form von investiven Schlüsselzuweisungen für notwendige Investitionen der Kommunen;</p> <p>mehr finanzielle Mittel und Beratungsleistungen durch das Land, wenn Kommunen sich dafür entscheiden, Aufgaben künftig gemeinsam mit anderen zu erledigen;</p> <p>Verbesserung der Kommunalfinanzen: Stabilhalten der Verbundquote für die Kommunen; Abschaffung des Vorwegabzugs, mit dem das Land den Kommunen derzeit jährlich 95 Mio € entzieht; Erhöhung der investiven Schlüsselzuweisungen um diesen Betrag;</p> <p>Überprüfung der Grundlagen für die Verteilung finanzieller Mittel im Land hinsichtlich eines Flächenfaktors;</p> <p>Schaffung von mehr finanziellen Spielräumen für Investitionen;</p> <p>Einrichtung eines „kommunalen Entschuldungsfonds Brandenburg“;</p>	<p>in den Unternehmen vorwärts zu bringen;</p> <p>gerechtere Verteilung der Gelder zwischen den Kommunen; Änderung der Regeln der Kommunalfinanzierung; Anpassung des Schlüssels, nach dem Steuereinnahmen im Land auf die Kommunen verteilt werden; Zuweisung von mehr Geld für Kommunen, in denen mehr Menschen mit geringen Einkommen leben; stärkere Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte;</p> <p>Ermöglichung, Steuerzuweisungen des Landes auch zur Tilgung von Investitionskrediten zu nutzen, um ärmeren Gemeinden große Investitionen zu erleichtern;</p> <p>Auflegen eines Transformationsfonds, der kommunale Investitionen in energetische Sanierungen oder eine erneuerbare Energieversorgung fördert;</p> <p>Prüfung des aktuellen Landeshaushalts aufs Geschlechtergerechtigkeit; schrittweise geschlechtergerechte Aufstellung zukünftiger Haushalte über die nächsten fünf Jahre;</p> <p>Einführung eines Entgeltgleichheitschecks in allen Einrichtungen des Landes;</p>	<p>Neuregelung der Verteilung der Steuermittel zwischen Land und Kommunen mit einer Änderung des kommunalen Finanzausgleichs;</p> <p>Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen;</p> <p>Einführung eines symbolischen Steuerzahler Gedenktages;</p> <p>Einrichtung einer Zuwendungsdatenbank, um Zuwendungen für den Steuerzahler transparent zu machen;</p> <p>sorgfältige Prüfung sämtlicher geförderter Vereine, Projekte und Initiativen;</p> <p>grundsätzliche Senkung des Grunderwerbsteuersatzes von 6,5 auf 3 %; entfallen der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie;</p>	<p>setzt werden, einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen;</p> <p>keine Eindämmung des Fortschritts im Land durch die Schuldenbremse; Wiederzulassung von Kreditaufnahmen für öffentliche Investitionen;</p> <p>aufkommensneutrale Neuregelung der Grundsteuer; keine Mehrbelastungen für den Bürger;</p> <p>Wiedereinführung der Vermögensteuer für Multimillionäre und Milliardäre (Bundesrat);</p>
--	---	--	--	---	--	---

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Erarbeitung eines ganzheitlichen landesweiten Tourismuskonzepts;</p> <p>Schaffung ehrenamtlicher Markenbotschafter des Landes, die die regionalen Besonderheiten repräsentieren;</p> <p>Neudefinition des Tourismusleitbildes; Weiterentwicklung des Tourismus durch Digitalisierung und innovative Ansätze wie bspw. Einbindung von Gamification;</p> <p>stärkere Berücksichtigung der Belange des Tourismus gegenüber anderen Belangen bei Infrastrukturmaßnahmen;</p> <p>Stärkung des Erhalts und der Förderung der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe;</p> <p>Ausgestaltung des Gaststättenrechts, dass die Kosten auf das Notwendigste reduziert werden;</p> <p>Unterstützung und Verstärkung der positiven Entwicklung des Tourismus durch landesplanerische Maßnahmen;</p>	<p>Stärkere und flexiblere Ausrichtung der Tourismusentwicklung auf den konkreten Bedarf; Schwerpunkte auf Rad- und Wassertourismus sowie Kultur- und Gesundheitstourismus;</p> <p>Erhalt der Parkmöglichkeiten für Pkw in Innenstädten;</p> <p>Förderung der Instandhaltung und Pflege der Wasserstraßen und Schleusen im Rahmen einer mit dem Bund abgestimmten Gesamtstrategie;</p> <p>gezieltes Marketing in der Metropolregion für Naherholungstourismus im ländlichen Raum;</p> <p>Unterstützung der Gastronomie angesichts steigender Belastungen vor allem durch hohe Energie- und Einkaufspreise;</p> <p>Fortführung der Landesgartenschau als Veranstaltungshighlight und regionalem Entwicklungsimpuls;</p>	<p>Weitere Förderung und Ausbau von Brandenburg als wachsender Tourismusregion gemeinsam mit dem Tourismusmarketing, den Verbänden und Unternehmen;</p> <p>Ausbau des touristischen und Freizeit-Radverkehr und Verknüpfung mit der Planung des Alltagsradverkehrs;</p>	<p>Stärkung des Tourismus; Transformation zu naturverträglichen sowie klimafreundlichen Angeboten;</p> <p>Investitionen für gemeinnützige Einrichtungen des Kinder- und Jugendtourismus;</p> <p>Stärkung des naturnahen Tourismus; Ausbau und Lückenschluss sowie Pflege der Radwegeinfrastruktur; Förderung von Ladeinfrastruktur in Kommunen mit Radtourismus;</p> <p>Stärkung des naturnahen Wassertourismus;</p> <p>Ausbau und verstärkte Förderung des Tagestourismus; Berücksichtigung der Belange des Tourismus bei Baumaßnahmen an Straßen; Verstärkung der ÖPNV Verbindungen in tages touristisch bedeutende Regionen innerhalb der Saison;</p> <p>gezielte Unterstützung touristischer und gastronomischer Einrichtungen bei Investitionen, die Energie und Wasser sparen oder Abfall vermeiden;</p>	<p>Stärkere Investitionen in den naturnahen Tourismus;</p> <p>Brandenburg als Modellregion eines zeitgemäßen Radtourismus in Deutschland und Europa;</p> <p>erstklassige Radverkehrsinfrastruktur; integriertes einheitliches Qualitäts- und Datenmanagement für die touristische Radinfrastruktur; engere Verknüpfung mit attraktiven ÖPNV-Angeboten; Ausbau der Marktforschung im Bereich Radtourismus; Stärkung der Vermarktung des Radtourismus und hervorgehobene Verankerung in der Wirtschaftsförderung;</p> <p>bessere Versorgung mit Frischwasser, Strom, Sanitäranlagen und Müllentsorgungsplätzen auf dem Wasserstraßennetz; mehr digitale Lösungen bei der Nutzung von Schleusen und Ladesäulen sowie der Tourenplanung;</p> <p>Entwicklung eines landesweiten Konzepts für den Wassertourismus, Auflegen eines Förderprogramms für den elektrischen Bootsverkehr;</p>	<p>Ausbau der Tourismusinfrastruktur; Erhalt und Ausbau sowie bessere Verknüpfung von Wanderwegen, Radwegen und Straßen;</p> <p>Erhalt und Ausbau von Industriedenkmalern, Natur, Parks und Heimatsmuseen sowie des Schleusen- und Wasserstraßennetzes;</p> <p>Förderung insbesondere der lokalen Gastronomie;</p> <p>eigenes Budget im Landeshaushalt für alle Kreise und kreisfernen Städte ab 2025 zur Stärkung und regional unabhängigeren Gestaltung der Tourismuswirtschaft;</p> <p>Brandenburger Preis für Deutsche Kulinaristik;</p>	<p>Weiterer Ausbau des Wirtschaftszweigs Tourismus; faire Bezahlung, vernünftige Arbeitsbedingungen, praxisorientierte Ausbildung;</p> <p>bessere Nutzung der in den Tourismus fließenden Ressourcen, zum Nutzen der Touristen, aber auch der Beschäftigten;</p> <p>gute Balance zwischen der Entwicklung des Tourismus und den Interessen der Einwohner;</p> <p>Unterstützung der wachstumsstarken Sparten des Tourismus wie Naturerlebnisse, Wassertourismus, Städtereisen sowie Rad- und Wandertourismus;</p>

**INNEN UND RECHT**

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p><u>Polizei:</u></p> <p>Aufstockung der Anzahl der Polizistinnen und Polizisten auf 10.000;</p> <p>verbesserte Ausbildungsbedingungen für Polizistinnen und Polizisten;</p> <p>Bereitstellung von Arbeitskleidung der Polizisten in ausreichender Menge und hohem qualitativen Maß;</p> <p>Gewährleistung des Ausgleichs zwischen Privat- und Berufsleben auch im Polizeidienst;</p> <p>Funktionszulagen für Polizistinnen und Polizisten mit besonderer Verantwortung, z.B. Dienstgruppenleitern, Wachdienstführern und Revierleitern;</p> <p>Gründung einer „IT-Taskforce“ innerhalb der Landespolizei zur Bekämpfung von Cybercrime;</p> <p>Bekämpfung von Israel- und Judenhass mit Präventions- und Bildungsprogrammen sowie konsequenter Strafverfolgung;</p> <p>keine Verschärfung des Waffenrechts;</p>	<p><u>Polizei:</u></p> <p>Modernisierung des Polizeigesetzes; Erweiterung der Befugnisse bei Internet- und Cyberkriminalität, bspw. bei Quellen-TKÜ, Online-Untersuchungen oder beim Einsatz von Bodycams im privaten Wohnraum unter bestimmten Voraussetzungen;</p> <p>Nutzung der automatisierten Kennzeichenerfassung zur Gefahrenabwehr;</p> <p>flächendeckende Ausstattung der Einsatzkräfte mit Bodycams und Tasern;</p> <p>Abschaffung der namentlichen Kennzeichnungspflicht;</p> <p>Erhöhung der Polizei bis 2029 auf 9000 Stellen; keine Senkung der Qualifikationsanforderungen bei Einstellungsverfahren;</p> <p>Überführung des bisherigen Bachelorstudiengangs für den gehobenen Polizeivollzugsdienst in den „Bachelorstudiengang Schutzpolizei“;</p> <p>Entlastung der Polizeibeamten von bürokratischen Routineprozessen durch</p>	<p><u>Polizei:</u></p> <p>Erhöhung der Stellenzielzahl bei der Polizei auf 9000;</p> <p>Stärkung der Hochschule der Polizei in Oranienburg zur schnellstmöglichen Besetzung der aktuellen Stellenzielzahl;</p> <p>Schaffung eines zusätzlichen Ausbildungs- und Trainingszentrums;</p> <p>Erhöhung der Anzahl der Revierpolizistinnen und -polizisten insb. im ländlichen Raum;</p> <p>Erhöhung der Anzahl der Polizeistreifen auf den Straßen und Plätzen;</p> <p>Verstärkung der Bereitschaftspolizei um eine Hundertschaft;</p> <p>personelle Verstärkung der Kriminalpolizei; Aufbau moderner Ermittlungskompetenzen für veränderte Kriminalitätsformen;</p> <p>Förderung der Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Polizei; Weiterentwicklung gemeinsamer Polizeiteams;</p>	<p><u>Polizei:</u></p> <p>Evaluierung der in den vergangenen Jahren eingeführten Verschärfungen des Polizeigesetzes und Zurücknahme in weiten Teilen;</p> <p>Ausbau der Präventionsarbeit der Polizei und der kommunalen Kriminalitätsverhütung;</p> <p>Stärkung der Zahl der Revierpolizistinnen und Revierpolizisten vor allem im den ländlichen Räumen; Ausbau der Zusammenarbeit mit anderen Behörden und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren im Rahmen lokaler Sicherheitspartnerschaften;</p> <p>vollständige Sanierung von Polizeiwachen und Dienststellen;</p> <p>Verbesserung der technischen Ausstattung in den Polizeidienststellen;</p> <p>verbindliche Unterstützungsangebote wie Supervisionen nach schwierigen Einsätzen und Fortbildungen zu diskriminierungsfreiem Verhalten;</p> <p>rechtliche Gleichstellung des Tasereinsatzes mit</p>	<p><u>Polizei:</u></p> <p>Gute Ausstattung der Polizist*innen für ihre Aufgaben; keine unangemessene Militarisierung;</p> <p>Reduzierung von Überstunden und Belastungen für die Beamt*innen; Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie; bessere Aufstiegschancen; faire Bezahlung;</p> <p>massive Investitionen in digitale Kompetenz, solide IT-Infrastruktur für den täglichen Dienst;</p> <p>schnelle und kompetente Bekämpfung digitaler Straftaten, von der Betrugsmafia bis zum Cyberangriff;</p> <p>Überprüfung von bestehenden Regeln für die Befugnisse für die Polizei; Streichung von Regeln, die sich in der Vergangenheit als nicht wirksam erwiesen haben oder Grundrechte unverhältnismäßig einschränken;</p> <p>grundsätzliche zeitliche Befristung von gesetzlichen Regelungen, die auf aktuelle Sicherheitsprobleme reagieren;</p>	<p><u>Polizei:</u></p> <p>Erhöhung der Polizeipräsenz;</p> <p>Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei;</p> <p>Verbesserung der persönlichen Rahmenbedingungen für die Polizisten; Anspruch auf abschlagsfreie Versetzung in den Ruhestand mit Vollendung des 60. Lebensjahres für jeden Polizeibeamten nach 25 Jahren Wechsel- oder Schichtdienst;</p> <p>Erhöhung der Polizeipräsenz in der Fläche und der Anzahl der Polizisten; Verbesserung des Schlüssels auf 4000 Einwohner je Polizisten; kein Rückzug der Polizei aus der Fläche;</p> <p>Erhöhung der Stellen für Polizeibeamte auf landesweit 9500;</p> <p>Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Polizisten; Erweiterung der Kapazitäten der Hochschule der Polizei des Landes;</p>	<p><u>Polizei:</u></p> <p>Vernünftige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit;</p> <p>bürgernahe und gut ausgestattete Polizei, die sichere Straßen, Plätze, Bahnhöfe und Parks für alle Bürger, in allen Wohnvierteln sowie den Grenzregionen gewährleistet;</p> <p>angemessene Personalausstattung und Strukturen vor Ort im gesamten Land, vor allem im Revier-, Streifen- und Ermittlungsdienst;</p> <p>Erhalt sämtlicher jetzt noch vorhandener Polizeiwachen; mehr Revierpolizisten vor Ort;</p> <p>weiterer Ausbau der Polizeihochschule Oranienburg;</p> <p>Nachwuchsförderung und ausreichend Ausbildungsplätze; bessere Aufstiegschancen bei der Polizei;</p> <p>motivationssteigernde Instrumente, um die Attraktivität des Polizeiberufs zu stärken; Gewährung einer Regelbeförderung; Erhöhung von Zulagen, etwa für Nachtschichten; aktive und</p>

<p>Erhöhung des gegenwärtigen Personalbestandes beim Verfassungsschutz, um die qualitativ hochwertige Arbeit aufrechtzuerhalten;</p> <p>Stärkung des Verfassungsschutzes und Vertiefung der Kooperation insb. mit Berlin;</p> <p>Stärkung der Landesdatenschutzbehörde; bessere personelle wie materielle Ausstattung;</p> <p>Modernisierung des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes in enger Zusammenarbeit mit der Landesdatenschutzbehörde;</p> <p>kein Einsatz von Staatstrojanern und Online-Durchsuchungen; keine Chat-Kontrolle, wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen;</p> <p>Cybersicherheit: vermehrte Etablierung kryptografischer Standards in der Kommunikation von und mit Behörden, um Auswirkungen von Datenlecks zu minimieren;</p> <p>Förderung der Vernetzung der Akteure von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft im Rahmen einer jährlichen Landeskongresskonferenz für Cybersicherheit;</p>	<p>Einsatz von technischer Automatisierung und Künstlicher Intelligenz;</p> <p>Einrichtung einer flexibel einsetzbaren Märkischen Grenzpolizei, die der Bereitschaftspolizei zugeordnet wird, in Form einer zusätzlichen Hundertschaft, zur Durchführung von mehr mobilen Kontrollen;</p> <p>Anpassung des Verfassungsschutzgesetzes im Hinblick auf die Kompetenzen und Befugnisse zur Aufklärung neuer oder zunehmender Phänomenebereiche, insb. mehr Möglichkeiten und Befugnisse im Netz;</p> <p>Wahrung des Trennungsgebots zwischen Polizei und Verfassungsschutz;</p> <p>Anpassung des Personals beim Verfassungsschutz, Zielzahl von 200 Stellen;</p> <p>moderne technische Ausstattung für den Verfassungsschutz, die neuen Aufgaben gerecht wird, vor allem im Bereich des Cyberextremismus;</p> <p><u>Brand- und Katastrophenschutz:</u></p> <p>Errichtung eines Landesamtes für Bevölkerungsschutz, das aus der Landesfeuerwehrschule hervorgehen und Brand- und Katastrophenschutz sowie Zivilschutz zusammenführen,</p>	<p>Einrichtung lokaler Sicherheitskonferenzen von Polizei, Staatsanwaltschaft, Ordnungs- und Jugendämtern sowie Sicherheitspartnern zur Erkennung und Beseitigung von Sicherheitsdefiziten;</p> <p>entschlossene Fortsetzung des Kampfes gegen Extremismus, Diskriminierung, Antisemitismus und Homophobie; Durchführung von Veranstaltungen von Polizistinnen und Polizisten mit Vertreterinnen und Vertretern gefährdeter Gruppen, um eine hohe Sensibilität zu erreichen;</p> <p>Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Digitalisierung und Instandhaltung der technischen Infrastruktur bei der Polizei; Modernisierung der Liegenschaften der Polizei;</p> <p>Erhöhung der Zahl der Beförderungssämter, um die Attraktivität des Polizeiberufs zu erhöhen;</p> <p>weitere Unterstützung des Verfassungsschutzes;</p> <p>Entfernung von Beamtinnen und Beamten, die keine Gewähr dafür bieten, dass sie für die freiheitlich demokratische Grundordnung einstehen, aus dem Landesdienst;</p> <p>verstärkte Beobachtung extremistischer Organisations-</p>	<p>dem Schusswaffeneinsatz; Unterbindung des unverhältnismäßigen Einsatzes gegen Menschen in psychischen Ausnahmesituationen und als Ungehorsamsstrafe für Nichtkooperation;</p> <p>mehr kritische Polizeiforschung und -lehre; fortdauernde Evaluation polizeilichen Handelns;</p> <p>konsequente Einziehung kriminell erlangten Vermögens; konsequentere Besetzung der dafür erforderlichen Personalstellen;</p> <p>Schaffung einer transparent arbeitenden, wissenschaftlichen Beobachtungsstelle von Angriffen auf Menschen-, Grundrechte und Demokratie, um über rechte, autoritäre und demokratiefeindliche Strukturen und Argumentationsmuster zu informieren;</p> <p>schrittweiser Abbau der Befugnisse des Verfassungsschutzes; Verwendung der freiwerdenden Mittel für zivilgesellschaftliche Organisationen zur Stärkung der Demokratie;</p> <p>Unterbindung von Anwerbung und Einsatz von V-Leuten;</p> <p>Stärkung der parlamentarischen Kontrolle bis zur Überwindung des Verfassungsschutzes;</p>	<p>grundsätzlicher Abbau verdachts- und ereignisunabhängiger Polizeikontrollen (Schleierfahndung) und Reduzierung auf ein Minimum;</p> <p>jährliche Überprüfung, ob die Polizeibeauftragte ihre Aufgaben ausreichend erfüllen kann und sich Polizeibeamt*innen ohne Bedenken an die Stelle wenden können;</p> <p>keine automatische Gesichtserkennung; keine Vorratsspeicherung, kein anlassloses Speichern von Kennzeichen auf Autobahnen mit dem KESY- System;</p> <p>kein Einsatz von Staatstrojanern, sowohl in Form der Quellen-Telekommunikationsüberwachung, als auch der Online-Durchsuchung;</p> <p>Aushändigung einer sog. Kontrollquittung für von der Polizei kontrollierte Personen;</p> <p>mehr externe wissenschaftliche Begleitung der Polizeiarbeit;</p> <p>Erleichterung für die Beamt*innen, bei Einsätzen psychologisches Fachpersonal hinzuzuziehen, um Situationen zu deeskalieren;</p> <p>weiterer Ausbau der unabhängigen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde;</p>	<p>Befreiung der Polizeibeamten von Verwaltungsaufgaben;</p> <p>Anschaffung von modernster und gefahrungsangepasster Ausrüstung wie Präzisionsgewehre oder besonders geschützte Fahrzeuge zum Schutz der Polizeibeamten;</p> <p>Einsatz modernster Technik zur Gefahrenabwehr und zur Strafverfolgung; Ausweitung der Videoüberwachung unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit an neuralgischen Punkten;</p> <p>regelmäßige vollautomatisierte Kennzeichen- und Gesichtserkennung an den Grenzübergängen zur Optimierung von Fahndungsmaßnahmen;</p> <p>Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen, dass Außendienstmitarbeiter der Ordnungsämter zu Mitarbeitern einer Stadt- oder Kreispolizei weitergebildet werden können;</p> <p>Abschaffung des Postens des Polizeibeauftragten;</p> <p>keine Schönung der Kriminalstatistik; Aufgabe der Zurückhaltung gegenüber der Bekanntgabe der Nationalität oder eines Migrationshintergrundes bei Tatverdächtigen;</p>	<p>ganzheitliche Gesundheitsprävention;</p> <p>Beschränkung der Befugnisse des Verfassungsschutzes auf seinen verfassungsgemäßen Auftrag; Schutz der Bürger vor Bespitzelung und Manipulation;</p> <p>keine Ausweitung der Befugnisse des Verfassungsschutzes auf nicht konforme Meinungen, um Druck zu erzeugen;</p> <p>Stärkung der Handlungsmöglichkeiten der Parlamentarischen Kontrollkommission über alle Aktivitäten des Verfassungsschutzes;</p> <p>Abschaffung des sogenannten Verfassungstreue-Checks;</p> <p><u>Brand- und Katastrophenschutz:</u></p> <p>Ausweitung der Vergünstigungen für Ehrenamtliche in den verschiedensten Lebensbereichen; attraktivere Ehrenamtskarte;</p> <p>Verstärkung der Landeshilfen für Ausstattung und Durchführung des Brand- und Katastrophenschutzes; stärkere Unterstützung von Beschaffungsmaßnahmen der Kommunen, insbesondere im Bereich der Anschaffung technischer Infrastruktur (Fahrzeugpark,</p>
---	---	---	--	---	---	--

<p>Untersagung der Nutzung von „TikTok“ auf Diensthandys von Beschäftigten des Landes;</p>	<p>koordinieren und stärken soll;</p>	<p>onen und Strukturen; Nulltoleranz-Strategie gegenüber Verfassungsfeinden;</p>	<p>keine automatisierte biometrische Fernidentifizierung im öffentlichen Raum; keine Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Staatstrojaner), keine Online Durchsuchung;</p>	<p>mehr Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit der Wissenschaft, insbesondere der Forschung zu verfassungsfeindlichen Bewegungen;</p>	<p><u>Brand- und Katastrophenschutz:</u></p>	<p>Speziallöschtechnik, Löschwassernetz), vom Land;</p>
<p><u>Brand- und Katastrophenschutz:</u></p>	<p>Erarbeitung einer Sicherheitsstrategie als ganzheitliches Konzept zum Bevölkerungsschutz;</p>	<p><u>Brand- und Katastrophenschutz:</u></p>	<p><u>Brand- und Katastrophenschutz:</u></p>	<p>Beantragung eines Verbotsverfahrens gegen die Junge Alternative und die Alternative für Deutschland;</p>	<p>Verbesserung des Brand-, Zivil- und Katastrophenschutzes; Erweiterung des Gemeinsamen Zentrums der Deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit um den Bereich Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz;</p>	<p>unbürokratische und zeitnahe finanzielle Unterstützung der Kommunen im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes;</p>
<p>Ermöglichung der Anrechnung von Rentenpunkten für die ehrenamtliche Mitgliedschaft und aktive Tätigkeit in den Blaulicht-Verbänden, auch rückwirkend;</p>	<p>altersgerechte Aufklärung von Kindern und Jugendlichen in der Schule über Bevölkerungsschutz;</p>	<p>Aufbau eines zweiten Standorts der Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz in Wünsdorf;</p>	<p>neues kommunales Investitionsprogramm zur Verbesserung der Feuerwehrinfrastruktur;</p>	<p>Beendigung des immer weiter ausgedehnten probeweisen Einsatzes von Tassern durch die Polizei;</p>	<p>Vergütung der freiwilligen Dienste, wie z.B. beim Deutschen Roten Kreuz, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und den Freiwilligen Feuerwehren über zusätzliche Rentenpunkte (Bundesebene);</p>	<p>Einbeziehung der Besonderheiten des Landes bei den Waldbrandrisiken in Struktur und Finanzierung der Brandbekämpfung;</p>
<p>Verstärkung der Ausbildungsangebote, um mehr Kameradinnen und Kameraden die Möglichkeit zu eröffnen, hochwertige Lehrgänge zu besuchen und Führungsqualifikationen zu erwerben;</p>	<p>Einführung eines Masterstudiengangs „Bevölkerungsschutz“;</p>	<p>Einrichtung eines Landesamts für Brand- und Katastrophenschutz, um die Feuerwehren und Hilfsorganisationen landesweit zu unterstützen und eine hohe Qualität zu sichern;</p>	<p>deutliche Verbesserung der Förderung der technischen Ausstattung der Feuerwehren durch das Land;</p>	<p><u>Brand- und Katastrophenschutz:</u></p>	<p>Erhöhung der Attraktivität des Dienstes in den Feuerwehren durch Einführung einer angemessenen landeseinheitlichen Aufwandsentschädigung;</p>	<p>härtere Bestrafung gewalttätiger Übergriffe auf Einsatz- und Rettungskräfte und von Straßenblockaden, die die Arbeit der Rettungskräfte behindern;</p>
<p>Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der Feuerwehr bereits in Schulen;</p>	<p>Ausbau der bestehenden Warninfrastruktur;</p>	<p>aktive Werbung für die Teilnahme am Feuerwehrdienst;</p>	<p>Ausbau des freiwilligen Wahlfachangebots „Feuerwehrunterricht“ zur Sicherung des Nachwuchses der Freiwilligen Feuerwehren;</p>	<p>gutes Equipment, verlässliche Einsatzfahrzeuge, angemessene und moderne Gebäude sowie ein breites Weiterbildungsprogramm für die Ehrenamtlichen bei den Freiwilligen Feuerwehren und den Jugendfeuerwehren; Schaffung eines kommunalen Investitionsprogramms, mit dem Kommunen den entsprechenden finanziellen Spielraum bekommen;</p>	<p>Bereit- bzw. Sicherstellung einer angemessenen und standardisierten Ausrüstung sowie regelmäßiger Aus- und Weiterbildungslehrgänge;</p>	<p>Erweiterung der Kapazitäten der Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz des Landes; zusätzliche Einstellung von Lehrkräften;</p>
<p>Reform des Brandschutzgesetzes, um neben der Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement in der Feuerwehr auch die Sicherheit im Land durch vermehrten Einsatz hauptamtlicher Kräfte zu verbessern;</p>	<p>Wertschätzung ehrenamtlicher Mitwirkung in den Feuerwehren und anerkannten Hilfsorganisationen, bspw. durch bessere Ausstattungen oder über Sonderurlaubstage;</p>	<p>Retterprämie zukünftig auch für Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer;</p>	<p>zügige Eröffnung des zweiten Standorts der Landesfeuerwehrschule in Wünsdorf;</p>	<p>Evaluierung des Systems der Stützpunktfeuerwehren und Anpassung auf die veränderten Anforderungen, wie klimabedingt vergrößerte Waldbrand- und Überschwemmungsgefahr;</p>	<p>finanziell angemessene Unterstützung der Jugendfeuerwehren;</p>	<p>Förderung von Weiterbildungen im Bereich medizinischer und Brandschutzsowie Hilfeleistungskennnisse;</p>
<p>Förderkonzept zur Gewährleistung der zeitgemäßen Ausrüstung, das Kommunen und Gemeinden dabei unterstützt, veraltete und unzulässige Feuerwehrentechnik zu ersetzen;</p>	<p>Neuausrichtung des Schutzes der kritischen Infrastruktur; Erarbeitung einer Landesstrategie auf Grundlage eines neuen Katasters zur kritischen Infrastruktur;</p>	<p>Durchführung eines Modellprojekts mit Geflüchteten zur Nachwuchsgewinnung bei der Feuerwehr;</p>	<p>Verbesserung der Förderung von Organisationen der Wasserrettung; bessere Unterstützung der ehrenamtlich getragenen Rettungshundestaffeln;</p>	<p>besondere Unterstützung von Feuerwehren, die für Einsätze bei Unfällen auf</p>	<p></p>	<p>stärkerer Schutz ehrenamtlich Tätiger vor beruflichen Nachteilen;</p>
<p>flexiblere Gestaltung der Altersgrenzen für Mitglieder</p>	<p>weitere Stärkung von Brand- und Katastrophenschutz; Fortschreibung der finanziellen Unterstützung für den Brandschutz auf dem Niveau der vergangenen Jahre, also mindestens 40 Mio € pro Jahr;</p>	<p>Fortsetzung der Förderung der Feuerwehrinfrastruktur, von Feuerwehrfahrzeugen sowie von Feuerwehrentechnik, um die Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Feuerwehren im ganzen Land zu erhalten und zu stärken; Bereitstellung von 40 Mio € in der nächsten Legislaturperiode;</p>	<p>Einrichtung eines Kompetenzzentrums für die Waldbrandbekämpfung;</p>	<p></p>	<p></p>	<p>keine politische Instrumentalisierung des Katastrophenschutzes als Werbung für die Führbarkeit von Kriegen sowie für die Notwendigkeit einer vergrößerten Armee für zivile Amtshilfe;</p>

der Freiwilligen Feuerwehren;

Stärkung des Notfall- und Katastrophenschutzes angesichts der zunehmenden Herausforderungen;

Etablierung von Strukturen, die kontinuierliche Fortbildungen und regelmäßiges Training aller relevanten Akteure, besonders auf Landkreisebene, ermöglichen;

Festigung und Entwicklung von Strukturen auf Landesebene, die qualifiziertes Handeln in überregionalen Notlagen, wie bei landkreisübergreifenden Hochwasserlagen oder Waldbränden, sicherstellen; Bereitstellung und regelmäßige Übungen von professionellen Einsatzstäben für eine effektive landesweite Einsatzkoordination;

bevorzugte Berücksichtigung von Mitgliedern im Einsatzdienst der Freiwilligen Feuerwehren bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bei Stellenbesetzung ihrer Stadt oder Gemeinde;

Verbesserung der Ausbildung der Kameradinnen und Kameraden; zügige Realisierung des erforderlichen zweiten Schulstandorts;

flächendeckende Einführung von Feuerwehrunterricht als Wahlpflichtfach an allen Ober- und Gesamtschulen in den Jahrgangsstufen 9 und 10;

weitere Verbesserung von Hochwasser- und Waldbrandschutzmaßnahmen;

Einrichtung eines „Cybersicherheitsinstitut Brandenburg“; Beratung- und Sensibilisierungsangebote auch für Kommunen und kommunale Betriebe, für kleine und mittlere Unternehmen, für Kritische Infrastrukturen und für die Bürgerinnen und Bürger

Brandschutz in den Schulen;

Einrichtung eines Waldbrandkompetenzzentrums gemeinsam mit dem Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz;

Beschaffung von Spezialfahrzeugen und -technik; Verbesserung der technischen und logistischen Möglichkeiten der Bekämpfung;

Autobahnen und vielbefahrenen Bundesstraßen zuständig sind;

Stärkung auch der Brandenburgischen Hilfsorganisationen, die einen wichtigen ehrenamtlichen Beitrag z.B. zu Katastrophenschutz, Wasserrettung und Betreuung Hilfsbedürftiger leisten;

Aufnahme des Wasserrettungsdienstes gleichberechtigt mit dem bodengebundenen Rettungsdienst und der Luftrettung in das Rettungsdienstgesetz;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Weitere Stärkung der Justizunabhängigkeit;</p> <p>angemessene und wettbewerbsfähige Besoldung aller in der Justiz Beschäftigten;</p> <p>Berücksichtigung beruflicher Vorerfahrungen oder der Übernahme herausgehobener Tätigkeiten bei der Entlohnung;</p> <p>ganzheitliche Überprüfung des Besoldungssystems;</p> <p>Beendigung der evident verfassungswidrigen Besoldung von Richterinnen und Richtern;</p> <p>Schaffung eines Stellenpuffers in der Justiz, aus dem Personallücken mit versetztem Personal kurzfristig geschlossen werden können;</p> <p>Sicherstellung der für eine konsequente Digitalisierung der Justiz erforderlichen Ausstattung aller Dienststellen mit IT-Technik und IT-Personal;</p> <p>umgehende Umstellung aller Gerichte und Staatsanwaltschaften im Land auf elektronische Aktenführung;</p>	<p>Erhalt aller bestehenden Justizstandorte; Fortsetzung des aufgabenbezogenen Stellenaufwuchses zur Verfahrensbeschleunigung;</p> <p>Steigerung der Attraktivität der Berufe in der Justiz durch angemessene Besoldung, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements;</p> <p>Überführung der Gerichtsvollzieher durch Ausbildung an Fachhochschulen in den gehobenen Dienst;</p> <p>weitere Digitalisierung der Justiz;</p> <p>Reduzierung von Verfahrensaufwand und Verfahrenslaufzeiten in der Justiz durch Einsatz von Künstlicher Intelligenz, insb. in Massenverfahren;</p> <p>weiterer Ausbau der Vermögensabschöpfung auch zur Bekämpfung von grenzüberschreitenden Straftaten im Bereich der Terrorismusfinanzierung und der organisierten Kriminalität;</p> <p>Unterstützung von Menschen, die sich für den Staat engagieren oder ein öffentliches Amt bekleiden</p>	<p>Einstellung zusätzlicher Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Personal in den zugehörigen Geschäftsstellen und bei der Rechtspflege;</p> <p>Ausschöpfung aller Möglichkeiten, um die Gerichtsverfahren im Land weiter zu beschleunigen;</p> <p>Modernisierung der Ausbildung der Gerichtsvollzieherkosten und-vollziehe;</p> <p>Schaffung eines einheitlichen und für die Bürgerinnen und Bürger transparenten Justizgesetzes für das Land;</p> <p>Entwicklung vorbeugender Maßnahmen zur Stärkung der Wehrhaftigkeit des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates und der Sicherung einer unabhängigen und leistungsfähigen Justiz;</p> <p>Schaffung einer eigenen Opferschutzstelle;</p> <p>Ausstattung der Justiz mit modernen technischen Mitteln gerade im Bereich von Massenverfahren wie dem Fluggastrecht;</p>	<p>Erhalt aller Gerichtsstandorte;</p> <p>Zurücknahme der Reform der Arbeitsgerichtsbarkeit; Wiedereinrichtung des Arbeitsgerichts Potsdam;</p> <p>Erhöhung der Zahl der vom Land bereitgestellten Referendariatsplätze;</p> <p>Einrichtung von Justizbüros im ländlichen Raum, die als Orte zur Antragstellung, digitalem Zugang zu Verhandlungen und zu Verwaltungsdienstleistungen dienen;</p> <p>flächendeckende Einführung elektronischer Akten, digitaler Verhandlungsmöglichkeiten und Protokollierungen in allen Gerichtsbarkeiten;</p> <p>Stärkung der Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften;</p> <p>Abschaffung des Weisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften;</p> <p>zeitnahe Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen bei Armutsdelikten wie dem sog. Schwarzfahren oder Containern;</p>	<p>Kein Kopftuchverbot in der Justiz;</p> <p>keine politischen Eingriffe in die Strafrechtspflege;</p> <p>Einzelfallweisungen an die Staatsanwaltschaft nur noch zur Abwendung rechtswidriger Maßnahmen und nur noch mit schriftlicher Begründung;</p> <p>Erhalt aller Gerichtsstandorte im Land;</p> <p>weiterer Ausbau des Modells der Gerichtstage vor Ort;</p> <p>keine Verschärfungen des Justizvollzugs; weitere Zurückdrängung sogenannter Ersatzfreiheitsstrafen;</p> <p>Priorität für die Bekämpfung von Kriminalitätsbereichen, welche die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens bedrohen;</p> <p>konsequentere Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten der Verfahrenseinstellung bei Bagatelldelinquenz;</p>	<p>Sicherstellung einer unabhängigen Rechtsprechung; niedrigschwelliger Zugang zur Justiz; Stärkung der Justiz und hier insb. der Strafjustiz;</p> <p>Einrichtung gemeinsamer Asservatenzentren von Polizei und Justiz an ausgewählten Standorten;</p> <p>Erhöhung der Mindeststrafenandrohung bei Angriffen auf Amtspersonen und Rettungskräfte (Bundesrat);</p> <p>keine mildere Ahndung ohne weiteres von Taten unter Einfluss von Alkohol, Cannabis oder anderen Rauschmitteln;</p> <p>keine strafmildernden Auswirkungen außereuropäischer kultureller und religiöser Prägungen;</p> <p>Straffung von Strafverfahren, bspw. durch Erweiterung der Anwendung des Strafbefehlsverfahrens oder Wegfall der Revisionsinstanz in geeigneten Fällen;</p> <p>konsequente Abschöpfung bei Straftaten erlangter Vermögensvorteile beim Täter;</p>	<p>Stärkere Einbeziehung des Zugangs des Einzelnen zum Recht und des Wissens über seine Rechte in die Allgemeinbildung; Vermittlung dieses Wissens bereits in der Schule;</p> <p>Unterstützung von Beratungsstellen, in denen Menschen bei rechtlichen Fragen erste fachliche Hilfe finden, ohne gleich hohe Anwaltskosten zahlen zu müssen;</p> <p>Abschaffung der Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften;</p> <p>Ausbau der Beratungs- und Prozesskostenhilfe, damit die Justiz als Leistung der Daseinsvorsorge auch für Menschen mit kleinem Einkommen zugänglich bleibt;</p> <p>verstärkte Werbung schon in den Schulen und Universitäten um Nachwuchs für Gerichte, Staatsanwaltschaften und den Justizvollzug;</p> <p>Sicherung der juristischen Ausbildungsmöglichkeiten und Studienplätze an allen Standorten;</p>

<p>möglichst umfassende Beseitigung bestehender Medienbrüche insb. in der Zusammenarbeit mit allen Justiz-, Polizei- und Verwaltungsbehörden sowie den rechtsberatenden Berufen;</p> <p>flächendeckende Ausstattung aller Gerichte mit Videotechnik; regelmäßige technische Schulungen und Fortbildungen für Richterinnen, Richter und Justizverwaltungsmitarbeitende;</p> <p>Abschaffung des Weisungsrechts der Justizminister;</p> <p>Erhöhung der Besoldung während des Referendariats, um angehende Juristinnen und Juristen im Land zu halten;</p>	<p>und Opfer von Angriffen werden;</p> <p>Einführung eines Justizneutralitätsgesetzes, um in den Gerichten extremistische Symbole, Tätowierungen, Kleidungsstücke oder Verschleierungen zu untersagen, die eine bestimmte religiöse, weltanschauliche oder politische Auffassung zum Ausdruck bringen;</p> <p>Stärkung des Justizvollzuges durch weitere Verbesserungen für die Sicherheit der Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten, bspw. Wiedereinführung von Schusswaffen bei Gefangenentransporten;</p> <p>Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Justiz in Krisensituationen;</p> <p>Opferschutz vor Täterschutz: Stärkung und Unterstützung der Arbeit der Opferhilfvereine durch regelmäßige finanzielle Hilfen; Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle bzw. eines Ansprechpartners für Opfer und deren Angehörige in Fällen von Großschadenseignissen; schnelle und unbürokratische therapeutische Hilfe bei schweren Gewalt- und Sexualdelikten; psychosozialer Beistand bei Gerichtsverhandlungen;</p>	<p>mindestens Beibehaltung der Zahl der Ausbildungsplätze im Rahmen des juristischen Referendariats;</p>	<p>deutliche Verstärkung der Resozialisierung im Justizvollzug; offene Gestaltung des Strafvollzuges so weit wie möglich; Ausbau des Wohngruppenvollzugs;</p> <p>Personalzielzahl von 1000 Bediensteten im Strafvollzug;</p> <p>angemessene Löhne für Strafgefangene;</p>	<p>Stärkung der bestehenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften, auch personell;</p>	<p>Überarbeitung der Voraussetzungen für die Untersuchungshaft, dass diese bei Gewaltdelikten erleichtert angeordnet werden kann;</p> <p>Neuausrichtung des Strafvollzugs insofern, dass sich der Strafgefangene Lockierungen verdienen muss;</p> <p>mehr Mitwirkungsrechte im Strafverfahren für Opfer von Straftaten;</p> <p>Gestaltung der gerichtlichen Infrastruktur aller Gerichtszweige so bürgernah wie möglich;</p> <p>spürbare und nachhaltige Steigerung des Personals in allen Gerichtsbarkeiten;</p>	<p>Digitalisierung der Justiz für eine Vereinfachung und Erleichterung für Bürger und Justiz ohne Aufbau neuer Schranken für Rechtssuchende;</p> <p>Fortbildung der Mitarbeiter und Einstellung von IT-Mitarbeitern in der Justiz;</p> <p>flächendeckende technische und personelle Ausstattung, um Videoverhandlungen in Ausnahmefällen zur Ersetzung echter Verhandlungen durchzuführen;</p> <p>mehr und schnellere Vollstreckungen im Strafrecht; Bereitstellung von mehr Personal und Ressourcen in den betroffenen Gerichtszweigen;</p> <p>keine privaten Betreiber und privaten Sicherheitsdienste in Gerichten und Justizvollzugsanstalten;</p> <p>Überprüfung der vorhandenen Gesetze, um unnötige Bürokratie abzubauen;</p> <p>früher ansetzende Kriminalprävention unter Einbezug von Schulsozialarbeitern und einer besseren Verankerung von Justiz-Themen in der Schule;</p>
---	--	--	---	--	---	--

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Einführung von Musterfeststellungsklagen im Kommunalrecht; Modernisierung des Staatshaftungsgesetzes, um Betroffenen die Durchsetzung ihrer Rechte zu erleichtern;</p> <p>Reform der Aufgaben der staatlichen Ebenen und der damit verbundenen Finanzierung;</p> <p>Berechnung der Landeszuweisungen zukünftig anhand der tatsächlichen Aufwendungen der Kommunen und nicht wie bisher anhand von Planzahlen; automatische Anpassung an inflationsbedingte Kostensteigerungen;</p> <p>umfassende Aufgabenkritik, gemeinsam mit den Landkreisen, kreisfreien Städten sowie kreisangehörigen Kommunen, mit dem Ziel, Verwaltung dezentraler und damit bürgernäher aufzustellen oder Aufgaben auch ganz entfallen zu lassen;</p> <p>Nutzung der Potentiale der Digitalisierung, um die Entbürokratisierung voranzutreiben und Verfahren zu beschleunigen;</p> <p>Einführung eines Ablaufdatums („Sunset-Klausel“) für</p>	<p>Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung; Ausbau der Zusammenarbeit von Kommunen, Land und kommunalen Spitzenverbänden;</p> <p>Schaffung von Experimentierklauseln, die es Kommunen ermöglichen, von Standards abzuweichen, um ungewöhnliche Lösungen zu erproben;</p> <p>Bürokratieabbaugesetze, um überflüssige Normen und Standards deutlich zu senken;</p> <p>Bürokratiebremse: Geltung neuer Gesetze nur für fünf Jahre, danach Überprüfung bzw. aktive Verlängerung; Außerkrafttreten von zwei Gesetzen bzw. Verordnungen für jedes neue Gesetz oder jede neue Verordnung;</p> <p>landesweite Implementierung des Once-Only-Prinzips, um die Mehrfacherfassung von Daten zu vermeiden und die Effizienz der Verwaltungsprozesse deutlich zu steigern;</p> <p>Absicherung der kommunalen Aufgabenerfüllung: Beibehaltung des kommunalen Finanzausgleichs in der bestehenden Form; Einfüh-</p>	<p>Neuaufgabe der Kommunalen Investitionsprogramme, um die Kommunen zu unterstützen;</p> <p>Veränderung des kommunalen Haushaltsrechts, dass die Kommunen pflichtige Investitionsmaßnahmen leichter umsetzen können;</p> <p>Ausbau des Zweckverbandes Digitale Kommunen Brandenburg zum zentralen IT-Dienstleister der Kommunen und Landkreise;</p> <p>stabile personelle und finanzielle Rahmenbedingungen für leistungsfähige und bürgernahe Verwaltungen von Land und Kommunen; noch stärkere Aufstellung von Land und Kommunen als attraktive Arbeitgeber, um auch in Zukunft das nötige Verwaltungspersonal zu gewinnen;</p> <p>stärkere strukturpolitische Unterstützung der Kommunen durch das Land, um die Entwicklung landesweit bedeutsamer Gewerbeflächen voranzubringen;</p> <p>kritische Prüfung aller staatlichen Aufgaben und Rechtsvorschriften im Land,</p>	<p>Stopp von Privatisierungen, Förderung von Rekommunalisierung;</p> <p>Öffnung der Kommunalverfassung für neue Beteiligungsmöglichkeiten; Schaffung eines Transparenzgesetzes;</p> <p>Stärkung der Kommunalvertretungen; bessere finanzielle Ausstattung der Fraktionen in den Vertretungen;</p> <p>mehr Mittel für die Umsetzung der flächendeckenden, barrierefreien Digitalisierung in Rathäusern und Behörden; wirksame technische Unterstützung seitens des Landes;</p> <p>Verwaltung:</p> <p>Ausbildung und Qualifizierung von noch mehr neuen Fachkräften, z.B. durch duale Studiengänge, die auch in Teilzeit absolviert werden können;</p> <p>attraktive Bedingungen im öffentlichen Dienst des Landes; flexible Arbeitszeitmodelle, mobiles Arbeiten im Homeoffice, Beendigung der sachgrundlosen Befristungspraxis;</p>	<p>Start einer landesweiten Kampagne für das politische Ehrenamt;</p> <p>Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Mandat in der Kommunalverfassung;</p> <p>Ausbau der Finanzierung der kommunalpolitischen Vereinigungen;</p> <p>besserer Schutz für Kommunalpolitikerinnen; verbesserter Rechtsschutz und Ausbau der zentralen Anlaufstelle, an die sie sich im Falle von Bedrohungen oder Anfeindungen wenden können;</p> <p>Verwaltungsdigitalisierung:</p> <p>Novellierung der Richtlinien zum IT-Betrieb, um die Beschaffung und Entwicklung moderner und bedarfsge rechter Hard- und Software zu ermöglichen;</p> <p>bessere personelle und technische Ausstattung des IT-Dienstleisters ZIT-BB;</p> <p>Stärkung des Zweckverbandes Digitale Kommunen Brandenburg, dass er zukünftig den IT-Betrieb von Kommunen zentral verantworten und über die Einhal-</p>	<p>Stärkere Beteiligung der Kommunalpolitiker an der Landesgesetzgebung; Einrichtung einer Kommunkammer, welche die Interessen der Landkreise und kreisfreien Städte durch ein Mitspracherecht bei der Landesgesetzgebung vertritt;</p> <p>gerechte Lösung der Altanschießer-Problematik; schnellstmögliche Feststellung und Zurückgewährung der aufgrund verfassungswidriger Beitragsbescheide bestehenden, durchsetzbaren Rückzahlungsansprüche gegenüber den Beitragszahlern durch die betroffenen Zweckverbände und Kommunen;</p> <p>vollständige Übernahme der Kosten für den Neubau bzw. Ausbau kommunaler Straßen vom Land; Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen und Straßenerschließungsbeiträgen;</p>	<p>Beachtung der besonderen Strukturunterschiede im Land zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung; anderer Rechtsrahmen für stark wachsende Kommunen für ihr Handeln als für die Kommunen, die immer noch Einwohnerverluste erleiden;</p> <p>Förderung kommunaler und gemeinnütziger Anbieter, Entziehung von Gesundheit, Wohnen, Energie- und Wasserversorgung der Profitmacherei;</p> <p>Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge;</p> <p>langfristige finanzielle Unterstützung der Kommunen für die Bewältigung und den Ausbau der sogenannten „freiwilligen“ Leistungen als Soll-Planstellen;</p> <p>Behebung des Investitionsstaus in den Kommunen; ausreichende und grundlegende Finanzierung;</p> <p>Abbau von Bürokratie bei der Vergabe von Fördermitteln für die Kommunen;</p> <p>kein weiterer Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung;</p>

<p>Gesetze und Rechtsverordnungen; Abschaffung von zwei anderen Gesetzen für jedes neue Gesetz (One-in-two-out-Prinzip);</p> <p>Verwaltung:</p> <p>dezentralere, digitalere und bürgernähere Aufstellung der Verwaltung;</p> <p>Erleichterung des Umgangs mit Behörden; Ausbau der Behörden konsequent zu One-stop-Shops;</p> <p>Entwicklung einer digitalen Bürgerplattform basierend auf dem Onlinezugangsgesetz und dem Datencockpit;</p> <p>Unterstützung der Empfehlung des Nationalen Normenkontrollrats für ein „IT-Kaufhaus“ für Behörden, in dem kompatible und vorgeprüfte IC-Lösungen unkompliziert durch Behörden und Kommunen beschafft werden können;</p> <p>Einrichtung direkter Online-Bezahlungsfunktion auf Behördenseiten im Internet, die Banküberweisungen, Kartenzahlungen und andere etablierte Zahlungsverfahren unterstützt und direkt verarbeitet;</p>	<p>zung einer kommunalen Abweichungskompetenz bei praxisfernen und nicht grundrechtsrelevanten Vorschriften, die die Bürgermeister und Landräte mit einer entsprechenden Begründung aussetzen können;</p> <p>landesweite Präsenz von Sparkassen, wirtschaftliche Überprüfung des Filialangebots und Entwicklung alternativer Beratungs- und Dienstleistungsformen;</p> <p>bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Kommunen durch die Landespolitik, damit die ab 2025 nach dem neuen Bewertungsrecht festgesetzte Grundsteuer aufkommensneutral bleibt;</p> <p>Aufgaben- und Ausgabenkritik in Form einer „Brandenburg-Inventur“ zu Beginn der Legislaturperiode;</p> <p>Belastungsbremse für die Bürger: keine neuen Steuern oder Abgaben;</p> <p>schnellere Bearbeitungszeiten für Steuerrückerstattungen durch bessere Personalausstattung in den Finanzämtern und Digitalisierung;</p>	<p>um unnötige Bürokratie abzubauen; Einsetzung eines Sonderausschusses im Landtag;</p> <p>umfassende Digitalisierung der Landesverwaltung, sowohl bei Angeboten für Bürgerinnen und Bürger als auch bei internen Prozessen und der Datennutzung;</p>	<p>familiengerechte Wochenarbeitszeit mit maximal 35 Stunden Woche als neue Regelarbeitszeit mit Lohn- und Personalausgleich;</p> <p>Überprüfung von Eingruppierungen: Einsetzung einer Kommission, die bis 2026 eine grundlegende Überprüfung der Amtsangemessenheit von Eingruppierungen und der Wettbewerbsfähigkeit von Zulagen vornimmt;</p> <p>fairere und geschlechtergerechtere Gestaltung des Beförderungssystems; Erleichterung von Beförderungen;</p> <p>Verbesserung der Mitbestimmung; modernes Personalvertretungsgesetz, das die Personalvertretungen im Öffentlichen Dienst und ihre Mitbestimmungsrechte deutlich stärkt;</p> <p>Einführung einer Bewilligungsfiktion für Bescheide; Geltung als positiv beschieden, wenn sie durch die Behörden nach spätestens sechs Wochen nicht beantwortet sind;</p> <p>Verschlinkung der Bauordnung; Überprüfung und praxistaugliche Ausgestaltung insb. der sogenannten „kleinen Bauvorlageberechtigung“;</p>	<p>tung notwendiger Sicherheitsstandards wachen kann;</p> <p>Fortbildungen der Mitarbeiter*innen der Verwaltung für die Digitalisierung mit Schwerpunkt im Bereich der Sicherheit, Datenkompetenzen, Organisationsentwicklung und im agilen Projektmanagement sowie in der rechtlichen und gesellschaftlichen Folgenabschätzung;</p> <p>Weiterentwicklung und Bündelung der Informationsgesetze des Landes und des neuen Open Data Gesetzes zu einem umfassenden Transparenzgesetz;</p>		<p>mehr Personal in den Schulen, den Krankenhäusern, den Pflegeheimen und bei den Ämtern in Landes- und kommunaler Trägerschaft;</p>
--	--	---	---	---	--	--

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Verringerung der irregulären Migration; Erfüllung jedes berechtigten Anspruchs auf Asyl oder subsidiären Schutz;</p> <p>Vereinfachung von Einwanderung und Anerkennung von Berufsabschlüssen für qualifizierte ausländische Fachkräfte, die festgelegte Kriterien erfüllen;</p> <p>Erstellung eines flächendeckenden Einwanderungs- und Integrationsplans in Brandenburg; jährliche Aktualisierung;</p> <p>gezielte Einbindung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in lokale ehrenamtliche Strukturen;</p> <p>jeweils maximale drei Monate Dauer von Asylverfahren in Ausländerbehörden und an Verwaltungsgerichten;</p> <p>Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsländer;</p> <p>flächendeckendes und kostenloses Angebot von Sprach- und Integrationskursen;</p> <p>Vermittlung von Deutschkenntnissen auf dem Niveau B1; Vermittlung von</p>	<p>Deutliche Verringerung wirtschaftlicher Anreize als Asylmotivation; spürbare Absenkung der Sozialleistungen, Anwendung des Sachleistungsprinzips und von Bezahlkarten;</p> <p>kein Bleiberecht für Personen, die ihre Identität verschleiern, keinen anerkannten Schutzstatus haben, unsere Regeln missachten oder durch Kriminalität auffallen;</p> <p>konsequente Rückkehr abgelehnter Asylbewerber und Asylbewerber ohne Bleiberecht in ihr Heimatland;</p> <p>Fortsetzung der stationären Kontrollen zwischen Brandenburg und Polen, bis der Schutz der EU Außengrenzen funktioniert;</p> <p>europäisch verwaltete Entscheidungszentren an der EU Außengrenze;</p> <p>dauerhafte Entlastung von Landkreisen, Städten und Gemeinden: keine Verteilung von Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive auf die Kommunen; Ausgestaltung des Landesaufnahmegesetzes, dass bei fehlender bleibe Perspektive eine Ver-</p>	<p>Fortsetzung des Integrationsbudgets und der Migrationssozialarbeit;</p> <p>schnellstmögliche Integration geflüchteter Menschen in den Arbeitsprozess;</p> <p>Anpassung des Landesaufnahmegesetzes an die aktuellen Herausforderungen und Aufnahme in ein Landesintegrationsgesetz;</p> <p>Bündelung der Leistungen und Pflichten der Migrantinnen und Migranten in dem Integrationsgesetz; Zusammenführung der finanziellen Integrationsleistungen von Bund, Land und EU;</p> <p>Förderung des Aufbaus bzw. Ausbaus landesweiter kommunaler Integrationsstrukturen unter der Bedingung, kommunale Integrationskonzepte aufzulegen;</p> <p>noch stärkeren Nutzung von Übersetzer-Tools sowie der Möglichkeiten der Digitalisierung bei der Integration von Geflüchteten;</p>	<p>Verlässliche finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Errichtung von Unterkünften; Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für die Schaffung und den Erhalt notwendiger Kapazitäten in Schulen und Kitas;</p> <p>Stopp des Baus eines Ein- und Ausreisezentrums am BER; Investieren dieser Mittel in die Integration;</p> <p>Wiederauflage des humanitären Aufnahmeprogramms für syrische Flüchtlinge auf Nachzug von Familienangehörigen, sofern sie für deren Lebensunterhalt aufkommen können;</p> <p>Sicherung von Erstaufnahmekapazitäten; bedarfsgerechter Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes;</p> <p>Sicherstellung, dass die Geflüchteten bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen ein Sprachkursangebot bekommen; Schaffung von Qualifizierungsangeboten;</p> <p>Verkürzung des Aufenthalts in Gemeinschaftsunterkünften in den Kommunen; Un-</p>	<p>Aufnahme von Geflüchteten aus Europa darf in keiner Weise zu Lasten von Geflüchteten aus anderen Teilen der Welt gehen;</p> <p>besondere Förderung von lokalen Integrationsnetzwerken, etwa aus Ehrenamtlichen, örtlichen Betrieben, Wohnungsbaugesellschaften und Kirchen, sowie Netzwerken von aufnahmebereiten Städten und Gemeinden;</p> <p>Etablierung eines breiten, kreisübergreifenden und flächendeckenden Angebots an berufs- und ausbildungsbegleitenden Sprachkursen; Ausbau des Angebots an Deutschkursen an Universitäten für internationale Studierende;</p> <p>angemessene psychologische Betreuung von Menschen, die vor Krieg und Gewalt flüchten;</p> <p>geschlechtersensible Angebote für queere Geflüchtete und FINTA*;</p> <p>deutlicher Ausbau der psychologischen Betreuung;</p>	<p>Beendigung des Asylmissbrauchs; kein Familiennachzug für Flüchtlinge; konsequente Unterbindung des Missbrauchs sog. Ankerkin- der, die nach Deutschland vorgeschickt werden;</p> <p>Zurückführung der Justizvollzugsanstalt Frankfurt (Oder) durch Kauf in den Landesbesitz; Nutzung u.a. als Abschiebezentrum für abgelehnte Asylbewerber;</p> <p>Vollständige Ersetzung der Geldleistungen an Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber durch Sachleistungen; Anknüpfung der Leistungsgewährung zusätzlich zur individuellen Integrationsbereitschaft, insb. an das Erreichen guter Sprachkenntnisse sowie ein einwandfreies Strafregister;</p> <p>keine Sozialleistungen für bestandskräftig ausreisepflichtige Ausländer;</p> <p>keine Überweisung von Transferleistungen ins Ausland; hohe Steuer auf Rücküberweisungen, die den Europäischen Wirtschaftsraum verlassen;</p> <p>Wiedereinführung wirksamer Grenzkontrollen;</p>	<p>Wahrung des Grundrechts auf Asyl und Stopp unkontrollierter Migration; Asylanträge sollen an den EU-Außengrenzen und in Drittstaaten gestellt und entschieden werden;</p> <p>Gewinnung ausländischer Fachkräfte, ohne Schädigung ärmerer Herkunftsländer, soweit ein tatsächlicher Mangel besteht;</p> <p>einfachere Anerkennung ausländischer Qualifikationsnachweise bei echter Vergleichbarkeit zu deutschen Abschlüssen;</p> <p>konsequentes Abschieben und Wiedereinreiseperrern; dringende Abschiebung von Gewalt- und Intensivtätern, islamistischen Gefährdern und Hasspredigern; Bleiberecht nur für Menschen, die nicht straffällig werden;</p> <p>landesweite Einführung einer Bezahlkarte;</p> <p>Migrationspolitik und Bildungspolitik aus einem Guss: verpflichtende Deutschkurse und frühkindliche Sprach- und Bildungstests;</p> <p>Kürzung der Leistungen auf das verfassungsrechtlich</p>

<p>Respekt vor der Rechtsordnung und Demokratie, insb. Gleichheit von Frau und Mann sowie Toleranz gegenüber allen Formen des Glaubens und des Nichtglaubens;</p> <p>keine Zweckentfremdung von Gemeindeeinrichtungen zur Unterbringung von Asylsuchenden;</p> <p>Einführung eines vorbereitenden Jahres vor dem ersten Schuljahr für junge Migranten;</p> <p>konsequente Rückführungsoffensive, um die Zahl der vollziehbar ausreisepflichtigen Flüchtlinge in der Metropolregion effektiv zu reduzieren;</p> <p>weltweite Anwerbung von Menschen, deren Engagement das Land bereichert;</p> <p>Förderung der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Europa und anderen Ländern; Initiierung gezielter Anwerbungsprogramme;</p> <p>Digitalisierung der Beantragung und Bearbeitung von Visaverfahren;</p> <p>Einführung von Englisch als zweiter Verwaltungssprache in Behörden;</p>	<p>weildauer bis zu 24 Monaten in der Erstaufnahme möglich ist; keine Inanspruchnahme öffentlicher Räume wie Sporthallen für die Unterbringung;</p> <p>Unterbringung von Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive, die aus bestimmten Gründen nicht abgesprochen werden können, in der Zentralen Ausländerbehörde als Übergangseinrichtung des Landes; intensive Ausreiseberatung in einem Landesausreisezentrum im Fall abschließend rechtskräftig abgelehnter Asylverfahren;</p> <p>keine zusätzlichen freiwilligen Aufnahmeprogramme;</p> <p>Einrichtung von Rückführungszentren für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländer; Ausweitung der Befugnisse der Polizei, um Abschiebungen unangekündigt zu vollziehen, um Ausreisepflichtige länger in Gewahrsam nehmen zu dürfen oder die Möglichkeiten bei der Suche zu erweitern;</p> <p>Priorisierung der Rückführung ausländischer Straftäter und weitere personelle Stärkung der „Taskforce“ zur Abschiebung krimineller Ausländer;</p> <p>Ausrichtung der Integration am Prinzip des Förderns und Forderns: klares Bekenntnis zur freiheitlichen</p>	<p>terbringung insb. von Familien nach spätestens einem Jahr in Wohnungen;</p> <p>keine Einführung einer Bezahlkarte zur Erbringung der Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz;</p> <p>Abschaffung der Task Force „Abschiebungen“;</p> <p>keine Abschiebung bei guter Integration; Erleichterung des Spurwechsels für diejenigen, deren Asylantrag zwar abgelehnt wurde, die jedoch in Ausbildung oder Arbeit sind;</p> <p>keine kommunalen Ausreisezentren; Verhinderung erzwungener „freiwilliger“ Ausreisen;</p> <p>Schaffung eines humanitären Aufnahmeprogramms mit einem Umfang von mindestens 200 Personen jährlich;</p> <p>Abschaffung von Arbeitsverboten, um eine Integration in den Arbeitsmarkt schnellstmöglich zu sichern;</p> <p>Einrichtung eines Runden Tisches „Integration“;</p> <p>Sprachkurse von Anfang an und für alle, schon in der Erstaufnahme; Ausbau berufsbezogener Sprachkurse;</p>	<p>Schaffung von Willkommenszentren in allen Landkreisen und kreisfreien Städten;</p> <p>Erhalt und Entfristung der Beratungsstelle bei der Integrationsbeauftragten des Landes über Ende 2024 hinaus;</p> <p>keine von diskriminierenden Vorurteilen geprägten Instrumente wie Bezahlkarte und Arbeitspflicht für Geflüchtete;</p> <p>keine Abschiebeeinrichtungen, wie das Abschiebezentrum am BER und kommunale Abschiebezentren;</p> <p>keine sog. „Asylverfahren in Drittstaaten“;</p> <p>keine weiteren Asylrechtsverschärfungen;</p> <p>Weiterführung der bestehenden Landesaufnahmeprogramme und Erweiterung um weitere Länder in Kriegs- und Krisenregionen; Wiedereinführung des Landesaufnahmeprogramms Syrien; Aufnahme von Menschen aus Afghanistan; Abschiebestopp für Jesid*innen;</p> <p>dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen und Nachbarschaften;</p> <p>Zulässigkeit des Betriebes von Flüchtlingsunterkünften</p>	<p>konsequente Verweigerung der Einreise für Personen, die beim illegalen Grenzübertritt aufgegriffen werden; unverzügliche Inhaftnahme von in Inland bei Kontrollen aufgegriffenen illegalen Einwanderern; Einzug von Bargeld, Geld- und Kreditkarten sowie Wertgegenständen und Wiederaus handingung erst nach der vollzogenen Abschiebung, abzüglich der Kosten für die vorübergehende Unterbringung und Versorgung sowie die Rückführung; Einzug mitgeführter Mobiltelefone, um die darauf gespeicherten Daten zur Ermittlung von Schleppern, Komplizen und Fluchtrouten auswerten zu können;</p> <p>regelmäßige Überprüfung des Fortbestehens von Asylgründen über den Zeitraum von zehn Jahren; deutlich mehr Förderung der Rückkehrbereitschaft;</p> <p>obligatorische Durchführung von Altersuntersuchungen in begründeten Zweifelsfällen;</p> <p>Beendigung des Wildwuchses bei der Asylverfahrensberatung und -betreuung; Verfahrensberatung nur noch nach § 12 a Asylgesetz und durch staatliche Stellen; Entzug der öffentlichen Förderung für sämtliche Institutionen, Initiativen und Vereine, welche abgelehnte Asylbewerber dabei</p>	<p>geforderte Existenzminimum für Ausreisepflichtige in Form von Sachleistungen;</p>
--	---	--	--	---	--

demokratischen Grundordnung und zur deutschen Leitkultur; Verankerung konkreter Integrationspflichten im Landesrecht; verpflichtende Deutschkurse für alle anerkannten Asylbewerber; Zulassung begleitenden Spracherwerbs während einer Beschäftigung; Einführung von Sprachtests vor der Aufnahme in die Schule, zusätzlich verpflichtender Sprachunterricht bei erheblichen Sprachdefiziten;

Evaluierung des Landesaufnahmegesetzes und Weiterentwicklung zu einem Integrationsgesetz;

dauerhafte Sicherung und verlässliche Finanzierung von Integrationsangeboten; gesetzliche Verankerung des Integrationsbudgets als Integrationspauschale;

gesetzliche Verankerung, dauerhafte Sicherung und Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten auf ukrainische Geflüchtete für die Migrationssozialarbeit für anerkannte Flüchtlinge;

Erhalt und Fortentwicklung der Beratungsstelle bei der Landesintegrationsbeauftragten;

Ausbildungs- und Berufseinstiegsoffensive für geflüchtete Menschen;

Ausbau des Angebots an Anpassungsqualifizierungen, vor allem in den Bereichen Bildung, soziale Arbeit, Medizin und Pflege;

verlässliche Förderung und Unterstützung migrantischer Selbstorganisationen;

deutliche Verkürzung von Einbürgerungsverfahren durch personelle Aufstockung der kommunalen Einwanderungsbehörde;

nur noch, wenn diese gesellschaftlich und infrastrukturell gut angebunden sind;

Verkürzung der Zeit in Erstaufnahmeeinrichtungen auf maximal drei Monate;

Spurwechsel, einfacherer Einstieg von Menschen in den Arbeitsmarkt, auch wenn ihr Aufenthaltsstatus noch nicht abschließend geklärt ist;

Abschaffung aller Arbeitsverbote für Geflüchtete; Vergrößerung der Möglichkeit, Schul- und Bildungsabschlüsse nachzuholen;

schnellere und flexiblere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen;

Fachkräfteoffensive, mit der mehr Menschen mit Migrationsgeschichte in den Arbeitsmarkt gebracht werden;

Verstärkung und flächendeckender Ausbau von Migrationssozialarbeit und des Integrationsbudgets;

vermehrtes Angebot geschlechterspezifische Angebote für queere Geflüchtete und FINTA\*;

unterstützen, sich der Abschiebung oder Ausreisepflicht zu entziehen;

konsequente Bestrafung von Staatsbürgern, die bei der Schaffung von Abschiebehindernissen mitwirken;

Remigrationsprogramm 2029:

Start einer massiven Abschiebungsinitiative; Identifizierung aller Fälle missbräuchlicher Angaben zum Zwecke der Einwanderung mit einer landesweiten Untersuchung; obligatorische ärztliche Untersuchung zur Altersbestimmung angeblich minderjähriger Flüchtlinge;

Ermittlung aller Fälle, in denen Ausländerreisen in ihrer Heimat unternommen haben, wo sie angeblich verfolgt oder von Krieg bedroht werden;

Vollzug der Ausreisepflicht aller illegal eingereisten und geduldeten Ausreisepflichtigen durch neue Verfahrenswesen, insb. durch Rückführungen im großen Stil, entsprechend den geltenden Gesetzen;

# **GESELLSCHAFT UND SOZIALES**

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Aktivierender Sozialstaat mit effizientem Mitteleinsatz; Erhöhung der Karenz beim Einsatz von Mitteln;</p> <p><u>Familien:</u></p> <p>Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Schaffung besserer Voraussetzungen für die Vereinbarung von Weiterbildung und Familie;</p> <p>Steigerung der Karrierechancen insbesondere für Frauen durch familienfreundliche Weiterbildungen;</p> <p><u>Kinder und Jugendliche:</u></p> <p>Zugang für alle Kinder und Jugendlichen in Brandenburg zu gesunder und ausgewogener Ernährung;</p> <p>Kostenfreie Gestaltung des Eintritts in Museen und weitere kulturelle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche sowie für Schulklassen, um eine ganzheitliche Teilhabe zu ermöglichen;</p> <p>Ausbau intensivmedizinischer Einrichtungen, um pflegebedürftige Kinder und</p>	<p>Ersetzung des Bürgergeldes durch eine neue Grundversicherung, bei der Fördern und Fordern wieder gilt;</p> <p><u>Familien:</u></p> <p>Entlastung vor allem berufstätiger Eltern durch eine beitragsfreie Kinderbetreuung von der Krippe bis zum Hort;</p> <p>Weiterentwicklung von Familienzentren und Mehrgenerationenhäusern in der Stadt und auf dem Land; Angebot umfassender niedrigschwelliger Beratungs- und Unterstützungsleistungen;</p> <p>Unterstützung von Familien auch bei der Pflege Angehöriger;</p> <p>Ausweitung des Netzwerks „Gesunde Kinder“ für Kinder bis zum 6. Lebensjahr;</p> <p>Ausbau digitaler Angebotsstrukturen, um Familienleistungen zugänglicher zu machen;</p> <p>Unterstützung der Ausbildung von Familienhebammen;</p>	<p>Einführung von Bürgerservicestellen/Sozialbüros, die die Beratung für Bürgerinnen und Bürger zu Sozialleistungen aller Rechtskreise in einer Anlaufstelle zusammenfassen;</p> <p>Bekämpfung von Armut, insb. bei Kindern, als Schwerpunkt der Politik;</p> <p><u>Familie:</u></p> <p>Abschaffung aller verbleibenden Elternbeiträge in der Krippe und im Hort;</p> <p>bezahlbares Kita- und Schulesen;</p> <p>Erhalt der Struktur von Familienzentren im Land und Stärkung entsprechend der Bedarfe nach Sozialindex;</p> <p>Beratung von jungen Familien und insb. jungen Müttern als Schwerpunkt der Hilfen vor Ort;</p> <p>Unterstützung der Kommunen beim Bau von Kitas mit einem Kommunalen Investitionsprogramm; Gewährleistung eines flächendeckenden und wohnortnahen Angebots von Krippe bis Hort; Umsetzung des</p>	<p><u>Familie:</u></p> <p>Kostenfreiheit von Krippe, Kita, Hort und Ganztags für alle Kinder; kostenbeteiligungsfreies Mittagessen für alle Kinder in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 an allen Schulformen;</p> <p>mehr Unterstützungsangebote für Alleinerziehende; flexible Betreuungsangebote außerhalb der Kita- und Hortzeiten;</p> <p>Etablierung regionaler Tische gegen Kinder- und Familienarmut;</p> <p>Familienfördergesetz; Weiterentwicklung insb. von Kitas und Schulen zu Familienzentren;</p> <p><u>Kinder und Jugendliche:</u></p> <p>Stärkung des Kinderschutzes an Schulen und Kitas; mindestens eine ausgebildete „Insoweit erfahrene Fachkraft im Kinderschutz“ als Ansprechpartnerin;</p> <p>Ausbau des Kinder- und Jugendschutzes im Umgang mit Medien; Ausbau präventiver Maßnahmen zur Aufklärung und Sensibilisierung;</p>	<p><u>Familien:</u></p> <p>Stärkung und Ausbau von Familienzentren als leicht zugängliche Anlaufstellen für Familien;</p> <p>Familienfördergesetz;</p> <p>Landesprogramm „starke Familie“; Unterstützung bestehender Beratungsstellen bei spezifischen Schulungs- und Weiterbildungsprogrammen für Familien mit pflegebedürftigen Kindern oder Kindern mit Behinderung; Ausbau von Lotsen- und Beratungsstellen und Stärkung der Netzwerkarbeit in Vergütungsvereinbarungen;</p> <p>flächendeckende Förderung von Babylots*innen auf Geburtsstationen;</p> <p>Erhalt und Ausbau aller ergänzenden, bestehenden Förderprogramme, die sich an armutsgefährdete Kinder und Jugendliche richten;</p> <p>Einführung einer Kinder-Chancen-App, in der Familien kostenfreie und vergünstigte Freizeit- und Bildungsangebote finden;</p> <p><u>Kinder und Jugendliche:</u></p>	<p><u>Familien:</u></p> <p>Stärkung der traditionellen Familie; positive, familienfreundliche Sozialpolitik; geburtenfördernde Familienpolitik;</p> <p>Vermittlung des Respekts vor dem Leben und eines positiven Bildes von Ehe und Elternschaft in der Schule und in den Medien;</p> <p>keine Kommerzialisierung des Mutterleibes durch bezahlte Leihmutterchaft; keine Vermarktung des Gewebes getöteter ungeborener Kinder;</p> <p>Vereinfachung des Wiedereinstiegs von Eltern in das Berufsleben nach der Baby-pause, indem nach Kinderzahl gestaffelte Lohnsubventionen an die Arbeitgeber gezahlt werden;</p> <p>familienfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik, die es den Familien ermöglicht, auf Wunsch und ohne gravierende Einbußen beim Lebensstandard auch mit nur einem Erwerbseinkommen zu leben;</p> <p>Einführung zinsfreier Familiendarlehen in Höhe von 25.000 € mit Teilerlass für</p>	<p>Langfristige Förderung und Etablierung von Kinder- und Jugendclubs sowie Familien- und Begegnungszentren insb. in ländlichen Gegenden und kleineren Städten;</p> <p><u>Kinder und Jugendliche:</u></p> <p>inklusive Kinder- und Jugendhilfe, um Kindern und Jugendlichen mit einer Beeinträchtigung die bestmögliche Unterstützung und Begleitung zu ermöglichen;</p> <p><u>Senioren:</u></p> <p>Einsamkeit im Alter: innovative, generationsübergreifende und gemeindennahe Angebote, wie z.B. kommunale Wohnprojekte für altersgerechtes und barrierefreies Wohnen zu sozialverträglichen Mieten;</p> <p><u>Menschen mit Behinderung:</u></p> <p>Paradigmenwechsel zu einem personenzentrierten Leistungssystem im Bundesteilhabegesetz, um Menschen mit Beeinträchtigung eine an ihren Bedürfnissen entsprechende Teilhabe zu ermöglichen;</p>

Jugendliche besser in Familien integrieren zu können;

#### Senioren:

weitere Flexibilisierung des Renteneintrittsalters; Erhöhung der Anreize für längeres Arbeiten über die Reduzierung von Zuverdienstgrenzen;

Stärkung der Präventionsarbeit für Seniorinnen und Senioren, um der Zunahme von Trickbetrugs- und Eigentumsdelikten entgegenzuwirken und das Sicherheitsgefühl zu stärken;

Ausbau von Wohnmodellen wie Senioren-WGs, Seniorenengossenschaften oder ambulant betreute Wohngemeinschaften, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen und Probleme wie ineffiziente Wohnraumnutzung oder Vereinsamung älterer Menschen zu lösen;

#### Menschen mit Behinderung:

Förderung moderner Konzepte der selbstbestimmten Inklusion, von Assistenzhunderten über digitale und technische Hilfsmittel bis hin zu einfachen persönlichen Budgets, die staatliche Leistungen bündeln;

Menschen mit Behinderung: Ermöglichung einer Förderung zur Barrierefreiheit

Erarbeitung eines Kinderschutzgesetzes, das Kindeswohl und Kindergesundheit in den Mittelpunkt stellt;

Umsetzung bzw. Weiterentwicklung von Schutzkonzepten gegen sexuellen Kindesmissbrauch in allen Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Kliniken und der Behindertenhilfe;

Ausweitung des Gütesiegels „Kinderschutz im Sport“;

Weiterentwicklung der vertraulichen Spurensicherung nach Sexualdelikten auch für Betroffene unter 18 Jahren;

konsequente Verfolgung von Straftaten im Bereich des Missbrauchs und der Misshandlung von Kindern und Jugendlichen, auch durch erweiterte Ermittlungsbefugnisse;

#### Kinder und Jugendliche:

breitgefächertes und attraktives Angebot von Ausbildungsmöglichkeiten;

bezahlter Wohnraum für junge Menschen;

breitgefächerte Angebote der Jugendarbeit mit den Schwerpunkten Kultur und Sport, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit;

Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung in der Grundschule;

#### Kinder und Jugendliche:

Weiterentwicklung der Jugendarbeit; Übernahme von 25 % der tatsächlichen Aufwendungen beim Personalkostenzuschuss durch das Land;

Stärkung der Freiwilligendienste und Verbesserung der Rahmenbedingungen, indem z.B. das freiwillige soziale Jahr für die spätere Ausbildungszeit anerkannt wird; Erhöhung des Taschengeldes für die Freiwilligen;

Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung; Rede- und Antragsrecht der Interessensvertretungen von Kindern und Jugendlichen in den kommunalen Parlamenten;

Weiterentwicklung des Landesjugendplans; Ausgleich der Inflationsrate des letzten Jahres mit der Förderung;

#### Senioren:

Unterstützung der Arbeit des Landesseniorenbeauftragten;

Umsetzung der Seniorenpolitischen Leitlinien;

#### Menschen mit Behinderung:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei sie betreffenden Belangen in der Landespolitik und an allen sie und ihre Zukunft betreffenden Entscheidungen in ihren Wohnorten;

Sicherung und Ausbau der inklusiven Kinder- und Jugendarbeit;

Verbesserung der Situation der Kinder und Jugendlichen in Wohngruppen; Mehrbelastungsausgleich für Träger von Einrichtungen der Eingliederungs- sowie der ambulanten bzw. stationären Kinder- und Jugendhilfe;

#### Senioren:

Ausbau einer seniorenrechten sozialen Infrastruktur; vollständige Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes; flächendeckendes und wohnortnahes Angebot der Gesundheitsversorgung; Verkaufseinrichtungen für den täglichen Bedarf;

Aufbau lückenloser Mobilitätsketten;

Weiterentwicklung der Seniorenpolitischen Leitlinien; gezielte Maßnahmen gegen Altersarmut, z.B. vergünstigte Tarife oder kostenlose Nutzung von Kultur- und Freizeitangeboten und des ÖPNV für Seniorinnen und Senioren;

Einführung eines eigenständigen Kinder- und Jugendrechtemonitorings;

Verbesserung des Kinder- und Jugendschutzes; Förderung des Netzwerks Kinderschutz; Unterstützung der landesweiten Fachstelle Kinderschutz;

mehr niedrigschwellige, jugendgerechte Angebote für junge Menschen in psychischen Krisen;

weitere Unterstützung des Kompetenzzentrums für Kinder- und Jugendbeteiligung und Ausbau der Förderung; Unterstützung des neuen Dachverbandes der Kinder- und Jugendgremien in Brandenburg mit einer hauptamtlichen Stelle;

bessere finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendgremien;

Beteiligung junger Menschen an den Zukunftsfragen der Metropolregion;

Ausbau des Landesjugendplans, langfristig mehr Geld für Kinder- und Jugendarbeit; mehr Stellen für Jugendbildungsreferent\*innen, insb. bessere Ausstattung der Jugendbildungsstätten;

Weiterentwicklung und Finanzierung der Arbeit des Jugendforums Nachhaltigkeit;

jedes Kind sowie Komplett-erlass ab dem dritten Kind;

bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Ermöglichung, dass Arbeit auch von zu Hause aus verrichtet werden kann, mithilfe einer flächendeckenden Modernisierung der Datennetze;

Förderung kreativer Mehrgenerationenprojekte;

Beendigung des Kultes um Regenbogenfamilien; Ablehnung sämtlicher Bestrebungen, das sog. kleine Sorgerecht auf weitere Personen auszuweiten;

bessere Unterstützung Alleinerziehender; automatisches gemeinsames Sorgerecht ab der Geburt auch bei nichtehelichen Kindern;

Erhöhung des Familiengeldes, angemessene steuerliche Entlastung aller berufstätigen Eltern;

Einführung eines Betreuungsgeldes für Eltern bzw. Großeltern für die ersten drei Jahre als Lohnersatzleistung, orientiert am bisherigen durchschnittlichen Nettolohn der letzten drei Jahre vor Geburt des ersten Kindes, gedeckelt auf die Höhe des allgemeinen durchschnittlichen Nettogehalts;

inklusive Ausgestaltung der Kindertageseinrichtungen (einschließlich Hortbereich), Inklusives Bildungssystem, das Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen ein lernen entsprechend ihren individuellen Bedarfen erlaubt;

auch bei Umzug von Arztpraxen, wenn die Praxis barrierefrei gestaltet wird;

schrittweise barrierefreie Gestaltung aller Kitas und Schulen;

unbürokratische und zeitnahe Bereitstellung von Hilfsmitteln für Menschen mit Behinderung, wie bspw. für das Lesen und Schreiben, bereits vor Schulbeginn;

Einführung des Wahlrechts für Eltern von Kindern mit Behinderungen, zu entscheiden, ob ihr Kind eine Regelschule oder eine spezielle Förderschule besucht;

Gesprächsaustausch einmal im Jahr mit den Jugend- und Auszubildendenvertretungen im Land;

#### Senioren:

Fortschreibung der Seniorenpläne/Seniorenpolitischen Leitlinien;

Unterstützung des altersgerechten und barrierefreien Umbaus von Wohnungen, damit Menschen bis ins hohe Alter in ihrem vertrauten Umfeld selbstbestimmt leben können;

Nutzung digitaler Assistenzsysteme als Chance für altersgerechtes Wohnen;

Aufrechterhaltung von Angeboten des täglichen Lebens in ländlichen Regionen auch künftig als Vor-Ort-Angebote, bspw. in mobiler Form;

Bestärkung von Senioren, sich mit ihrer Erfahrung in Parlamenten, Gemeindevertretungen, Ausschüssen und Beiräten einzubringen;

aktive Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Senioren durch digitale, analoge und interessenbestimmte Bildungsangebote;

Unterstützung der Einrichtung von Beratungsangeboten für Senioren;

Förderung von Inklusion und Behindertenpolitik in allen Bereichen;

kritisch konstruktive Begleitung der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes;

Unterstützung der Arbeit der Landesbehindertenbeauftragten sowie der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderung;

Stärkung der kommunalen Seniorenbeiräte und der kommunalen Seniorenbeauftragten; mehr Seniorenbeauftragte im Hauptamt;

Entwicklung eines Seniorenmitwirkungs- und Beteiligungsgesetzes;

Auflegen eines Förderprogramms für barrierefreie und generationenübergreifender Wohn- oder Betreuungsformen und Wohn- und Unterstützungsangebote;

Förderung der Etablierung von Bildungsangeboten, die Seniorinnen und Senioren den Erwerb der notwendigen Kompetenzen zur Digitalisierung ermöglichen;

#### Menschen mit Behinderung:

Bindung von Fördergeldern für bauliche Maßnahmen unmittelbar an das Kriterium der Barrierefreiheit; mehr barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderungen;

Schaffung einer Fachstelle für Barrierefreiheit;

Beschleunigung des Feststellungsverfahrens des Schwerbehindertengrades beim Amt für Ssoziales;

Prüfung aller Landesgesetze auf Konformität mit der UN-Behindertenrechtskonvention und Anpassung, wenn nötig; Evaluierung

#### Senioren:

weitere Unterstützung der Arbeit der Fachstelle Altern und Pflege im Quartier, um Begegnungsorte zu schaffen;

weitere Förderung der Arbeit der Senior\*innenbeiräte in den Kommunen als Stimme der Älteren und des Senior\*innenrats des Landes;

Altenhilfestrukturengesetz;

#### Menschen mit Behinderung:

Weiterentwicklung des „Behindertengleichstellungsgesetz“ zu einem Inklusionsgesetz;

Schaffung einer unabhängigen Monitoring Stelle, die das neue Inklusionsgesetz und die Umsetzung des behindertenpolitischen Maßnahmenpakets auf die Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft;

stärkere Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt;

besondere Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in inklusiven Unternehmen;

Einführung des Mindestlohns auch in Werkstätten;

finanzielle Absicherung der Fachstelle für barrierefreies

Beibehaltung des Kindergeldes, aber Unterbindung von Missbrauchsmöglichkeiten;

Bekämpfung der Verschwendungssucht der Sozialindustrie; regelmäßige und unabhängige Überprüfung sämtlicher Unternehmen der Sozialindustrie; Sicherstellung, dass nur diejenigen Wohlfahrtsorganisationen Steuergeld erhalten, die sich politisch neutral verhalten;

Verstärkung der Bemühungen zur Bekämpfung von Einsamkeit; intensivere Förderung der Nachbarschaftshilfe und entsprechender Anlaufpunkte;

#### Kinder und Jugendliche:

keine Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz wegen der drohenden Aushöhlung der Elternrechte;

keine Verabreichung von Pubertätsblockern oder chirurgische Eingriffe an Kindern oder Jugendlichen, die das Gefühl äußern, innerlich dem anderen Geschlecht anzuhören;

#### Senioren:

würdevolles, selbstbestimmtes und gesellschaftlich sozial integriertes Leben aller Senioren;

Senioren im Rentenalter mit ihren Lebenserfahrungen

Ermöglichung lebenslangen Lernens auch mithilfe digitaler Angebote; Sicherung einer aktiven Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben;

Menschen mit Behinderung:

weiterer Ausbau und Förderung der Barrierefreiheit, insb. Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Realisierung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und dem ÖPNV;

Einführung eines standardisierten Zertifikates der Werkstätten für Menschen mit Behinderung im Berufsbildungsbereich; Abstimmung dessen Anerkennung auf dem ersten Arbeitsmarkt mit den Kammern;

und Novellierung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes;

Stärkung der kommunalen Behindertenbeauftragten; Absenkung der notwendigen Einwohnerzahl als Kriterium zur Schaffung eines hauptamtlichen Behindertenbeauftragten;

Weiterentwicklung des behindertenpolitischen Maßnahmenpakets mit dem Schwerpunkt „Empowerment“;

Erleichterung des Zugangs zum ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen;

Mindestlohn in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen;

Bauen; Förderung inklusiver Wohnprojekte;

Stärkung der kommunalen Behindertenbeauftragten, der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung und Inklusionsbeiräte;

Benennung und Ausbildung von Gleichstellungsbeauftragten in Werkstätten und Wohnformen für behinderte Menschen;

wieder in den Mittelpunkt stellen;

besserer Schutz von durch Betreuungsvereine, selbstständige Berufsbetreuer und ehrenamtliche Betreuer umsorgten Menschen vor fachlichen Mängeln und missbräuchlicher Nutzung der rechtlichen Betreuung;

verstärkte Herstellung einer seniorenfreundlichen Infrastruktur insbesondere im ländlichen Gebiet; Absicherung durch ortsnahe Gesundheitseinrichtungen, Verkaufsstellen des täglichen Bedarfs, Post- und Bankfilialen sowie Gewährleistung der Mobilität durch Busse;

Menschen mit Behinderung:

Erhöhung des Lohns in Werkstätten für behinderte Menschen;

Modernisierung des Landespflegegeldgesetzes; an die Inflationsrate gekoppelte Dynamisierung des Landesblindengeldes; Orientierung des Betrages des Landesblindengeldes wenigstens am bundesdeutschen Durchschnitt mit Anhebung zunächst auf mindestens 500 €;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Erhalt von Krankenhäusern, die die medizinische Infrastruktur in ihren Gebieten aufrechterhalten;</p> <p>Berücksichtigung der Sicherung der Notfallambulanzen und Rettungszentren auf dem Land bei der Strukturplanung von Krankenhäusern;</p> <p>Stärkung und Erhöhung der Anzahl niedergelassener Ärzte;</p> <p>bessere Vergütung von Landärzten;</p> <p>Bereitstellung von Darlehen zur Finanzierung von medizinischen Studiengängen; Erlass eines Teils des Darlehens, wenn der Arzt in Brandenburg bleibt; vollständiger Erlass des Darlehens bei einer 20-jährigen Berufsausübung im Land;</p> <p>umfassendere Ausführung der elektronischen Patientenakte; zügige Umsetzung von Anwendungen der Telematikinfrastruktur, wie das eRezept;</p> <p>Unterstützung der Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser dabei, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen;</p>	<p>Absicherung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung;</p> <p>Stärkung und Ausbau von medizinischen Versorgungszentren;</p> <p>Ausgleich tatsächlicher Unter- und Überversorgungen nach einer Bedarfsmessung;</p> <p>Einsatz von Gemeindefachschwestern für die Basisversorgung, die die Versorgung chronisch kranker und älterer Patienten insb. auf dem Land sicherstellen;</p> <p>Unterstützung der Ausbildung von Familienhebammen;</p> <p>Etablierung neuer akademischer Berufsfelder (z.B. Advanced Practice Nurse);</p> <p>Ausbau und anwendungsfreundliche Ausgestaltung von E-Health und Telemedizin;</p> <p>Einführung der Studiengänge Pharmazie und Zahnmedizin;</p> <p>Aufbau von Förderregionen für innovative, auch digitale Ansätze zur Sicherstellung</p>	<p>Verbesserung der Qualität der Versorgung sowohl im stationären wie ambulanten Bereich;</p> <p>Erhalt eines breiten Netzes von Geburtskliniken und haus- und fachärztlicher Versorgung sowie ausreichend Hebammen;</p> <p>Bereitstellung von künftig jährlich 200 Mio € als Fördersumme für die Krankenhäuser;</p> <p>Weiterentwicklung kommunaler Krankenhäuser, Förderung kommunaler Klinikverbünde;</p> <p>weitere Unterstützung der Medizinischen Hochschule Brandenburg;</p> <p>noch stärkeres Zusammenbringen der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg;</p> <p>Förderung innovativer Lösungen der Digitalisierung, z.B. durch Telemedizin, elektronische Gesundheitskarte und andere digitale Angebote;</p> <p>Auflegen eines Investitionsprogramms „Kommunale Medizinische Versorgung“;</p>	<p>Vergabe von 50 Stipendien, wenn sich Medizinstudentinnen und -studenten verpflichten, in Brandenburg tätig zu werden; Einführung eines Landzahnarztstipendiums; Ausweitung des Landarztstipendiums auf das Pharmaziestudium;</p> <p>Förderprogramme zur Niederlassung von Ärztinnen und Ärzte in unterversorgten Regionen;</p> <p>Forschungsförderung von mindestens 5 Mio € für die Medizinische Hochschule Brandenburg;</p> <p>Ermöglichung der Gründung medizinischer Versorgungszentren oder Polikliniken selbstständig von Kommunen;</p> <p>Schaffung mobiler Angebote, um dem Ärztemangel in dünnbesiedelten Regionen zu begegnen; Übernahme ärztlicher Tätigkeiten durch Gemeindefachschwestern nach entsprechender Qualifikation;</p> <p>Abwendung drohender Insolvenzen durch Finanzhilfen des Landes für Krankenhäuser;</p>	<p>Verbesserung der Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen; massives Vorantreiben der Digitalisierung;</p> <p>Erleichterung der Gründung von kommunalen und gemeinnützigen Medizinischen Versorgungszentren;</p> <p>mehr Mitsprache bei der ambulanten Versorgung für das Gesundheitsministerium; Schaffung neuer Stellen im Gesundheitsministerium zum Aufbau der sektorenübergreifenden Versorgung;</p> <p>koordinierende Gesamtplanung durch das Land mit den Kommunen, die Ziele für die psychosoziale Versorgung festlegt;</p> <p>Ausbau der flächendeckenden Versorgung und Beratungsangebote für besondere medizinische Bedürfnisse queerer Menschen;</p> <p>Sicherung der medizinischen Versorgung für Menschen mit Behinderung;</p> <p>Schaffung von Barrierefreiheit in medizinischen Einrichtungen, Praxen und Versorgungszentren;</p>	<p>Stärkung der Gesundheitswirtschaft als wichtiger Motor für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes;</p> <p>Behebung des Ärztemangels auf dem Land; Absicherung der Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum; Verbesserung der ambulanten fachärztlichen Versorgung;</p> <p>Schutz und Weiterentwicklung des Berufsbildes des Heilpraktikers;</p> <p>zügiges Entstehen von Studienplätzen in genügend großer Zahl an der geplanten Universitätsmedizin Cottbus;</p> <p>verlässliche Unterstützung der Medizinischen Hochschule Brandenburg mit einer institutionellen Förderung;</p> <p>sofortige Erhöhung der Zahl der Studienplätze für das Landärztförderprogramm; höhere Zuschüsse für Niederlassungen im ländlichen Raum aus dem Landeshaushalt;</p> <p>Abbau der Bürokratie in den Arztpraxen und Krankenhäusern;</p>	<p>Gesundheitsförderung und Prävention als zentrales Handlungsfeld; besondere Beachtung sozial benachteiligter Gruppen;</p> <p>Gesundheits- und Pflegeversorgung, die an den Bedürfnissen der Bürger orientiert ist und nicht an Gewinnmaximierung;</p> <p>Krankenhäuser, Medizinische Versorgungszentren und Pflegeeinrichtungen in kommunaler Trägerschaft oder in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege;</p> <p>Erhalt aller 66 Krankenhausstandorte im Land;</p> <p>Einführung eines Selbstkostendeckungsprinzips; Verbot, Gewinne aus Gesundheitsversorgung zu erzielen;</p> <p>Ermöglichung von Ausnahmen für Brandenburger Krankenhäuser bei der Krankenhausreform, wo sonst die gesundheitliche Versorgung vor Ort nicht mehr gesichert werden kann;</p> <p>Verbesserung der wirtschaftlich schwierigen Lage vieler Krankenhäuser;</p>

<p>eHealth-Fonds; Ausbau von Telemedizin;</p> <p>„Brandenburg-Quote“ an der Universitätsmedizin in Cottbus; Zusicherung eines Medizinstudienplatzes bei Bereitschaft, eine gewisse Zeit in Brandenburg zu arbeiten;</p> <p>Sicherstellung der Hebammenversorgung; Behebung des Hebammenmangels in der Geburtshilfe, sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich;</p> <p>häufige Bezuschussung der Versicherung für geburtshilflich tätige Hebammen durch das Land;</p> <p>verantwortungs- und leistungsgerechte Anpassung der Vergütung von Hebammen nach oben, auch bereits während ihrer Ausbildung;</p> <p>Förderung von Geburtshäusern sowie hebammengeführten Kreißsälen;</p> <p>bessere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen von Hebammen;</p> <p>Schutz der psychischen Gesundheit; Erhöhung der Studienplätze für Psychologie und Psychotherapie im Raum Berlin/Brandenburg;</p> <p>Erhöhung der Kassensitze für Psychotherapeuten, insb. für Kinder- und Jugendpsychiater;</p>	<p>einer hochwertigen Versorgung insb. im ländlichen Raum;</p> <p>Erhalt aller Krankenhausstandorte im Land;</p> <p>Krankenhausplanung und Steuerung durch das Land;</p> <p>auskömmliche Finanzierung mit langfristiger Planungssicherheit für alle Krankenhausstandorte;</p> <p>Einhaltung von Rettungsfristen und Sicherung der Notfallversorgung;</p> <p>kommunales Zuschussprogramm für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum zur Erleichterung für die Kommunen, gemeindliche Grundstücke für Praxen bereitzustellen, finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung medizinischer Großgeräte zu leisten und weitere Anreize für Ärzte zu schaffen;</p> <p>Ausbau des Landarztstipendiums und Öffnung für angehende Zahnmediziner; Verpflichtung für den Einsatz im Raum als Gegenzug für finanzielle Unterstützung beim Studium;</p> <p>Drogenpolitik:</p> <p>Fortführung einer konsequenten Drogenpolitik und entschlossenes Vorgehen gegen Kriminalitätsentwicklungen im Zusammenhang</p>	<p>moderner und personell gut ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst; Fokus auf Gesundheitsförderung und Prävention;</p> <p>Verbesserung der Psychotherapeutischen Versorgung, insb. von Kindern und Jugendlichen; Verkürzung von Wartezeiten auf einen Therapieplatz;</p> <p>Beschleunigung der Anerkennung ausländischer medizinischer Fachkräfte;</p> <p>Fortführung des Landarztstipendiums, Ausweitung auf Zahnärztinnen und Zahnärzte;</p> <p>Entwicklung von Anreizen, um Apothekerinnen und Apotheker für ländliche Regionen zu gewinnen;</p> <p>Stärkung des medizinischen Studiums und der Weiterbildung; Verpflichtung für die Krankenhäuser, ausreichend Ausbildungsstellen zur Verfügung zu stellen;</p>	<p>sektorenübergreifende Gesundheitsplanung;</p> <p>Sicherung von Investitionen, bei denen das Land den Krankenhäusern künftig mindestens 200 Mio € jährlich zur Verfügung stellt;</p> <p>komplette Abschaffung der Fallpauschalen;</p> <p>Zurückführung von Krankenhäusern im Besitz von privaten Klinikkonzernen Schritt für Schritt in die öffentliche Hand;</p> <p>Absicherung der Geburtshilfe; umfassende und ganzheitliche Betreuung und Versorgung von Schwangeren, Müttern und Neugeborenen; flächendeckende und wohnortnahe Geburtskliniken und -zentren sowie freiberufliche Hebammen; flächendeckende Einrichtung hebammengeleiteter Kreißsäle; Ermöglichung für Hebammen mit einer schulischen Berufsausbildung, über eine berufsbegleitende Fortbildung den Bachelorabschluss zu erlangen;</p> <p>moderner und zukunftsfester Ausbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes;</p> <p>mindestens 1% der Medizinstudienplätze für Studentinnen und Studenten, die sich verpflichten, nach dem Studium mindestens fünf Jahre im ÖGD zu arbeiten;</p>	<p>Gewinnung und Qualifizierung von neuen Ärzt*innen, Psychotherapeut*innen und Zahnärzt*innen;</p> <p>Fortführung der finanziellen Unterstützung der Medizinischen Hochschule Brandenburg;</p> <p>Unterstützung akademischer Angebote wie das Studium „Physician Assistant“;</p> <p>flächendeckende finanzielle Förderung von automatisierten externen Defibrillatoren;</p> <p>Förderung der psychischen Gesundheit aller Beschäftigten;</p> <p>Schaffung eines Lehrstuhls für Arbeitsmedizin an einer Hochschule in Brandenburg;</p> <p>bessere Kontrolle der Arbeitsschutzregeln; Einstellung von mehr Kontrollpersonal; Sicherstellung, dass jedes Jahr mindestens 5 % aller Betriebe überprüft werden;</p> <p>Ausbildungsoffensive in den Therapieberufen; Gründung und Förderung neuer Berufsfachschulen für Therapiefachkräfte im gesamten Land;</p> <p>weiteres Voranbringen der Aus- und Weiterbildung von Psychotherapeut*innen;</p>	<p>flächendeckende, qualitativ hochwertige und wohnortnahe Geburtshilfe; Erreichbarkeit einer geburtshilflichen Abteilung innerhalb von 40 Minuten für jede Schwangere; Sicherstellung einer Eins-zu-Eins-Betreuung einer Gebärenden durch eine Hebamme;</p> <p>Unterstützung von Hebammen; Einrichtung eines ausreichend bemessenen Unterstützungsfonds aus Landesmitteln, mit dem ein Zuschuss zu den Haftpflichtprämien der Hebammen geleistet werden kann;</p> <p>Abschaffung der Budgetierung für Ärzte und Zahnärzte;</p> <p>Verkürzung der Wartezeiten für Arzttermine; schnelle Wiedereinführung der sogenannten Neupatientenregelung für Arztpraxen;</p> <p>wirksame Behebung von Lieferengpässen bei Arzneimitteln; Modifizierung von Rabattverträgen der Krankenkassen;</p> <p>genaue Prüfung ausländischer medizinischer Abschlüsse- und Arbeitszeugnisse;</p> <p>flächendeckende Einrichtung von Fachabteilungen für fachübergreifende Frührehabilitation; Einrichtung neuer Abteilungen für</p>	<p>auskömmliche Krankenhausinvestitionen durch das Land;</p> <p>echter Rettungsschirm für defizitäre Kliniken, um drohende Insolvenzen zu verhindern;</p> <p>Sicherstellung einer Grundversorgung in sektorenübergreifenden Versorgungszentren mit angelagerten MVZ und Kurzzeitpflegeeinrichtungen in strukturschwachen und dünn besiedelten Regionen;</p> <p>keine Zwangsverknüpfung der Pflegeberufe;</p> <p>Ausbau des Rettungsdienstes auf einem qualitativ hohen Niveau unter Nutzung eines landesweit einheitlichen Telenotarztsystems;</p> <p>Etablierung arbeitspsychologischer Expertise in Unternehmen, Förderung der Heilhilfsberufe sowie von Fachweiterbildungen der Ärzte und Psychotherapeuten;</p> <p>weiterer Ausbau der flächendeckenden, gemeindenahen und bedarfsgerechten sozialpsychiatrischen Versorgung; Weiterentwicklung der Beratungslandschaft für Betroffene und Angehörige auf kommunaler Ebene und finanzielle Absicherung durch Landeszuschüsse;</p>
---	--	--	--	--	---	---

Brandenburg als Modellregion für psychoanalytische Therapie mit den Substanzen LSD, MDMA, Psilocybin und Meskalin für medizinische und therapeutische Zwecke;

Sucht- und Drogenpolitik:

Bereitstellung spezialisierter Einrichtungen, die Abhängigen direkten Zugang zu Therapieberatung und medizinischer Versorgung ermöglichen;

Aufrechterhaltung akzeptanzorientierter Einrichtungen, die Schwerstabhängigen Überlebenshilfe leisten und oft als erste Anlaufstellen für spätere Therapien dienen;

kontrollierte Zulassung von Cannabis und Ermöglichung dessen Konsums, Anbaus und Besitzes für Erwachsene;

kontinuierliche Anpassung der Drogen- und Suchtpolitik an häufig auftretende Suchtformen; geeignete Präventions- und Hilfsmaßnahmen für Herausforderungen wie synthetische Drogen, Internet- und Spielsucht sowie exzessiven Alkoholkonsum; Angebote des Drug-Checkings in allen Oberzentren;

mit der Cannabislegalisierung;

weitere Förderung von Reha-Kliniken und ambulanten Reha-Einrichtungen;

Ausweitung der Ausbildungskapazität zum Pharmazeutisch-technischen Assistenten;

Sucht und Drogen:

Ausbau und finanzielle Absicherung der Präventionsprogramme im Land;

Höchstmengen für häufig gebrauchte Drogen, bei deren Besitz keine Strafverfolgung erfolgt;

Förderung der Harm-Reduction-Programme: flächendeckender Zugang zu Drogenkonsumräumen, sterilen Konsumutensilien etwa durch Spritzenaustauschprogramme, sowie Take-Home-Vergabe von Naloxon;

Ermöglichung analysegestützter Präventionsprogramme (Drug Checking) und Förderung durch das Land;

Unterstützung interdisziplinärer Forschungsprojekte zu Suchtprävention, Behandlungsmethoden und den sozialen Ursachen von Drogenkonsum mit Landesmitteln;

weiterer Ausbau der Versorgung mit ambulanter Psychotherapie;

keine weiteren Privatisierungen von öffentlichen Krankenhäusern; Entwicklung von Regeln, wie bei Fehlentwicklungen Krankenhäuser wieder in öffentliches Eigentum übernommen werden können;

Schaffung einer gesetzlichen Regelung für Plan-Krankenhäuser, die den Weiterverkauf privater Krankenhäuser an Finanzinvestoren ausschließt;

Steigerung der Investitionspauschale für die Krankenhäuser auf 200 Mio € im Jahr;

Fortführung und weiterer Ausbau des Programms „Green Care Hospital“, das Gesundheitseinrichtungen bei der Reduzierung ihres Bedarfs an fossilen Energieträgern unterstützt;

Sicherung der flächendeckenden Geburtshilfe; Ausweitung des Hebammenaktionsplans zu einem umfassenden Aktionsplan „Sichere Geburtshilfe“; Förderung der Gründung weiterer Geburtshäuser; Pilotprojekt für hebammengeleitete Kreißsäle; 1:1-Betreuung der Gebärenden durch Hebammen; Erhalt der vier Level-1-Zentren für Frühgeborene im Land;

Kurzzeitpflege in Krankenhäusern;

Weiterentwicklung des Landes-Rettungsdienstgesetzes; Stärkung der Rettungsdienste und Entlastung für Kernaufgaben;

moderne Krankenhausplanung, damit die Bürger optimal versorgt und Arbeitsplätze gesichert sind; Erhalt von Klinikstandorten, Verhinderung von Klinikschließungen; dauerhafte Erhöhung der Investitionen in Kliniken auf Landesebene;

Förderung der vorbeugenden Gesundheitserziehung und Ausbau von Informationsangeboten; Präventionsprogramme, Förderungen des Breitensports, Angebote in Kindergärten und Schulen;

Ausbau von Breitbandinfrastruktur und schnellem Internet vor allem in ländlichen Gebieten, sodass telemedizinische Angebote als Ergänzung zum Praxisbüro such bereitgestellt werden können;

weiteres Vorantreiben der wissenschaftlichen und juristischen Aufarbeitung der Coronapolitik im Land;

keine Impfpflicht;

neues zusätzliches Personal im Pflege- und Gesundheitswesen; 32.000 neue Beschäftigte bis 2030;

weiterer Ausbau der Rehalandschaft; Bereitstellung finanzieller Mittel durch das Land;

sichere und qualitativ hochwertige Versorgung mit Arzneimitteln, Impfstoffen und Medizinprodukten;

Umfassende Aufarbeitung der Geschehnisse während der Corona Pandemie; Einsetzung einer Enquete-Kommission im Landtag;

Entschädigung von Personen, die wegen Verstoßes gegen die Impfpflicht eine Strafe bezahlen mussten;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Mehr Zeit für persönliche Betreuung durch Abbau von Bürokratie, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Vorantreiben der digitalen Transformation im Pflegebereich;</p> <p>attraktivere Gestaltung des Pflegeberufs durch fangemessene Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte;</p> <p>Unterstützung von Sofortmaßnahmen für Aus- und Weiterbildungsoffensiven, Anreize für den Wechsel von Teilzeit zurück in Vollzeit, Wiedereinstiegsprogrammen für Pflegekräfte, die in andere Berufsfelder gewechselt sind, sowie Weiterqualifizierungen;</p> <p>schnelle und unkomplizierte Anerkennung von Pflegeabschlüssen, sowohl aus EU Ländern als auch international; zügige Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; problemloses Akzeptieren von Abschlüssen, die bereits in anderen Bundesländern anerkannt wurden;</p> <p>Stärkung der ambulanten Pflege; Unterstützung von</p>	<p>Angebot einer qualifizierten Pflege für pflegebedürftige Menschen und Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens in ihrem vertrauten Wohnumfeld;</p> <p>Bessere Rahmenbedingungen, um die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf weiter zu erleichtern;</p> <p>Fortsetzung, Ausbau und Weiterentwicklung des Pakts für Pflege und Einbeziehung in das Landespflegegesetz;</p> <p>Stärkung der Prävention in der Pflege, um Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern;</p> <p>Stärkung der ambulanten Pflege vor stationärer Pflege;</p> <p>frühzeitige Information in den allgemeinbildenden Schulen über die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten und Begeisterung junger Menschen für Pflegeberufe;</p> <p>stärkere Abstimmung der Ausbildung auf unterschiedliche Lebenssituationen der Pflegekräfte;</p> <p>Stärkung der Pflege- und Therapiewissenschaften an der Brandenburgischen</p>	<p>Fortführung und Verstetigung des „Pakt für Pflege“;</p> <p>Senkung der Eigenbeteiligung der Gepflegten durch Übernahme eines höheren Anteils an den Investitionskosten als Land;</p> <p>strenge Begrenzung der Leiharbeit in der Pflege (Bundesebene);</p> <p>weitere Unterstützung der Pflege- und Gesundheitsschulen und Erhöhung der Investitionspauschale;</p>	<p>Ausbau des Förderprogramms „Pakt für Pflege“ mit jährlich 30 Mio €;</p> <p>Investitionsfördermassnahmen für teil- und vollstationäre Pflege; ausreichende Förderung des Neu-, Um- und Ausbaus von Pflegeeinrichtungen;</p> <p>Ausbau der Kurzzeit-Tagespflegeplätze; gute Verzahnung und Kooperation zwischen Kliniken und der Anschlusspflege;</p> <p>Ausbau der Hospiz- und Palliativpflege; gute finanzielle und personelle Ausstattung der Hospiz- und Pflegedienste; Schaffung mindestens eines stationären Hospizes in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt;</p> <p>signifikantes Absenken der Eigenanteile für Pflegebedürftige, perspektivisch Abschaffung;</p> <p>mehr Fachkräfte durch mehr Ausbildungs- und Studienangebote; bedarfsgerechter Ausbau der Ausbildungskapazitäten;</p> <p>schnellstmöglicher Einstieg ausländischer Fachkräfte</p>	<p>Verstetigung und weiterer Ausbau des „Pakt für Pflege“; Verankerung der Maßnahmen des Pakts auch im Landespflegegesetz;</p> <p>zügigere Anerkennung der Berufsabschlüsse ausländischer Pflegekräfte;</p> <p>weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen des Pflegeberufs; weniger Wochenarbeitsstunden und flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie mehr finanzielle Anerkennung für die wichtige Arbeit von Pfleger*innen;</p> <p>kostenfreie und professionelle Fortbildungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige; deutlich verbesserte Entlastungsmöglichkeiten; weiterer Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen, insb. auch für Kinder und Jugendliche mit Pflegebedarf, mit Tages- und Nachtpflegeangeboten;</p> <p>Neugestaltung der Ausbildung im Pflegeassistenten-Bereich, Förderung der Akademisierung der Pflege;</p>	<p>Attraktive Gestaltung und Absicherung der Rahmenbedingungen der Pflegeberufe;</p> <p>Behebung des Fachkräftemangels in der Pflege; Bereitstellung einer bedarfsgerechten Zahl von Ausbildungsplätzen in den Pflegeberufen;</p> <p>fundierte, praxisbezogene Ausbildung für angehende Pflegekräfte; Stipendienvereinbarungen, um dem Mangel an Pflegekräften entgegenzuwirken;</p> <p>Angleichung der Gehälter zwischen Ost und West;</p> <p>ausreichend viele qualifizierte und motivierte sowie der deutschen Sprache mächtige Pflegekräfte;</p> <p>Aufwertung der Pflege durch Angehörige durch die Gewährung von Lohnersatzleistungen;</p> <p>gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl;</p>	<p>Bestmögliche Versorgung von Pflegebedürftigen in ihrer gewohnten Umgebung; gute Information und Entlastung für Angehörige;</p> <p>Verstetigung und ausreichende Finanzierung des „Pakt für Pflege“; weiterer Ausbau von Angeboten der Pflegestützpunkte, der Kurzzeitpflege, der Tages- und Nachtpflege, auch für pflegebedürftige Kinder;</p> <p>Pflegekostendeckel; Eigenanteil der Heimbewohner darf die Durchschnittsrente nicht übersteigen;</p> <p>solidarische Pflegevollversicherung als erster Teil einer Bürgerversicherung, in die alle Bürger einzahlen;</p>

zu Hause pflegenden Angehörigen, einschließlich gezielter Schulungen;

konsequentes Verfolgen des Grundsatzes „ambulant vor stationär“;

Stärkung von Mehrgenerationenhäusern, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und als Orte des gemeinschaftlichen Lernens und des Ehrenamtes dienen;

Einsatz digitaler Hilfsmittel zur Entlastung von Pflegekräften und Angehörigen, einschließlich Logistiksystemen, vernetzten Medizingeräten und Wearables;

Ausbau von Wohnmodellen wie Senioren-WGs, Seniorenossenschaften oder ambulant betreuten Wohngemeinschaften;

Technischen Universität Cottbus;

Vorantreiben der Digitalisierung, um Bürokratie abzubauen und mehr Zeit für die zu Pflegenden zu haben;

mehr Flexibilität beim Personaleinsatz, aber Eindämmung von Leiharbeit;

Ausbau der Unterstützung pflegender Angehöriger;

ins Berufsleben; Vereinfachung und Beschleunigung der Berufsanerkenntnisverfahren;

Ermöglichung für Migrantinnen und Migranten, eine Ausbildung und einen Berufsabschluss zu machen; gezielte Anwerbung für Aufgaben im Gesundheitswesen;

Verbesserungen in Ausbildung und Studium: Durchführung der fachübergreifenden Ausbildung nicht-ärztlicher Gesundheitsberufe an kommunalen Bildungszentren; deutlicher Ausbau der Ausbildungskapazitäten für Pflege- und Therapieberufe; angemessene Ausbildungsvergütung; Ausfinanzierung der vorhandenen Ausbildungsstätten wie bspw. Pflegefachschulen;

grundsätzliche Ermöglichung von Ausbildungen und Weiterqualifizierungen auch in Teilzeit berufsbegleitend und bezahlt;

Zurückgewinnung von Aussteigerinnen und Aussteigern;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Selbstbestimmung aller Individuen frei von gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen aufgrund ihres gewählten oder biologischen Geschlechts;</p> <p>konsequenter Einsatz für die Gleichberechtigung aller Menschen;</p> <p>gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern;</p> <p>Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Schaffung besserer Voraussetzungen für die Vereinbarung von Weiterbildung und Familie;</p> <p>mehr Flexibilität für Eltern, insb. Frauen; erweiterte Öffnungszeiten von Kita über Hort bis Ganztagschule bei der Kinderbetreuung;</p> <p>Ausbau von Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern; Orientierung der Zahl der Plätze an den tatsächlichen Bedarfen;</p> <p>Erhöhung der Anzahl des ausgebildeten Personals in den Schutzeinrichtungen, um dafür sorgen zu können, dass den Bedürfnissen aller</p>	<p>Tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen in allen Lebensbereichen;</p> <p>keine sprachliche Umerziehung; keine Überhöhung der sog. Gendersprache als „Kulturkampf der Gleichberechtigung“;</p> <p>Einrichtung von Childhood-Häusern, um durch Missbrauch und Misshandlung geschädigte Kinder besser zu schützen;</p> <p>konsequente Anwendung der Möglichkeiten des neuen Gesetzes zum Schutz vor häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen, z.B. durch elektronische Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) bei potentiellen Sexual- und Gewaltstraftätern in sog. „Hochrisikofällen“;</p>	<p>Erreichen der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf, Politik und Gesellschaft;</p> <p>gerechte Entlohnung, Beteiligung und Partnerschaftlichkeit in Beruf und Familie; Gesellschaft des gegenseitigen Respekts und Zusammenhalts;</p> <p>bedarfsgerechte Versorgung mit Frauenhäusern, Beratungsstellen und Präventionsangeboten;</p> <p>Unterstützung der Arbeit der Landesgleichstellungsbeauftragten und ihres Zusammenwirkens mit den Gleichstellungsbeauftragten im Land;</p> <p>gleichberechtigtes Leben aller, unabhängig von sexueller Orientierung oder Identität;</p> <p>Unterstützung des Aktionsprogramms „Queeres Brandenburg“;</p> <p>Umsetzung der Istanbul-Konvention; kostenfreie Inanspruchnahme der Präventionsangebote, psychologische Beratung der von Gewalt betroffenen Frauen</p>	<p>Erhalt, Verstetigung und Ausbau von Projekten wie „Bildung unterm Regenbogen“ und „Regenbogenfamilien stärken“; Stärkung der Fachstelle für geschlechtliche Vielfalt;</p> <p>Fortschreibung des Landesaktionsplans „Queeres Brandenburg“; Berücksichtigung auch der Bedarfe queerer Seniorinnen und Senioren sowie queerer Menschen mit Behinderungen; Schaffung flächendeckender queerer Begegnungsorte; Etablierung von psychosozialen, spezialisierten Beratungsangeboten vor allem für queere Jugendliche; mehr Schutzunterkünfte für Trans-Personen und LSBTIQ*-Flüchtlinge;</p> <p>eigenständige*r Queerbeauftragte*r im zuständigen Ministerium;</p> <p>bessere finanzielle Förderung queerer Projekte; separater Etat von mindestens 100.000 €; Aufstockung des sonstigen Etats für den Bereich Queer auf 500.000 €;</p> <p>Verbesserung der Wiedereinstiegchancen für Frauen ins Berufsleben</p>	<p>institutionelle, langfristige und höhere Förderung der Geschäftsstellen der queeren Vereine und Initiativen;</p> <p>Fortentwicklung des Aktionsplans „Queeres Brandenburg“, Evaluation unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und queerer Organisationen;</p> <p>stärkere Integrierung der Themenfelder sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Schulen und Unterricht; Aufbau eines queeren Bildungnetzwerks mit einer Fachstelle für queere Bildung;</p> <p>landesweiter Ausbau der bestehenden Beratungsstrukturen für Opfer queerfeindlicher Gewalt;</p> <p>Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen von Polizei und Justiz für queerfeindliche Gewalt;</p> <p>Schaffung von Zufluchtsorten für von häuslicher Gewalt betroffene queere Menschen; Verbesserung der Situation queerer Geflüchteter;</p> <p>Überarbeitung und Erweiterung des Landesgleichstellungsgesetzes; Stärkung</p>	<p>Verbot der Sexualpädagogik der Vielfalt an Kindergärten und Schulen; Abschaffung sog. Kuschelecken, Körpererkundungsräume usw. in Kindergärten, Schulen und Horten;</p> <p>Beendigung jeder Indoktrination durch Gender-Lobbygruppen;</p> <p>Unverzügliche Einstellung sämtlicher finanzieller Zuwendungen des Landes für Vereine und Organisationen, die auf Grundlage der Sexualpädagogik der Vielfalt in Schulen tätig sind oder Fortbildungsangebote für Lehrer bereitstellen;</p> <p>Untersagung der Anwendung der Standards für die Sexuaufklärung in Europa der Weltgesundheitsorganisation (2011) als kindeswohlgefährdend;</p> <p>Rückkehr zu einer alters- und kindgerechten Sexualkunde im Rahmen des Biologieunterrichts;</p> <p>Würdigung traditioneller Lebensentwürfe und Wertschätzung der Lebensleistung von Frauen, die Familien gründen und Kinder großziehen, indem diese in Bezug auf die Berechnung</p>	<p>Konsequentes Genderverbot an Schulen und Behörden;</p>

Opfer im Hinblick auf verfügbare Zufluchtsorte und spezialisierte Hilfe entsprochen wird;

Häusliche Gewalt:

effizientere Koordination von Hilfsleistungen; Einführung eines länderübergreifenden Online-Registers zur Erleichterung der Abfrage freier Frauenhausplätze;

Sicherstellung von ausreichend Platz in Frauenhäusern und Gewährleistung einer bedarfsgerechten Unterbringung für Betroffene;

Durchführung einer umfassenden Studie zur Evaluation des Bedarfs an Männer- und Jugendschutzeinrichtungen; Schaffung adäquater Schutzeinrichtungen für alle Opfer häuslicher Gewalt;

Sensibilisierung der Gesellschaft und Schaffung eines umfassenden Bewusstseins für Ursachen, Folgen und Schutzmöglichkeiten vor häuslicher Gewalt;

und Kinder, adäquate Bezahlung der Angestellten;

nach privaten Unterbrechungen; Erleichterung des Wegs in die Selbstständigkeit;

Internationaler Frauentag als Feiertag in Brandenburg;

geschlechtergerechte Haushaltsaufstellung (Gender Budgeting);

gezielte Fördermaßnahmen, um Mädchen und junge Frauen für MINT-Berufe zu interessieren;

paritätische Präsenz von Frauen in Führungspositionen; konsequente Stärkung der Mitbestimmung von Frauen in Politik und Verwaltung;

verpflichtende Bestellung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten ab 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern;

Gewinnung von mehr Frauen für ein Engagement in der Kommunalpolitik mit einem Förderprogramm;

Schließung der Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen, um das Risiko von Altersarmut für Frauen zu senken;

Einrichtung einer „Landeskoordinierungs- und Landesmonitoringstelle Istanbul-Konvention“;

Intensivierung und Verbesserung von Schulungen von

der Rolle der Gleichstellungsbeauftragten;

Beförderung der politischen Beteiligung von Frauen; Stärkung von Empowerment- und Mentoringprogrammen sowie Frauennetzwerken;

langfristige Förderung der Familien- und Frauenverbände; Angleichung der institutionellen und langfristigen Förderung der Geschäftsstellen denen anderer Verbände;

kostenlose Menstruationsartikel in Schulen, Hochschulen und an Landeseinrichtungen;

Forschungsschwerpunkt Geschlechtersensible Medizin an der medizinischen Fakultät in Brandenburg;

Absenkung der Schwelle zur hauptberufliche für kommunale Gleichstellungsbeauftragte auf 10.000 Einwohner\*innen;

bessere finanzielle Ausstattung der queerfeministischen Jugendarbeit;

paritätische Besetzung aller Mandate in den Parlamenten;

Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt; weitere Anpassung der Anzahl der Frauenhausplätze an den Bedarf (pro 100.000 Ein-

der Rentenhöhe angerechnet wird;

Gleichberechtigung von Mann und Frau als hohes Gut und im Grundgesetz; biologische Geschlechterbindung des Menschen betrachten wir nicht als Last, sondern als Geschenk;

keine Frauenquoten, weil sie die Leistungen von Frauen deklassieren und zudem eine Form der Diskriminierung darstellen;

Polizei und Staatsanwaltschaften für die Ermittlungsarbeit bei Fällen häuslicher Gewalt; Schwerpunkt-Sachbearbeiterinnen und -Sachbearbeiter für häusliche Gewalt bei den Polizeiinspektionen;

Ausbau der Frauenhäuser und Schutzeinrichtungen auf den Mindeststandard von 2,5 Schutzplätzen je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern;

Ausbau von überall wohnortnah verfügbaren Beratungsstellen für gewaltbetroffene Frauen und Kinder;

Ausbau der Möglichkeiten der vertraulichen Spurensicherung nach Vergewaltigungen durch Einbeziehung weiterer Kliniken und Zielgruppen;

Stärkung der Fortbildungen für die Justiz und Einführung verpflichtender Fortbildungen für Richterinnen und Richter zu Delikten sexualisierter Gewalt;

Einrichtung einer Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft zur offensiven Bekämpfung von Menschenhandel;

wohner\*innen ein Frauenhausplatz); Ausbau von Beratungsangeboten in allen Regionen des Landes; Ausbau des Angebots von kulturspezifischen und nicht-deutschsprachigen Angeboten;

mehr Schulungen für Polizei, Verwaltung und Justiz im Umgang mit Opfern sexualisierter Gewalt;

Verstetigung und Ausbau des Programms „Täterarbeit“;

weitere Stärkung der Koordinierungsstelle bei der Landesregierung zur Umsetzung der „Istanbul-Konvention“ und noch bessere Ausstattung;

mehr Gewaltpräventionsangebote an Schulen;

Führen von Femiziden als eigene Kategorie in der Kriminalstatistik;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Weiterentwicklung und Verteidigung der liberalen Demokratie durch Förderung einer breiteren Bürgerbeteiligung;</p> <p>Ermöglichung einer Unterzeichnung von Unterstützungslisten zu Volksbegehren überall, ohne auf eine Amtseintragung angewiesen zu sein;</p> <p>Etablierung von Jugendparlamenten bzw. Jugendbeiräten in allen Landkreisen und Kreisfreien Städten;</p> <p>Ausweitung des Dialogs des Landtages mit der jungen und älteren Generation durch moderne Formate;</p> <p>Erhalt der Gedenkstätten und Orte der Erinnerung; Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und der vielfältigen lokalen Erinnerungsprojekte wie etwa Stolpersteine, Gedenktafeln oder Dokumentationen;</p> <p>Abschaffung des Tanzverbotes an „stillen Feiertagen“;</p>	<p>Einrichtung eines Expertenkreises für politischen Extremismus aller Phänomenebereiche, insb. Für den Bereich des religiös motivierten Extremismus;</p> <p>Stärkung von Aussteigerprogrammen wie „Wagemut“; Entwicklung auch des Bündnisses „Tolerantes Brandenburg“ in diese Richtung;</p> <p>Förderung von Demokratiebewusstsein und politischer Bildung; stärkere Verankerung von Demokratiebewusstsein und Extremismusprävention in den Curricula aller Schulformen;</p> <p>Ausweitung der Gewrichtstage, um Bürgernähe zu steigern;</p>	<p>Stärkung der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg und seines zivilgesellschaftlichen Beratungssystems entsprechend der neuen Bedarfe;</p> <p>Etablierung kommunaler Bündnisse für Ehrenamt und Zusammenhalt in möglichst vielen Städten des Landes;</p> <p>Untersetzung der Konzepte gegen Rassismus, Islamismus und Antisemitismus mit den erforderlichen Ressourcen und schrittweise Umsetzung;</p> <p>Demokratie- und Engagementförderung, die in der Fläche des Landes sichtbar und wirksam ist;</p> <p>inhaltliche Weiterentwicklung des Förderprogramms Zusammenhalt; Durchführung mindestens zwei weiterer Förderrunden bei Beibehaltung des bisherigen Fördervolumens bis 2029;</p> <p>mehr Ostdeutsche in Führungspositionen;</p> <p>Stärkung der Demokratie an den Schulen durch Unterstützung von Schülern und Eltern bei der Ausübung ihrer Mitwirkungsrechte und</p>	<p>Ausstattung des Beratungnetzwerks Tolerantes Brandenburg mit ausreichend finanziellen Mitteln;</p> <p>langfristige Absicherung der Demokratiearbeit mit einem eigenen Landes-Demokratiefördergesetz;</p> <p>Entwicklung von Instrumenten zur wirksamen Zurückdrängung rechtsextremer Netzwerke;</p> <p>Initiierung und Förderung von Studien zu rechter Gewalt in Brandenburg;</p> <p>aktive Unterstützung des Monitorings und der Recherche zu rechten Aktivitäten, Strukturen und Straftaten durch das Moses Mendelssohn Zentrum und den Verein Opferperspektive in Brandenburg;</p> <p>Schaffung eines zivilen Ausstiegsprogramms aus der rechten Szene;</p> <p>8. Mai als Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus als gesetzlicher Gedenk- und Feiertag;</p> <p>Handlungskonzept zur Prävention und Bekämpfung</p>	<p>Mehr direkte Demokratie und mehr Partizipation in den Angelegenheiten der Städte und Gemeinden;</p> <p>Erhöhung der Gelder für das Programm „Tolerantes Brandenburg“;</p> <p>Schaffung einer verlässlichen gesetzlichen Grundlage für Demokratieprojekte mit einem Demokratiefördergesetz;</p> <p>Erweiterung der Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität bei der Generalstaatsanwaltschaft;</p> <p>Einrichtung einer Stelle „Opferschutzbeauftragte*r des Landes“;</p> <p>Einrichtung einer Zentralen Ansprechstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus;</p> <p>Abbau der Hürden für Volksbegehren, Ermöglichung digitaler Unterschriften sowie einer freien Sammlung;</p> <p>Absenken des Wahlalters auf 14 Jahre in Land und Kommune; Anstoßen einer Debatte über die weitere Senkung des Wahlalters;</p>	<p>Absenkung der notwendigen Unterschriftenzahl zur Einbringung von Volksinitiativen 10.000 und von Volksbegehren auf 20.000;</p> <p>Kürzung der Unvereinbarkeitsliste von Themen, zu denen keine sachunmittelbare Demokratie durch die Bürger möglich sein soll;</p> <p>Einführung fakultativer Referenden über vom Landtag beschlossene Gesetze;</p> <p>Abschaffung des bestehenden Zustimmungsquorums bei Landratswahlen;</p> <p>Einführung von direkter Demokratie auf Ortsteilebene;</p> <p>Verfassungsschutz darf kein Schutz der Regierung vor unerwünschter, aber selbstverständlich legitimer Kritik sein; Auflösung des Verfassungsschutzes, sofern dieser nicht im Sinne seiner eigentlichen Aufgabe reformiert werden kann;</p> <p>Schutz der Rechte der parlamentarischen Opposition; Verhinderung, dass die Rechte derjenigen, die eine andere Meinung als die regierenden Parteien vertreten, beschnitten werden;</p>	<p>Erhalt des Rechts auf ein analoges Leben; Ermöglichung, dass Dinge des Alltags auch ohne Apps und zunehmenden Zwang zur Digitalisierung stattfinden können;</p> <p>Einführung einer Untergrenze bei Stellenbesetzungen mit ostdeutschen Bewerbern im öffentlichen Dienst, insb. in der Landesverwaltung;</p>

deutlichen Ausbau der Instrumente der Demokratiebildung an den Schulen;

stärkere Verflechtung der Fächer Politische Bildung und Lebensgestaltung-Ethik-Religion hinsichtlich der Vermittlung demokratiebildender Kompetenzen;

stärkere Nutzung der Medien- und Beratungsangebote der Landeszentrale für politische Bildung sowie der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie;

stärkere Förderung schulischer und außerschulischer Projekte zur Demokratiebildung;

Etablierung eines digitalen Lernangebots „Zeitung in der Schule“;

von Antisemitismus; dauerhafte Förderung der Fachstelle Antisemitismus;

modernes Transparenzgesetz, das nicht nur Auskunftsansprüche vorsieht, sondern alle staatlichen Stellen, Behörden und Kommunen verpflichtet, wichtige amtliche Informationen wie Daten, Gutachten und Verträge von sich aus zu veröffentlichen;

Verringerung von Hemmnissen bei Bürgerbeteiligungsverfahren;

Schaffung einer Plattform, die der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zur Stellungnahme bei politischen Entscheidungen und Gesetzentwürfen bietet;

Ermöglichung von Bürgerbegehren zur Aufstellung von Bebauungsplänen; Beschleunigung von Bürgerbegehren;

Ergänzung fehlender gemeinnütziger Zwecke in der Abgabenordnung, z.B. Einsatz für Antifaschismus, Grund- und Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Frieden;

Vereinfachung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden, u.a. durch Ermöglichung der Straßensammlung bei Volksbegehren;

Prüfung verschiedener Modelle, bspw. Familienwahlrecht oder Möglichkeit für junge Menschen, selbst zu entscheiden, dass sie an der Wahl teilnehmen wollen;

Zusammenlegung von Terminen von Volksentscheiden und Wahlen, um die Beteiligung zu erhöhen;

Ermöglichung von Bürgerbegehren auch zu Bebauungs- und Flächennutzungsplänen;

Etablierung einer aufsuchenden Beteiligung betroffener Bevölkerungsgruppen und von Beteiligungsformaten wie Bürgerinnenräten für wichtige Vorhaben;

Stärkung partizipativer Verfahren auch auf kommunaler Ebene;

Vorschaltung einer partizipativen Bedarfsplanung (Phase 0) bei kommunalen Planungs- oder Entwicklungsvorhaben;

Einführung eines zusätzlichen Feiertages, z.B. am Frauentag am 8. März, am Tag der März Revolutionäre und der ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März, am Tag der Befreiung am 8. Mai, am Kindertag oder dem vielfältig historischen 9. November;

keine Finanzierung ideologischer Projekte; Beendigung aller klimabezogenen Maßnahmen, Einsparung der Ausgaben für die illegale Migration durch Remigration, Streichung der aktuellen Finanzierung von verfassungsfeindlichen Aktivitäten gegen die politische Opposition;

keine Finanzierung von Vereinen, Institutionen, Veranstaltungen, Demonstrationen, Aktionen im sogenannten Kampf gegen rechts;

Beendigung der Finanzierung des Aktionsbündnisses Tolerantes Brandenburg;

keine Erweiterung des Wahlrechts auf Ausländer;

Abschaffung der Briefwahl; Ermöglichung der Stimmabgabe für Wähler, die am Wahltag daran gehindert sind, das Wahllokal aufzusuchen, mithilfe mobiler Wahllokale;

Reduzierung der Zahl der Landtagsabgeordneten von derzeit 88 auf 60 Sitze sowie der Anzahl der Wahlkreise von 44 auf 30;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p><u>Sport:</u></p> <p>Schaffung von Rahmenbedingungen, die kontinuierliche Fortschritte im Sport ermöglichen und allen Menschen in der Gesellschaft zugutekommen;</p> <p>deutlich erhöhte Investitionen in die Sanierung von Sportstätten, besonders bei öffentlichen Schwimmhallen;</p> <p>Förderung moderner Sportstätten, verstärkte Unterstützung barrierefreier Zugänge, eines reduzierten Energieverbrauchs und attraktiver Bewegungsangebote;</p> <p>Ermöglichung einer problemlosen Durchführung des verpflichtenden Schwimmunterrichts in der Schule;</p> <p>Ausstattung jeder Schule dem Lehrplan entsprechend mit den notwendigen Sportanlagen;</p> <p>Unterstützung des Landessportbundes und seiner Mitglieder, um den vielfältigen Breitensport zu erhalten und zu stärken;</p>	<p><u>Sport:</u></p> <p>Fortführung des Investitionsprogramms des „Goldenen Plans Sport“ zum Sportstättenbau;</p> <p>zusätzliche Mittel in der Sportförderung für den Landessportbund, um damit die Kreis- und Stadtsportbünde sowie Fachverbände zu stärken;</p> <p>Prüfung mindestens einer Einstufung des Kinder- und Jugendsports als kommunale Pflichtaufgabe in der Kommunalverfassung, um die Kommunen entsprechend zu unterstützen;</p> <p>Ausbau der frühkindlichen Bewegungsförderung und verbindliche Aufnahme des Themas in die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher;</p> <p>besondere Beachtung und Berücksichtigung des Sports im Zuge des Ganztagsausbaus an Schulen;</p> <p>Schwimmoffensive: bessere Erreichbarkeit von Schwimmbädern, Förderprogramm für Kommunen und Vereine, Anreize für den</p>	<p><u>Sport:</u></p> <p>weitere Erhöhung der gesetzlichen Sportförderung; Anpassung der Förderung an die Mitgliederstärke;</p> <p>Absicherung der Tarifanpassung für Sporttrainerinnen und Sporttrainer;</p> <p>weiterhin Förderung der Sportstätten in den Kommunen; Fortsetzung des Programms „Goldener Plan Sport“ mit einem kommunalen Investitionsprogramm;</p> <p><u>Ehrenamt:</u></p> <p>Bündelung der vorhandenen Instrumente und Förderungen zur Unterstützung des Ehrenamts; Ausbau zu einer Strategie für bürgerschaftliches Engagement in Stadt und Land;</p> <p>Investitionen in die Strukturen des Ehrenamts; bessere Ausstattung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen als Servicestelle der Aktiven;</p> <p>weitere Unterstützung des Landesnetzwerks für bürgerschaftliches Engage-</p>	<p><u>Sport:</u></p> <p>Sport und Bewegung als verbindlicher Schwerpunkt in der Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher;</p> <p>jährliche Anpassung der Sportförderung über den Landessportbund entsprechend der Mitgliederentwicklung sowie der Inflations- und Kostensteigerung;</p> <p>klare, transparente Finanzierung des Breiten-, Spitzen- und Leistungssports;</p> <p>mehr Entlastung vom bürokratischen Aufwand für ehrenamtliche Strukturen;</p> <p>Fortsetzung der Sportstättenförderung über ein kommunales Investitionsprogramm; insb. Unterstützung der Kommunen beim Bau und Erhalt von Schwimmhallen und Freibädern;</p> <p>Fortschreibung des „Goldenen Plan Brandenburg“ zur Förderung des vereinseigenen Sportstättenbaus;</p> <p>mehr Geld für den Breitensport: zusätzliche jährliche „Pro-Kopf-Pauschale“ von zehn Euro für Vereine bis 1000 Mitglieder sowie von</p>	<p><u>Sport:</u></p> <p>weitere umfassende Förderung des Sports, insbesondere des Breitensports;</p> <p>Verstetigung und bessere Finanzierung des „Goldenen Plan Brandenburg“ zur Sportstättenförderung;</p> <p>klimagerechte Sanierung von Hallenbädern;</p> <p>Schaffung vom Land geförderter Aktionsprogramme für Kinder und Jugendliche;</p> <p>Aufnahme der Förderung von Sport in ländlichen Räumen ins Sportförderungsge- setz;</p> <p>Anerkennung der Gemeinnützigkeit von e-Sports;</p> <p><u>Ehrenamt:</u></p> <p>Stärkung des Ehrenamts durch mehr Anlaufstellen, zusätzliche niedrigschwellige Förderprogramme und eine bessere Vernetzung der Aktiven;</p> <p>Gründung einer Ehrenamtsstiftung;</p>	<p><u>Sport:</u></p> <p>Erhalt und weiterer Ausbau der Sportinfrastruktur;</p> <p>Verwirklichung einer umfassenden und gezielten Förderung von Sportlern und Sportvereinen;</p> <p><u>Ehrenamt:</u></p> <p>Ausweitung der Vergünstigungen für Ehrenamtler in den verschiedensten Lebensbereichen;</p> <p>Stärkerer Schutz ehrenamtlich Tätiger vor beruflichen Nachteilen; Absicherung des ehrenamtlichen Engagements;</p> <p>Wertschätzung des Ehrenamts durch eine attraktivere Ehrenamtskarte;</p>	<p><u>Sport:</u></p> <p>Neuerrichtungen statt Schließungen sozialer Einrichtungen der Kommunen (wie z.B. Sportzentren), um sozialen Zusammenhalt gerade in strukturschwachen Gegenden zu ermöglichen;</p> <p><u>Ehrenamt:</u></p> <p>Ausweitung der Vergünstigungen für Ehrenamtler in den verschiedensten Lebensbereichen;</p> <p>Stärkerer Schutz ehrenamtlich Tätiger vor beruflichen Nachteilen; Absicherung des ehrenamtlichen Engagements;</p> <p>Wertschätzung des Ehrenamts durch eine attraktivere Ehrenamtskarte;</p>

Anerkennung des E-Sports als Sportart; Förderung entsprechender Angebote; Anerkennung der Gemeinnützigkeit von E-Sportvereinen;

Förderung des E-Sports durch erhöhte Mittel für die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, Ausbau schnellen Internets sowie wissenschaftliche Begleitung;

#### Ehrenamt:

Reduzierung der bürokratischen Belastung für Vereine und Ehrenamtliche; Vereinfachung des Zugangs zu Förderprogrammen; Ausweitung der digitalen Antragstellung;

Förderung des Ehrenamts jeder Art und des Sports durch vorteilhafte Rahmenbedingungen; Bereitstellung von Förderprogrammen, um die bestehenden Vereinsinfrastrukturen zu unterstützen;

bessere steuerliche Berücksichtigung des Ehrenamts, insb. bei Feuerwehr und THW;

Beruf des Schwimmmeisters;

Unterstützung von E-Sport als Möglichkeit zur Stärkung von Inklusion und Zusammenhalt; Sicherstellung, dass eine Gaming-Sparte keine negativen Auswirkungen auf die Gemeinnützigkeit von Sportvereinen entfaltet;

#### Ehrenamt:

Reduzierung bürokratischer Vorgaben für ehrenamtliches Engagement wie Versicherungsaufgaben, Registrierungspflichten oder Datenschutzbestimmungen; mehr Unterstützung und Entlastung bei administrativen Aufgaben;

stärkere Honorierung ehrenamtlichen Engagements, z.B. durch Berücksichtigung steuerlicher Freibeträge, vergünstigte Verkehrstickets und zusätzliche Angebote der Ehrenamtskarte;

ment über die Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement;

attraktivere Gestaltung der Ehrenamtskarte und Angebot als App;

Gewinnung von noch mehr Partnern für die Ehrenamtskarte, um weitere Angebote und Vergünstigungen für Ehrenamtliche möglich zu machen;

sechs Euro für Vereine ab 1000 Mitglieder;

entgeltliche Freistellung für Ehrenamtliche analog der Bildungsfreistellung in Höhe von zehn Tagen in zwei Jahren;

#### Ehrenamt:

Wiedereinführung der grundlegenden Finanzierung des Ehrenamts; Wiederaufgabe und finanzielle Unterbrechung des Mobilitätsbonus für Ehrenamtliche;

Ausbau der Ehrenamtskarte als zentrales Element gesellschaftlicher Wertschätzung;

Wiederaufbau und dauerhafte und verlässliche Förderung der regionalen Ehrenamtsagenturen;

Einführung eines Zuschusses zum Versicherungsschutz für Ehrenamtliche;

Auflegen eines Fonds, aus dem hohe Energiekosten von Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen abgedeckt werden können;

verlässliche Finanzierung der Arbeit, wo Ehrenamt staatliche Aufgaben übernimmt;

Prüfung eines vergünstigten Deutschlandtickets für ehrenamtlich Aktive;

bezahlter Sonderurlaub von einem Tag pro Jahr für Ehrenamtler\*innen im Landesdienst, die bei Feuerwehr, Gewerkschaften, beim Technischen Hilfswerk, Vereinen und vielen anderen Einrichtungen aktiv sind;

Steigerung der Zahl der Teilnehmer am Freiwilligen Sozialen Jahr; Einrichtung einer Landesförderung für alle FSJler\*innen;

# **INFRASTRUKTUR UND UMWELT**

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Zukunftsfähige und den Bedürfnissen der Menschen angemessene Infrastruktur als Staatsziel in die Landesverfassung;</p> <p>Ergreifen der Chancen des Strukturwandels in der Lausitz;</p> <p>Etablierung von Landesbehörden, sofern möglich und sinnvoll, in allen Regionen des Landes, statt sie in der Landeshauptstadt zu konzentrieren;</p> <p>Intensivierung der Zusammenarbeit mit Berlin, um bspw. die gemeinsame Planung von Infrastrukturprojekten zu verbessern;</p> <p>Wasserversorgung:</p> <p>fachliche und finanzielle Unterstützung der Kommunen, ein möglichst flächendeckendes Regenwassermanagement einzurichten;</p> <p>schnellerer Abschluss wasserrechtlicher Genehmigungsverfahren für neue, oder Ertüchtigung bestehender Brunnen zur Trinkwasserversorgung;</p> <p>Evaluierung des Landeswassergesetzes;</p>	<p>Förderung gleichwertiger Verhältnisse im ganzen Land; stärker aufeinander abgestimmte Planung in den Bereichen der Siedlungs-, Verkehrs- und Gewerbeentwicklung;</p> <p>Neuaufgabe des Standarderprobungsgesetzes, Schaffung von Experimentierklauseln;</p> <p>Ansiedlung neu geschaffener Behörden oder Einrichtungen nicht nur in der Hauptstadtregion, sondern in allen Landesteilen;</p> <p>Fortsetzung des Bündnisses für lebendige Innenstädte;</p> <p>Entwicklung des ländlichen Raums: fortlaufende Sammlung von Daten, speziell über Dörfer bzw. Ortsteile, durch amtliche Statistiken des Landes; verstärkte Förderung von Konzepten zur sozialen Dorfentwicklung, Unterstützung der Gründung von Dorfläden;</p> <p>Fortführung und Weiterentwicklung von LandAktiv und AgrarAktiv auf Grundlage der Fachkräftestudie für die Landwirtschaft;</p>	<p>Prüfung in Abstimmung mit den Kommunen, ob die Entwicklung des Einzelhandels außerhalb der Stadtkerne stärker beschränkt werden soll;</p> <p>Umsetzung der Regionalentwicklungsstrategie zusammen mit den Regionen;</p> <p>Vorantreiben von Schlüsselvorhaben der Regionalentwicklung, insb. zur Wertschöpfung und Versorgungssicherheit im ländlichen Raum;</p> <p>Fortsetzung des Förderprogramms Zusammenhalt, Start von weiteren zwei Bewerbungsrunden;</p> <p>Kleingärten auch zukünftig als fester Bestandteil kommunaler Siedlungsplanung; Festhalten an der entsprechenden Landesförderung des Landeskleingartenbeirats;</p> <p>Ausbau der Zusammenarbeit in der gemeinsamen Hauptstadtregion mit Berlin; engere Gestaltung der Abstimmungen mit Berlin;</p>	<p>Sonderfonds über mindestens 500 Mio € für Investitionen in die soziale Infrastruktur in den Orten des Landes;</p> <p>Masterplan der Daseinsvorsorge für den ländlichen Raum mit konkreten verbindlichen Umsetzungszielen;</p> <p>Programm zum Erhalt und zur Stärkung von Hotellerie und Gastronomie im ländlichen Raum;</p> <p>Stärkung des Genossenschaftsmodells; Bereitstellung von Anschubfinanzierung für Sozialgenossenschaften für gemeinsame Lösungen in den Bereichen gesundheitliche Versorgung, Energiewirtschaft, Versorgung, Kultur und Mobilität;</p> <p>Einsetzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe und einer bzw. eines Sonderbeauftragten in der Staatskanzlei, um den Anforderungen der ländlichen Räume bei allen Entscheidungen die notwendige Geltung zu verschaffen;</p> <p>Überprüfung aller Gesetzesvorhaben speziell auf ihre</p>	<p>Stabile Gemeinschaften und leistungsfähige Basisinfrastruktur mit Schulen, Kitas, guter medizinischer Versorgung, Sportvereinen und Kulturorten in den Kommunen;</p> <p>bessere Finanzierung der ländlichen Kommunen; gerechte Verteilung der Schlüsselzuweisungen des Landes;</p> <p>mobile Angebote von Pflegestützpunkten, von Banken oder Zahnärzt*innen; digitale Bürger*innenbüros von Krankenversicherungen, Pflegestützpunkten, Banken oder bestimmten Bereichen der Kommunalverwaltung;</p> <p>Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse;</p> <p>bessere und stetige Finanzierung der Basisinfrastruktur in Kommunen;</p> <p>bessere Verzahnung der verschiedenen Fördertöpfe aus LEADER und GAK;</p> <p>Verdoppelung der Unterstützung des Landes zur Sicherstellung, dass es auch in Zukunft gute, regionale Zeitungen und informative,</p>	<p>Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land; Wahrung und zukunftsfähige Weiterentwicklung der regionalen Identitäten in allen Teilräumen des Landes;</p> <p>deutliche Erweiterung des Finanzvolumens und der Handlungsspielräume der Gemeinden zur Sicherung der kommunalen Eigenverantwortung;</p> <p>Zulassung von Musterklagen in Prozessgemeinschaften durch entsprechende Änderung des Kommunalabgabengesetzes;</p> <p>Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes und des kommunalen Abgabengesetzes;</p> <p>traditionsbezogene, familienfreundliche und selbstbewusste Gestaltung des ländlichen Raumes;</p> <p>Reform des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg zum Wohle des Bundeslandes;</p> <p>Schaffung eines Land-Kommunen-Sofortprogramms zur Baulandentwicklung;</p>	<p>Langfristiges umfassendes Investitionsprogramm für die Infrastruktur, insb. bei Straßen, Brücken, Digitalisierung, Schulen, Wohnungsbau und Bahnanbindungen, unter Einbeziehung der Kommunen;</p> <p>Unterstützung der Kommunen mit einem starken Re-kommunalisierungsfonds zum Rückkauf wichtiger kommunaler Einrichtungen der Daseinsvorsorge;</p> <p>verlässliche, langfristige und bedarfsgerechte Ausfinanzierung vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit;</p> <p>Behebung des Investitions- und Instandhaltungszustand im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur;</p> <p>schnelles Internet im ganzen Land und ohne Funklöcher;</p> <p>flächendeckende und hochwertige Infrastruktur, die den Bedürfnissen der ländlichen Regionen gerecht wird;</p> <p>Auflage eines Förderprogramms für die Sanierung, auch von kleineren Kreis-</p>

keine Bevormundung oder Reglementierung der Trinkwasserversorgung;

aktive Unterstützung der Zweckverbände und Stadtwerke bei der Suche nach und der Erschließung neuer Trinkwasserressourcen;

Verkehrsinfrastruktur:

Ausbau und Erhalt der Infrastruktur; Zulassung von Ersatzneubauten jeglicher Infrastruktur ohne Genehmigung und Umweltverträglichkeitsprüfung, wenn sie an die künftigen Verkehrsverhältnisse angepasst werden;

mehr Standardisierungen im Artenschutz auch bei Verkehrsprojekten, um das Planen weiter zu erleichtern und zu beschleunigen;

kein pauschaler Ausschluss des Neubaus von Landesstraßen;

keine Einschränkungen und Temporeduzierungen aufgrund von Straßenschäden; kurzfristige Beseitigung von Schlaglöchern und kleineren Straßenschäden durch eine neue „Taskforce Straßenreparatur“;

Voranbringen der Sanierung der Fernverkehrsinfrastruktur;

flächendeckende Versorgung mit Breitbandnetzen und Mobilfunk;

Weiterführung der Neufassung von Landschaftsschutzgebieten mit dem Ziel einer Ausgliederung von Siedlungsbereichen; unbürokratische Ermöglichung kommunaler Entwicklungen in LSG;

Investitionszuschüsse aus Landesmitteln für dringend notwendige Reparaturen der kommunalen Infrastruktur oder andere wichtige Investitionen für kleine, finanzschwache Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern im ländlichen Raum; Förderprogramm „Starke Dörfer im ländlichen Raum“;

Aufstockung der Mittel für die Kleingartenrichtlinie;

Etablierung einer zweiten Förderrichtlinien mit Mitteln aus dem Umweltetat;

Begleitung und Unterstützung der Vereine im Strukturwandel der Mitgliedschaft;

Auswirkungen auf die ländlichen Räume;

Bestandsschutz und Entwicklungsmöglichkeiten für Kleingärten ostdeutscher Prägung;

Absicherung der Förderung von Kleingärten durch das Land, mindestens in der Höhe wie bisher;

Fortführung des Kleingartenbeirats auch in der kommenden Wahlperiode;

Beförderung der Zusammenarbeit von Kleingartenvereinen mit Schulen zur Anlage und Betreuung von Schulgärten;

konkurrenzfähige Onlineangebote gibt; Gründung einer Stiftung, die unabhängige lokale Berichterstattung in Printmedien und im Netz staatsfern fördern kann;

Dorf- und Quartierskümmerer in jeder Gemeinde für ältere, hilfebedürftige oder alleinstehende Personen;

Ausbau und Stärkung der Infrastruktur in der Lausitz; Umsetzung aller im Strukturstärkungsgesetz verankerten Infrastrukturmaßnahmen; sofortiger Stopp der einseitig ausgerichteten Fokussierung der Ausbauziele auf rein klimaideologische Maßnahmen;

und Gemeindestraßen mit weniger Bürokratie;

Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln; keine Diskriminierung aller, die auf das Auto angewiesen sind;

zügiger und flächendeckender Ausbau zu schnellem Internet;

Erhalt aller Schulstandorte im ländlichen Raum;

Neuerrichtungen statt Schließungen sozialer Einrichtungen der Kommunen (wie Begegnungszentren, Clubs, Bäder, Sportzentren), um sozialen Zusammenhalt gerade in strukturschwachen Gegenden zu ermöglichen;

Förderung von Treffpunkten wie Dorfgemeinschaften; langfristige Förderung und Etablierung von Kinder- und Jugendklubs sowie Familien- und Begegnungszentren insb. in ländlichen Gegenden und kleineren Städten;

Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten für jeden Menschen, unabhängig von seinem Wohnort; qualitative Kulturangebote nicht nur in Ballungszentren, sondern auch im ländlichen Raum;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Barrierefreies, verkehrsträgerübergreifendes Netzwerk;</p> <p>Lösung des Investitionsstaus im Straßen- und Schienennetz; klimaneutraler Mobilität der Zukunft;</p> <p>Förderung von Pilotprojekten und Forschungsvorhaben im Bereich innovativer Mobilitätskonzepte auch mit Blick auf die Mobilität von Alt und Jung;</p> <p>Einführung von On-Demand- Nahverkehrskonzepten in der Fläche des Landes;</p> <p>keine unverhältnismäßigen Verbote in der Mobilität; keine Einführung von Fahrverboten und pauschalen Tempolimits;</p> <p>keine Diskriminierung von jungen oder alten Verkehrsteilnehmern; keine ablaufenden Führerscheine ab 60 Jahren, keine Nachtfahrverbote oder gesonderten Geschwindigkeitsregeln für Fahranfänger;</p> <p>flächendeckender Ausbau einer leistungsstarken Infrastruktur, z.B. Ladesäulen für</p>	<p>Sonder-Straßensanierungsprogramm nach dem Prinzip „Worst-First“; Benennung der sanierungsbedürftigsten Straße durch jeden Landkreis;</p> <p>moderne Verkehrslenkung mit variablen Geschwindigkeitsbeschränkungen, die sich dynamisch an Verkehrs-, Wetter- und Staulagen anpassen;</p> <p>keine pauschalen Geschwindigkeitsbeschränkungen über die geltenden Regelungen hinaus;</p> <p>Ausbauoffensive für Elektro-Ladeinfrastruktur, 150 neue, öffentlich nutzbare Ladepunkte jährlich;</p> <p>Förderprogramm „Dorf-E-Sharing“ für kleine Orte: Bereitstellung einer Ladesäule und von zwei Elektroautos für die Einwohnerinnen und Einwohner nach Ausschreibung;</p> <p>Veränderung individueller Mobilität durch Anreize und attraktive Angebote, nicht mit Verboten;</p> <p>klare Orientierung an den Zielen der Klimaneutralität bis 2045 und der Erhöhung des Anteils des Öffentlichen</p>	<p>Weiteres Vorantreiben des Schienenausbau-Programms i2030 zusammen mit Berlin, dem Bund und der Deutsche Bahn AG;</p> <p>Erstellung eines Schienen-Masterplans für das ganze Land in Abstimmung mit Berlin und den anderen angrenzenden Bundesländern; Verbesserung von Takten und Fahrzeiten für große Teile des Landes;</p> <p>Reaktivierung von Schienenverbindungen überall dort, wo es klare verkehrliche und wirtschaftliche Vorteile gegenüber dem Bus gibt;</p> <p>an allen Bahnhöfen im Land mindestens einmal je Stunde Abfahrt eines Zuges;</p> <p>Anbindung aller Gemeinden mindestens im Stundentakt an größere Gemeinden und Bahnhöfe;</p> <p>Ausbau des Angebots der PlusBus-Linien;</p> <p>kostenloses Deutschlandticket für Menschen im Freiwilligendienst;</p> <p>Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 6:00 Uhr; weitere</p>	<p>Ganzjährige kostenfreie Schülerbeförderung für alle Schülerinnen und Schüler von Klasse 1-13 und Auszubildende;</p> <p>Einführung eines Bildungs- und Sozialtickets für junge Leute und Menschen mit kleinem Einkommen für 9 Euro im Monat;</p> <p>Mehr Geld für die Landkreise und kreisfreien Städte, um Lücken im Straßenbahn- und Busangebot zu schließen; Erreichbarkeit jeder Gemeinde und jedes Bahnhofs tagsüber mindestens einmal stündlich mit Bus oder Bahn;</p> <p>Beschleunigung der Reaktivierung stillgelegter Eisenbahnstrecken;</p> <p>kommunaler Nahverkehr als Pflichtaufgabe für die Landkreise und Städte;</p> <p>zügige Erarbeitung und Umsetzung eines neuen Landesnahverkehrsplans und des Landesradverkehrsplans;</p> <p>bessere Vernetzung der Verkehrsmittel des sog. „Umweltverbunds“ miteinander;</p>	<p>Ausrichtung der landesweiten Verkehrsplanung verstärkt am tatsächlichen und künftig möglichen Bedarf;</p> <p>Einführung von mehr Tempolimits auf den Autobahnen; mehr Freiräume für die Kommunen für die Ausweisung von Tempo 30;</p> <p>deutliche Erweiterung des Angebots an CarSharing insb. im ländlichen Raum;</p> <p>qualitativ hochwertiger Ausbau von sicheren Park &amp; Ride und Park &amp; Bike-Parkplätzen;</p> <p>Vereinfachung des Anschlusses von Unternehmen ans Schienennetz; ansonsten Beschränkung des Transports mit dem Lkw möglichst auf den Weg bis zum nächsten Umschlagterminal;</p> <p>Mobilitätsgarantie für den öffentlichen Nahverkehr; Bedienung aller Bahnhöfe zwischen 5:00 und 22:00 Uhr mindestens stündlich;</p> <p>gutes Instandhalten des bestehenden Straßennetzes, Vermeidung teurer und klimaschädlicher Neubauten;</p>	<p>Abschaffung unsinniger ideologiegetriebener Verordnungen; Anpassung der Straßeninfrastruktur an das Verkehrsaufkommen der langfristigen Verkehrsprognose des Bundes;</p> <p>sechsspuriger Ausbau der A 13;</p> <p>grundlegende Erarbeitung eines legislatur- und haushaltsübergreifenden Landesverkehrswegeplans, eines Landesstraßenbedarfsplans sowie eines Landesstraßeninstandsetzungsbedarfsplans;</p> <p>Schaffung von Sonderprogrammen für Sanierung, Instandsetzung sowie Neubau von Ortsdurchfahrten, Ortsumgehungen, Brücken und Infrastrukturen im Zusammenhang mit Wasserstraßen;</p> <p>konsequente Verlagerung des Lkw-Transitverkehrs auf die Schiene und Ausbau des Güterschienennetzes;</p> <p>Festschreibung der Daseinsfürsorge als dauerhaftes Staatsziel in der Landesverfassung mit expliziter Benennung des öffentlichen Personennahverkehrs;</p>	<p>kostenfreier ÖPNV für Schulkinder und Azubis;</p> <p>Verbesserung der Lebensqualität und Verkehrssicherheit vor Ort durch Einführung von verkehrsberuhigten Zonen und andere Maßnahmen zur Förderung von Fußgänger- und Fahrradverkehr in Wohngebieten;</p> <p>kein allgemeines Tempo 30-Limit in Ortslagen; kein Tempolimit von 120 auf Autobahnen;</p> <p>kein „Vverbrennerverbot“; niedrigere Spritpreise; Abschaffung des CO2 Preises, der auch die Spritpreise treibt;</p> <p>Förderung von CarSharing-Angeboten; Schaffung von Mitfahrgelegenheiten-Plattformen;</p> <p>bessere Anbindung durch Bahnen und Busse in ländlichen Gebieten;</p> <p>Reaktivierung von Bahnstrecken, um weitere Regionen an das Schienennetz anzuschließen;</p> <p>generelle Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren für Verkehrsprojekte;</p>

<p>die Elektromobilität und Wasserstofftankstellen;</p> <p>Digitalisierung der gesamten Verkehrsleitsteuerung;</p> <p>ÖPNV:</p> <p>kontinuierliche Verbesserung der Fahrzeug-Qualität im Öffentlichen Personennahverkehr;</p> <p>keine weitere Vergünstigung des Deutschlandtickets;</p> <p>autonomer Verkehr: Identifizierung weiterer Testfelder für das autonome Fahren und den autonomen Transport;</p> <p>Radverkehr:</p> <p>Ausbau von Fahrradwegen und neuen Fahrradschnellwegen im ganzen Land; Mitplanung und Berücksichtigung von Radwegen bei jedem Landesstraßenbau; keine Popup-Radwege oder anderen disruptiven Maßnahmen;</p> <p>Schienenverkehr:</p> <p>zügige Schaffung eines zweiten Bahn-Rings um Berlin;</p> <p>barrierefreier Umbau von Bahnhöfen und Zugangswegen; flächendeckender, barrierefreier Eisenbahnverkehr;</p>	<p>Personennahverkehrs und des Rad- und Fußverkehrs bis 2030 auf 60 %;</p> <p>Initiierung eines „Bündnis für Mobilität“, in dem sich Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verkehrsbranche und Verbänden zusammensuchen;</p> <p>Vernetzung der größeren Städte im Land durch einen Brandenburg-Ring; Verknüpfung von Städten durch intelligente Verkehrsplanung; zusätzliche engmaschige vor-Ort-Lösungen (On-Demand-Systeme, PlusBus); Erprobung mit Pilotprojekten, inwieweit autonomes Fahren Teil eines attraktiven Öffentlichen Personennahverkehrs im Brandenburg-Ring sein kann;</p> <p>Erhalt und Ausbau von Landesstraßen und Brücken; Bereitstellung von Investitionsmitteln für den Erhalt und weiteren Ausbau des Landesstraßennetzes; auflegen eines Brückensanierungsprogramms; Erhalt der Brandenburger Alleen;</p> <p>Steigerung des Anteils des sog. Umweltverbunds aus Öffentlichem Personennahverkehr sowie Rad- und Fußverkehr bis 2030 auf 60 %; Fortsetzung des Investitionsprogramms i2030 und des begonnenen Prozesses der Streckenreaktivierung;</p> <p>weiterer Ausbau der Plus Bus- und Rufbus-Angebote,</p>	<p>Umsetzung der Schallschutzprogramme; keine dritte Start- und Landebahn am Flughafen BER;</p> <p>weitere Absicherung der Arbeit der Fluglärmkommission;</p> <p>Straßen- und Fahrradverkehr:</p> <p>Intensivierung der Bemühungen zum Erhalt der Landesstraßen;</p> <p>Förderung des Schienengüterverkehrs, um die Zahl der Lkw auf den Straßen zu verringern; Unterstützung von Neubaus bzw. Reaktivierung von Gleisanschlüssen;</p> <p>Förderung des Kombinierten Verkehrs durch Aus- und Neubau von Umschlaganlagen; Ausbau der Schieneninfrastruktur mit dem Ziel höherer Kapazität für den Güterverkehr;</p> <p>Schaffung von mehr Park &amp; Ride-Anlagen im Personennahverkehr;</p> <p>Unterstützung der Kommunen, in Zusammenarbeit mit den regionalen Energieversorgern Konzepte zum Ausbau der Ladeinfrastruktur zu entwickeln;</p> <p>Erstellung eines landesweiten Radverkehrsplans in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Berlin;</p>	<p>Ausbau überörtlicher Radwege; landesweites Radwegenetz für den Alltagsverkehr;</p> <p>Verbesserung des regionalen Eisenbahnverkehrs; Reaktivierung stillgelegter Bahnverbindungen; Überprüfung und Nachjustierung des Infrastrukturprogramms „i2030“ auf seine Wirksamkeit;</p> <p>Erleichterung der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Bahn; mehr Terminals und Gleisanschlüsse für den Schienengütertransport;</p> <p>Verbesserung der Qualität der „Öffis“: mehr Sitzplätze (durch Freigabe der 1. Klasse für alle Reisenden), Abteile für besondere Nutzergruppen, funktionierenden Schienenersatzverkehr; Herstellung der Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Nahverkehr;</p> <p>Luftverkehr:</p> <p>strenges Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 6:00 Uhr am Flughafen BER;</p> <p>kein Ausbau des BER zum internationalen Drehkreuz, kein Bau einer dritten Start- und Landebahn;</p> <p>Begrenzung von Inlands- und Privatjetflügen;</p> <p>bessere Anbindung der Städte an den Fernverkehr</p>	<p>schnellere und consequentere Umsetzung des Schienenausbaus im Rahmen des Projekts i2030, besonders des Ausbaus des Bahn-Regionalverkehrs;</p> <p>keine Stilllegung von Bahnstrecken;</p> <p>Initiierung von Studien und Konzepten, die autonome Fahrzeuge im ländlichen Raum testen und erforschen, um Lücken zu schließen;</p> <p>deutlich vergünstigtes Deutschlandticket für betroffene Gruppen; maximal 29 € für Kinder, Jugendliche, Auszubildende, Rentner*innen und Menschen, die Bürgergeld erhalten; Fahrrad-Zusatzticket zum Deutschland Ticket im VBB;</p> <p>Entwicklung eines Landesradwegenetzes; mehr Tempo beim Radwegebau; bessere Verbindung des Radwegenetzes mit dem ÖPNV;</p> <p>Begrenzung der Emissionen des Luftverkehrs; Sicherstellung der peniblen Einhaltung von Flugrouten; strikte Durchsetzung des Nachtflugverbots;</p> <p>attraktive Schienenverbindungen als Alternativen zum Flugverkehr, insb. für Kurz- und Mittelstrecken;</p>	<p>auskömmliche Finanzierung des ÖPNV vom Land;</p> <p>Festlegung von Mindeststandards zur ÖPNV-Bedienung; Mindestausstattung der zugehörigen Infrastrukturen wie Barrierefreiheit an Haltestellen und Umsteigepunkten;</p> <p>Ausbau des bestehenden Radwegenetzes insb. in innerstädtischen und in touristischen Regionen; Erhöhung der Alltagstauglichkeit der bestehenden Radwege; Ausbau des brandenburgischen Radwegenetzes in Form von straßenbegleitenden, separaten Radwegen entlang von Landesstraßen;</p> <p>kein Verbot von Verbrennermotoren in Deutschland; Vorantreiben der Erforschung von sog. E-Fuels für die Rettung des Verbrennungsmotors;</p> <p>Stopp unnötiger Geschwindigkeitskontrollen im Straßenverkehr, die lediglich der Haushaltssanierung dienen; kein finanzieller Anreiz für sachlich nicht gebotene Geschwindigkeitskontrollen;</p>	<p>Erhöhung der Attraktivität von Bahnhöfen;</p> <p>Ausbau barrierefreier Zugänge zu Bahnhöfen und Haltestellen; Anpassung von Fahrzeugen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität;</p> <p>bessere Verknüpfung von verschiedenen Verkehrsträgern wie Bus, Bahn, Fahrrad und CarSharing zur Erhöhung der Flexibilität und Attraktivität des ÖPNV;</p> <p>weitere Preissenkungen für bestimmte Zielgruppen im ÖPNV, über das Deutschlandticket hinaus;</p> <p>Verbesserung der Fahrradparkplätze; Schaffung von sicheren und gut zugänglichen Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen, Haltestellen, Einkaufszentren und anderen öffentlichen Orten;</p> <p>Ausbau von sicheren und gut ausgebauten Radwegen sowohl in urbanen als auch in ländlichen Gebieten;</p> <p>Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer, insb. auf den Schulwegen;</p>
---	---	---	--	---	--	---

neues Angebot an schnellen Verbindungen zu regionalen Zentren durch Reaktivierung alter Bahnstrecken;

Elektrifizierung wichtiger Bahnstrecken über den aktuellen Bundesverkehrswegeplan hinaus;

Einführung des europäischen Zugsicherungssystems „European Train Control System“;

Luftverkehr:

Anbindung des BER an das ICE-Netz;

Abschaffung einseitiger und wettbewerbsverzerrender Belastungen, z.B. Luftverkehrssteuer;

kein pauschales Verbot von Kurzstreckenflügen; kein Verbot von sogenannten Low-Cost-Carriern; vollständige Privatisierung der „Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH“;

Sicherstellung eines effektiven Lärmschutzes u.a. durch Nachtflugverbote;

Schifffahrt und Wasserstraßen:

Unterstützung der Binnenschifffahrt bei Digitalisierungsvorhaben und der Dekarbonisierung der Flotte;

Sicherstellung der Erhaltung der Binnenhäfen und

Evaluierung der Förderung und Anpassung an die Mobilitätsbedürfnisse;

familienfreundliche Weiterentwicklung der bestehenden Tarifstruktur und des Deutschlandtickets;

Weiterentwicklung des Radverkehrs: Vorantreiben des Ausbaus von Radschnellwegen; mindestens ein Radschnellweg aus jeder Himmelsrichtung auf die Metropolregionen zulaufend in den nächsten fünf Jahren; Ausweitung des Projekts „modulares Fahrrad Parkhaus“; Realisierung weiterer Bike & Ride und Park & Ride-Flächen; Park & Ride-sowie Bike & Ride-Parkplätze an den zentralen Bahn- und Bushaltestellen;

Weiterentwicklung der VBB-App zu einer „Brandenburg-Mobilitäts-App“, die die komplette Mobilitätskette mit allen Angeboten abbildet;

Zurückholung der IAA Mobilität als Leitmesse für die Zukunft der Mobilität in die Metropolregion Berlin - Brandenburg;

Luftverkehr:

deutliche Zunahme des Flugverkehrs vom und zum BER; Erhöhung der Attraktivität für transatlantische und interkontinentale Verbindungen;

Einrichtung sicherer Fahrradstellplätze und Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen und Bushaltestellen;

weiterer Ausbau des touristischen und Freizeit-Radverkehrs;

mit der Bahn; Erleichterung des Umstiegs durch sichere Abstellplätze für Fahrräder und Klein-Elektrofahrzeuge an allen Bus- und Tram-Haltestellen, Fahrradparkhäuser und Ausbau von Park & Ride-Anlagen an den Bahnhöfen;

möglichst weitgehende Ersetzung des Individualverkehrs durch ÖPNV Angebote; Ausbau der Ladeinfrastruktur;

Gründung einer Landeseisenbahngesellschaft, der die Fahrzeuge für den Regionalverkehr gehören und bei der das Personal von den Triebfahrzeugführerinnen, über das Bordpersonal bis hin zum Werkstattpersonal tarifgebunden angestellt ist;

grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen: vernetztes System, das die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen über die Grenzen von Landkreisen und Brandenburgs hinaus berücksichtigt;

Ausbau des nachbarschaftlichen Nahverkehrs in Doppelstädten und Grenzgebieten;

bessere Verbindung der Radwegenetze Polens und Deutschlands miteinander;

Verbesserung deren Einbindung in die Verkehrsbeziehungen;

länderübergreifende Harmonisierung der Regel im Bootsverkehr;

Ausbau zentral steuerbarer Verkehrsleitsysteme mit Kameras und LED-Anzeigen für adaptive Geschwindigkeitsregelungen, Warnungen sowie Spuröffnungen und -schließungen auf Autobahnen, Bundesstraßen und staubelasteten Straßen;

Umsetzung öffentlicher Infrastrukturprojekte zukünftig auch durch private Betreibermodelle;

Offenheit für den Einstieg eines strategischen Investors bei der FBB-GmbH, um neue Potenziale zu erschließen und wirtschaftlichen Erfolg zu erreichen;

Ausbau des Angebots von Langstreckenflügen;

Weiterentwicklung des Flughafenumfelds in den nächsten Jahren; Ausbau von Straßen-, Bus- und Bahnverkehr

konsequente Umsetzung der Schallschutzprogramme;

Unterstützung der Arbeit der Fluglärmkommission; Absicherung der weiteren Finanzierung des Fluglärmbeauftragten;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Ermöglichung schnelleren, günstigeren und unbürokratischeren Bauens;</p> <p>Abschaffung jeglicher Denkmalschutzaufgaben, die nicht den öffentlichen Sichtbereich von Gebäuden betreffen; deutliche Vereinfachung von Renovierungen und Umbauten denkmalgeschützter Gebäude;</p> <p>staatliche Übernahme der Kosten für Gutachten und Sondierungen bei potenziell denkmalgeschützten Gebäuden;</p> <p>Reduzierung und Entrümpelung überbordender gesetzlicher Anforderungen an Bauprojekte;</p> <p>Genehmigungsfiktion: ein Bauantrag soll als genehmigt gelten, wenn alle Unterlagen vorliegen und die Behörde nicht fristgerecht (nach drei Monaten) darüber entschieden hat;</p> <p>Limitierung der Möglichkeit der Nachforderung von Unterlagen durch die zuständige Baubehörde auf höchstens drei;</p> <p>massive Beschleunigung der Prozesse der Bauges-</p>	<p>Unterstützung und Förderung des Baus von bezahlbarem Wohnraum; Steigerung der Eigentumsquote;</p> <p>Sicherung der vollständigen Kofinanzierung der Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung, Fortsetzung auf hohem Niveau;</p> <p>Ausweitung des Programms zur „Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums“, Anpassung der Förderstufen an das gestiegene Baukostenniveau;</p> <p>Ausweisung neuer Flächen für bezahlbares Bauland; bestmögliches Ausnutzen von Spielräumen im Landesentwicklungsplan für Kommunen; Aufstockung der Planungsförderung für Kommunen;</p> <p>Fortsetzung des „Bündnis für Wohnen“;</p> <p>Stärkung der für Kommunen wichtigen Förderprogramme der Städtebauförderung durch Kofinanzierung der Bundesmittel;</p> <p>Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer für den Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum von</p>	<p>Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum;</p> <p>bedarfsorientierte Ausweitung der Sozialen Wohnraumförderung; Förderung des Wohnungsbaus weiter mit über 200 Mio € im Jahr;</p> <p>Förderung von „Jungem Wohnen“ in Azubi- und Studierendenwohnheimen; Versorgung von 20 % der Studierenden an allen Hochschulstandorten mit einem Wohnheimplatz;</p> <p>Erleichterung des Erwerbs von Grundstücken für die Gemeinden und Unterstützung bei der Flächenbevorzugung;</p> <p>Veränderung der Bauordnung, um mehr Wohnraum zu schaffen; Erleichterung des seriellen Bauens sowie der Umnutzung oder Umnutzung von Bestandsgebäuden in Wohnraum;</p> <p>Veränderung der Regelungen zur Mietpreisbremse, dass mehr Gemeinden diese Begrenzung nutzen können;</p> <p>besserer Schutz bestehenden Mietwohnraums durch</p>	<p>Konsequente Anwendung der Mietpreisbremse;</p> <p>Genehmigungsvorbehalt der Kommunen bei der Umnutzung von Miet- in Eigentumswohnungen;</p> <p>Erweiterung des Enteignungsgesetzes; Ermöglichung der Enteignung für soziale Zwecke, Bildungsinfrastruktur und die Wohnraumversorgung der Kommunen;</p> <p>Unterbindung des Verkaufs von öffentlichem Boden; Zusammenführung der Flächen des Landes in einem Bodenfonds;</p> <p>Unterstützung der Schaffung selbstgenutzten Wohneigentums, insb. für Familien, generationenübergreifende Projekte, gemeinwohlorientierte Baugruppen sowie für Normalverdienerinnen und Normalverdiener;</p> <p>Stopp der Abrissförderung;</p> <p>barrierefreier Umbau von Wohnungen; Unterstützung durch ein Landesprogramm;</p>	<p>Weiterentwicklung der Bauordnung im Sinne einer Umwandlung; Einführung eines Gebäudetyps E für besonders ambitionierte öffentliche und institutionelle Bauherr*innen;</p> <p>stärkere Berücksichtigung von Klimaaspekten in der Wohnraumförderung;</p> <p>deutliche Vereinfachung und Förderung der Regeln für das Bauen mit gebrauchten Bauteilen und ökologischen Stoffen wie Stroh, Lehm und Holz;</p> <p>schrittweise Einführung von Anteilen für den Einsatz lokal recycelter Baustoffe und Bauteile, auch in öffentlichen Ausschreibungen;</p> <p>Schaffung bezahlbaren Wohnraums; deutliche Verbesserung des Neubaus bezahlbarer Wohnungen durch Kommunen und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen;</p> <p>Schaffung von mehr günstigen Wohnungen durch Neubau und Umnutzung; Bevorzugung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften, gemeinwohlorientierter Wohnungsunternehmen</p>	<p>Wiederbelebung der Wohnungsgenossenschaften;</p> <p>Schaffung der Voraussetzungen für bedarfsgerechten Wohnungsneubau, bspw. durch Ausweisung von Bauland; substantielle Senkung der Kosten;</p> <p>Reduktion der überzogenen Baustandards und-Vorgaben; Streichung ideologiebehafteter Gesetze und Verordnungen im Bauordnungsrecht;</p> <p>nachhaltige Senkung von Bau- und Wohnkosten durch klare Abkehr von falschen energiepolitischen Vorgaben wie dem Gebäudeenergiegesetz; Zurückfahren des Brand-, Wärme- und Schallschutzes auf ein notwendiges Mindestmaß;</p> <p>nachhaltige Entlastung der angespannten Wohnungsmarktlage durch konsequente Remigration von Migranten und Asylanten ohne Bleiberecht;</p> <p>finanzielle Unterstützung von Wohnungsbaugenossenschaften; Vereinfachung des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen durch Förderprogramme zur Schaf-</p>	<p>Sicherstellung, dass es tatsächlich nicht zu einer Bereicherung des Staates bei der Grundsteuerreform kommt und dadurch die Mieten wegen der Umlage auf die Nebenkosten steigen;</p> <p>Begrenzung der Mietsteigerungen durch einen bundesweiten Mietendeckel;</p> <p>Auflage eines Programms für sozialen Wohnungsbau;</p> <p>Förderung gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften;</p> <p>Einführung einer echten Wohnungsgemeinnützigkeit (Bundesrat);</p> <p>Landesprogramm zur Absicherung der bedarfsgerechten Versorgung der Menschen mit Wohnungen sowohl in Städten wie auch im ländlichen Raum;</p> <p>keine weitere Privatisierung von Wohnungen und Grundstücken der öffentlichen Hand;</p>

Genehmigung durch vollständige Digitalisierung des Bauantrags;

150.000 € pro Erwachsenen und 100.000 € pro Kind;

Abbau von regulatorischen Hemmnissen für das Bauen mit Holz und anderen nachhaltigen Bauweisen;

Genehmigungsfiktion für Baugenehmigungen;

weitere Entbürokratisierung und Reduzierung der Anforderungen im Baurecht, z.B. Abbau von natur- und artenschutzrechtlichen Hemmnissen im Landesrecht bei der Bauleitplanung;

Schaffung rechtlicher Möglichkeiten, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu unterbinden;

Abbau des Sanierungsstaus der kommunalen Wohnungsunternehmen im Bereich der energetischen Sanierung; Auflegen eines eigenen Förderprogramms;

Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit; niemand darf aufgrund von Zahlungsrückständen seine Wohnung verlieren;

Kündigungsmoratorium aller landeseigenen und kommunalen Wohnungsunternehmen inklusive Studierendenwerke für Menschen in Notlagen;

Förderung von Nachverdichtung statt Zersiedelung, um den Flächenverbrauch zu stoppen; Förderung von modularem Bauen sowie des Bauens mit Holz und anderen regionalen und nachwachsenden Materialien;

Stärkung der Kontroll- und Mitbestimmungsrechte von Mieterinnen und Mietern; Wohnungsaufsichtsgesetz;

Erlass der Altschulden für die kommunalen Wohnungsunternehmen;

Einführung kommunaler Mietendeckel (Bundesebene);

Ermöglichung von Vorkaufsrechten für die Kommunen;

und Genossenschaften bei der Vergabe von Flächen;

kein Verbrauch neuer Flächen ab 2030; Reduzierung des Flächenverbrauchs bis dahin in sinnvollen Zwischenschritten;

Verbleib aller landeseigenen Flächen in öffentlicher Hand; kein Verkauf landeseigener Flächen an private Investoren;

Mieter\*innenschutz: Beschränkung der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen in Gebieten, in denen die Lage besonders angespannt ist;

Unterstützung von Kommunen bei der Erstellung von Mietspiegeln;

Stärkung gemeinschaftlichen Wohnens; eigene Richtlinie in der Wohnraumförderung; Schaffung von Beratungs- und Vernetzungsstrukturen;

Steigerung der Aufenthaltsqualität in den Zentrumslagen von Klein- und Großstadt, Stärkung von Handel und Gastronomie;

Förderprogramm, in dem Kommunen niedrige Gelder für die Aufwertung ihres Zentrums oder eine\*n Citymanager\*in beantragen können;

fung von Genossenschaften ohne kommunale Beteiligung oder Landesbeteiligung;

Erleichterung des Erwerbs von Bestandsimmobilien in besonderem Maße für junge Menschen mithilfe eines Jung-kauf-Alt-Programms;

Erschwerung des Erwerbs von Wohnimmobilien durch Käufer ohne deutsche Staatsbürgerschaft, deren Hauptwohnsitz im Ausland liegt, über eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 20 %;

Ausweitung der Einkommensgrenzen für Familien zur Gewährung eines Landesdarlehens der ILB für selbstgenutzte Immobilien;

Förderungsfähigkeit des Erwerbs von Bestandsimmobilien mit geringem Modernisierungsbedarf;

flächendeckende Förderung des Wohnbaus; vergünstigte Abgabe von Bauland an Familien;

Einführung eines Landesbaukindergeldes, das nach der jeweiligen Kinderanzahl gestaffelt ist;

attraktive und zeitgemäße Gestaltung der Konditionen der Baufinanzierung durch die ILB für Familien;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Bündelung der Zuständigkeiten für Digitalisierung und digitale Transformation in einem Landesministerium;</p> <p>Etablierung eines Digitalausschusses im Landtag;</p> <p>Ausbau der digitalen Infrastruktur; konsequentes Vortreiben des Breitbandausbaus mit Priorität; Prüfung der Vereinfachung von Bauvorschriften für die Versorgung der Fläche;</p> <p>Förderung von freiem WLAN im öffentlichen Raum, wenn möglich und sinnvoll;</p> <p>öffentliches kostenfreies Internetterminal in jeder Gemeinde oder Stadt für Menschen ohne Technologiezugang;</p> <p>Nutzung der Potenziale der Digitalisierung, um die Entbürokratisierung voranzutreiben und Verfahren zu beschleunigen;</p>	<p>Bündelung der Zuständigkeit für Digitalisierung einschließlich der Digitalagentur in einem Ministerium;</p> <p>digitale Verwaltungsreform: Nutzung digitaler Prozesse, um fehlendes Personal zu ersetzen und alle Bürgerdienste künftig vollständig digital anzubieten;</p> <p>Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg als zentraler Dienstleister, auch für die Landkreise;</p> <p>Förderung von „Open Data“;</p> <p>landesweiter und regelmäßiger Digitalcheck der Kommunen, um Best-Practice-Beispiele flächendeckend umzusetzen;</p> <p>Digitalisierung und Beschleunigung von Betriebsprüfungen;</p> <p>schnellstmögliche flächendeckende Einführung des „Virtuellen Bauamt“, um die Verfahren von der Antragstellung bis zur Bescheidung zu digitalisieren;</p>	<p>Umfassende Digitalisierung der Landesverwaltung bei Angeboten für Bürgerinnen und Bürger und bei internen Prozessen und Datennutzung;</p> <p>Ausbau der Daseinsvorsorge und Wertschöpfung insb. im ländlichen Raum durch Digitalisierung von Prozessen und Zugängen;</p> <p>Fortsetzung der Förderung des Lokaljournalismus als Teil der voranschreitenden Digitalisierung der Medienlandschaft;</p> <p>Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung mit Breitband im ganzen Land;</p>	<p>Stärkung der Digitalagentur Brandenburg; Ausbau zu einem Kompetenz- und Innovationszentrum für souveräne Digitalisierung;</p> <p>Digitalisierung der Verwaltung; schnellstmögliche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes; Recht auf Offline-Zugang;</p> <p>grundsätzliche Veröffentlichung von Software, die mit öffentlichen Geldern finanziert oder mitfinanziert wurde, auch unter freien Lizenzen;</p> <p>freier Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen sowie Quellen und Materialien im Internet; Verfügbarmachung aller Publikationen von Angehörigen der öffentlich geförderten Wissenschaftseinrichtungen in Open Access;</p> <p>enge Verzahnung des Digitalprogramms mit der Landesstrategie für nachhaltige Entwicklung sowie mit der Energiestrategie;</p> <p>Stärkung der Kinderrechte im digitalen Raum;</p>	<p>Nutzung der Chancen der Digitalisierung für alle Bürger*innen, weitere Verbesserung der Zugänglichkeit und Inklusivität, Verteidigung der Bürger*innenrechte im digitalen Raum;</p> <p>Update der Digitalpolitik in Land und Kommunen;</p> <p>Bündelung der übergreifenden Fragen der Digitalisierung in einem Unterausschuss des Hauptausschusses im Parlament;</p> <p>Ausstattung der Landesbeauftragten für den Datenschutz mit mehr Rechten und Personal;</p> <p>konsequente Umsetzung von Standards der digitalen Barrierefreiheit bei landeseigenen Angeboten;</p> <p>schneller und flächendeckender Ausbau der digitalen Infrastruktur (Glasfasernetze) und der Mobilfunknetze;</p> <p>noch stärkere Unterstützung der digitalen Szene und Vernetzung mit Wissenschaft und Forschung;</p>	<p>Flächendeckender Ausbau des Breitband- und Mobilfunknetzes; Schließung der Lücken in der Abdeckung des Mobilfunknetzes; schnellstmögliche flächendeckende Verwirklichung des 5G-Standards; flächendeckende Versorgung mit mindestens 100 Mb/s;</p> <p>effektiverer Schutz der IT-Infrastruktur; Erhöhung der IT-Sicherheit und der Sicherheit der Datennetze;</p> <p>Novellierung des Datenschutzrechts; keine Überregulierung des Datenschutzes;</p> <p>keine Eingriffe in die freie Meinungsäußerung im Internet; Aufhebung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes;</p> <p>Erweiterung des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung um das Aufgabenfeld der Digitalisierung, um die Digitalisierung voranzutreiben;</p> <p>gezielte Förderung der digitalen Medienwirtschaft im Rahmen der Digitalisierung;</p>	<p>Erhalt des Rechts auf ein analoges Leben; Ermöglichung, dass Dinge des Alltags auch ohne Apps und zunehmenden Zwang zur Digitalisierung stattfinden können;</p> <p>Beschleunigung der Digitalisierung in der Verwaltung;</p>

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p><u>Landwirtschaft:</u></p> <p>Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft; keine Zielmarken und Quoten für den ökologischen Landbau;</p> <p>Reform der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung und des Insektenschutzprogramms, die in ihrer bisherigen Form die Landwirtschaft nicht unterstützen, sondern sie zunehmend unmöglich machen (Bundesebene);</p> <p>Ausbau der Chancen und Potenziale der Agrarwirtschaft;</p> <p>Schutz der Landwirtinnen und Landwirte vor überzogenen Auflagen, um das Höfesterben nicht weiter zu beschleunigen und die Konkurrenzfähigkeit der Tierhaltung aufrechtzuerhalten;</p> <p>keine weiteren Eingriffe in die Eigentumsrechte von Landwirtinnen und Landwirten; keine Flächenstilllegung im Zuge der Gemeinsamen Agrarpolitik; Schaffung von Rechtssicherheit für den Einsatz autonomer Landmaschinen sowie</p>	<p><u>Landwirtschaft:</u></p> <p>Ergänzung des Art. 43 der Landesverfassung um staatliche Förderung der Ernährungsversorgung;</p> <p>Unterstützung von jungen Landwirten, attraktive Gestaltung der Berufe in der Agrarwirtschaft;</p> <p>mehr Gewicht für Digital- bzw. Smart-Farming im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes und praxisnahe Begleitung;</p> <p>Förderung und Begleitung der universitären Forschung in Kooperation mit Landwirten;</p> <p>Schaffung von Investitionssicherheit; Landwirte müssen sich darauf verlassen können, dass Investitionen über den gesamten Abschreibungszeitraum unangetastet bleiben;</p> <p>keine weitere Ausweisung von Naturschutz- und Wildnisgebieten;</p> <p>verantwortungsvoller Einsatz von Pflanzenschutzmitteln als gute fachliche Praxis;</p>	<p><u>Landwirtschaft:</u></p> <p>Für eine Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur und der Umwelt besteht;</p> <p>Weiterentwicklung der Flurneuordnung;</p> <p>Beibehaltung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete in der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik;</p> <p>stärkere Bündelung der Zuständigkeit für die Lebensmittelwirtschaft;</p> <p>bessere Nutzung der Potenziale des ökologischen Landbaus für eine regionale Lebensmittelkette;</p> <p>Erhöhung der Anzahl der landwirtschaftlichen Nutztiere; Schwerpunkt auf Weidetierhaltung;</p> <p>Verstärkung der Prävention gegen Tierkrankheiten und Seuchen;</p> <p>einheitlicher Rahmen in Europa zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im konventionellen und ökologischen Landbau;</p> <p><u>Forstwirtschaft:</u></p>	<p><u>Landwirtschaft:</u></p> <p>Regelungen für Flächen- und Anteilsverkäufe von Agrarbetrieben zugunsten ortsansässiger Landwirten und Landwirte; Bodenpreisbremse;</p> <p>Einrichtung eines öffentlichen Bodenfonds;</p> <p>Unterstützung der Betriebe bei Klimaschutz und Klimaanpassung; Förderung, damit sie hohe Sozial-, Umwelt- und Tierwohlstandards gewährleisten können;</p> <p>Intensivierung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte;</p> <p>Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie zur Vermeidung von Flächenverlusten insb. durch Versiegelung; Erreichung des Anteils Brandenburgs am 30 ha-Ziel der Bundesregierung bis 2030; perspektivisches Anstreben von netto Null Flächenverlust;</p> <p>Begrenzung der Freiflächen-Photovoltaik auf das notwendige Maß; vorran-</p>	<p><u>Landwirtschaft:</u></p> <p>Ausweitung des Ökolandbaus auf mindestens 30 % der Fläche bis 2030; weitere Anhebung der Ökolandbauförderung;</p> <p>Unterstützung und Förderung aller Betriebe auf dem Weg zu klimafördernden, ökologischeren Wirtschaftsweisen und zu einer Tierhaltung, die an den Bedürfnissen der Tiere ausgerichtet ist;</p> <p>Minderung klima- und grundwasserschädlicher Stickstoff- und Phosphatmissionen in die Umwelt; Förderung der Kompostwirtschaft als Alternative zum Einsatz mineralischer Industriedünger;</p> <p>Förderung von Alternativen für den Pestizideinsatz; gänzliches Verbot besonders gefährlicher Pestizide;</p> <p>kein Ausverkauf der Flächen an nicht-landwirtschaftliche Investoren; Gründung einer Siedlungsgesellschaft des Landes;</p>	<p><u>Landwirtschaft:</u></p> <p>Schaffung der notwendigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, dass Bauernfamilien und Agrargenossenschaften wieder sichere Zukunftsaussichten haben;</p> <p>marktwirtschaftlicher Ansatz in der Agrarpolitik; Unerschlichkeit einer stabilisierenden Agrarförderung angesichts der Realität internationaler Agrarmärkte;</p> <p>Vorrang der Ernährungsversorgung auf Grundlage einer regionalen Lebensmittelproduktion; Erarbeitung einer Definition von Agrarbetrieben, die die Lebensmittelversorgung in den Mittelpunkt stellt;</p> <p>mehr Spielraum für die Landwirte für gute fachliche Praxis;</p> <p>Förderung lokaler Erzeuger- und Vermarktungsstrukturen für traditionelle und regionale landwirtschaftliche Produkte;</p> <p>Regulierung des landwirtschaftlichen Bodenmarktes zugunsten ortsansässiger Landwirte;</p>	<p><u>Landwirtschaft:</u></p> <p>Finanzielle Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe bei der Anpassung an geänderte Klima- und Wetterbedingungen und beim Einsatz umwelt-, boden- und klimaschonender Agrartechniken und anderer Systeme;</p> <p>Ausbau von regionalen Wirtschaftskreisläufen durch langjährige Förderprogramme zur Vermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte vor Ort;</p> <p>Reform des Bodenmarktes; landwirtschaftliche Flächen müssen vorrangig für ortsansässige Landwirte zur Verfügung stehen und dürfen nicht als Spekulationsgut für Investoren dienen;</p> <p>Schaffung eines Agrarstrukturgesetzes;</p> <p>keine weitere Versiegelung von landwirtschaftlicher Nutzfläche;</p> <p>Stärkung der Ausbildung für landwirtschaftliche Berufe; Schulprojekte vor Ort, um das Verständnis für und</p>

<p>übergroßer Erntemaschinen;</p> <p>Erhalt der Artenvielfalt durch kontinuierliche Anlage von Hecken an Straßenrändern;</p> <p>Streichung einer bisherigen Anforderung an Landwirtinnen und Landwirte für jede neue Regulierung, um die Belastung nicht weiter ansteigen zu lassen;</p> <p>Sicherstellung, dass staatliche Vorgaben zur landwirtschaftlichen Umstrukturierung langfristig angelegt sind und 20 Jahre Bestand haben müssen;</p> <p>frühzeitige Vermittlung von Wissen über Ernährung und Landwirtschaft in Kitas und Schulen;</p> <p>Unterstützung und Förderung moderner Technologien in der Landwirtschaft, wie vertikale Landwirtschaft, neue Züchtungstechniken sowie Bioreaktoren zur Herstellung von künstlicher Milch und künstlichem Fleisch;</p> <p>Schaffung von Rechtssicherheit für den Einsatz autonomer Landmaschinen sowie übergroßer Erntemaschinen;</p> <p><u>Forstwirtschaft:</u></p> <p>keine Bewirtschaftungseinschränkungen und Stilllegungen von Wäldern, kein</p>	<p>festes Implementierung von vereinfachten Genehmigungsverfahren zur Gefahrenabwehr bei drohenden wirtschaftlichen Schäden auch in Schutzgebietskulissen (PSM-Einsatz, Frostbegegnung etc.)</p> <p>Unterstützung des Garten- und Obstbaus bei den spezifischen Fragestellungen, insb. zum Erhalt bestehender Kulturen und zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln;</p> <p>Ermöglichung fairer Marktbeziehungen;</p> <p>Vorrang für die Gewährleistung der Ernährungs- und Versorgungssicherheit durch regionale Wertschöpfung gegenüber Belangen des Naturschutzes;</p> <p>keine pauschalen Vorgaben oder angeordneten Flächenstilllegungen, stattdessen Freiwilligkeit und Kooperation;</p> <p>konsequente Umsetzung von Digitalisierung und Entbürokratisierung bei Fördermittelanträgen;</p> <p>Steuererleichterungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, z.B. durch steuerfreie Risikoausgleichsrücklage und großzügigere Abschreibungsregeln (Bundesrat);</p>	<p>Waldumbau hin zu mehr Mischwald, um stabile und gesunde Waldbestände zu erreichen;</p> <p>Beibehaltung der Struktur des Landesforstbetriebes; weitere Unterstützung privater forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse;</p> <p>Intensivierung der vorbeugenden Maßnahmen, betreffend den Waldumbau hin zum widerstandsfähigen klimaangepassten Wald;</p> <p><u>Jagd:</u></p> <p>bestandsorientierter Umgang mit dem Wolf;</p> <p>spürbare Absenkung der Wildtierbestände in den kommenden Jahren, wo es dem Schutz gefährdeter Arten, einer positiven Waldentwicklung und einer Verringerung von Wildschäden in der Landschaft zugute kommt;</p> <p><u>Tierschutz:</u></p> <p>Schaffung der Möglichkeit, Tierheime mit einer Basisförderung kontinuierlich zu fördern;</p> <p>Verstärkung der Prävention gegen Tierkrankheiten und Seuchen;</p>	<p>gige Beförderung der Doppelnutzung durch Agri-Photovoltaik;</p> <p>Stärkung der ökologischen Landwirtschaft im Einklang mit der Verbesserung von Verarbeitungs- und Vermarktungsmöglichkeiten ökologischer Produkte, ohne konventionelle und Öko-Betriebe gegeneinander auszuspielen;</p> <p>Evaluierung der Gartenbaukonzeption und bei Bedarf Fortschreibung, um wieder einen höheren Selbstversorgungsgrad zu erreichen;</p> <p>Umsetzung des Moorschutzprogramms in Kooperation und mit Unterstützung der Landwirtschaft; Gewährleistung einer betriebswirtschaftlich attraktiven Nutzung des größten Teils der vernetzten Moorflächen;</p> <p>Nutzung der Chancen des Nutzhanfs; Förderung von Anbau, regionaler Verarbeitung und Vermarktung;</p> <p>Unterstützung der Landschaftspflegeverbände als Mittler zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Kommunen;</p> <p>Umsetzung der Bio-Ökonomiestrategie; keine einseitige Fokussierung auf eine Hightech-Landwirtschaft, keine Agrogentechnikverfahren, keine Dominanz von</p>	<p>Ausbau von Niederlassungs- und Investitionsprämien für Existenzgründer*innen;</p> <p>Stärkung der regionalen Landwirtschaft und Wirtschaftskreisläufe; Unterstützung der Land- und Ernährungswirtschaft beim Ausbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien;</p> <p>stärkere Förderung von Wertschöpfungsketten aus landwirtschaftlich erzeugten Faserrohstoffen, wie Hanf und Stroh, für klimafreundliche Isolations- und Baustoffe;</p> <p>gentechnikfreie Landwirtschaft; keine Patente auf Pflanzen und Tiere; Verbesserung der Förderbedingungen zu Argroforst und Abbau von Bürokratie;</p> <p>höherer Stellenwert für Agri-Photovoltaik;</p> <p>Umsetzung der „Farm-to-Fork“-Strategie der EU; Förderung von Ernährungsmanager*innen in den Kommunen;</p> <p>Erhalt des traditionellen Obstanbaus und Unterstützung durch gezielte Förderung und Forschung;</p> <p>Fortsetzung der Förderung der Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau und Arboristik;</p>	<p>genehmigungsfreier Bodenverkauf von Flächen über 2 ha im Einzelfall nur noch dann, wenn der/die Käufer zum Erwerbszeitpunkt als reale Person seinen Wohnsitz in Deutschland und als juristische Person seinen Geschäftssitz in Deutschland hat/haben;</p> <p>Renationalisierung der Agrarpolitik; Beendigung des Irrwegs der GAP, Überführung der Agrarpolitik wieder in die deutsche Zuständigkeit;</p> <p>Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeuger in der Lebensmittelkette;</p> <p>Förderung der Direktvermarktung; besserer Schutz der Landwirte gegenüber unlauteren Handelspraktiken von größeren Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels und der Lebensmittelverarbeitung;</p> <p>Umkehr der Kennzeichnung von Lebensmitteln; keine Ausweisung des regionalen Produkts, sondern des Produzenten*innen in den Kommunen;</p> <p>Angebot von regional erzeugten Produkten als wesentliches Kriterium der Auftragsvergabe für Catering-Dienstleister im Rahmen von Ausschreibungen</p>	<p>das Interesse an diesen Berufsfeldern zu steigern;</p> <p>Ausbau des schnellen und flächendeckenden Internets auch für eine moderne Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft;</p> <p>Erhöhung der Förderung für junge Landwirtinnen und Landwirte bei der Übernahme oder Gründung eines Agrarbetriebes;</p> <p>langfristige Rechtssicherheit und eine verlässliche Agrarpolitik, damit Investitionen planbar sind und nicht zum Insolvenzrisiko werden;</p> <p>Aufbrechen der Abhängigkeit der Bauern und Landwirte von Grundeigentümern, Großmolkereien und -schlachthöfen und des Oligopols der Lebensmittelkonzerne;</p> <p>transparente Lieferketten, die Abhängigkeiten vom Weltmarkt verringern und die Ernährungssicherheit stärken;</p> <p>regionale Produktion, regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen;</p> <p>Abbau von Belastungen durch überbordende Bürokratie;</p> <p>Überführung der BSVG Flächen in Landeshoheit und Verpachtung nur an ortsansässige Familienbetriebe</p>
--	--	---	--	---	--	---

Bau von Windkraftanlagen in intakten Waldgebieten;

bessere Zugänglichkeit bestehender Förderprogramme durch Entbürokratisierung; transparentere Kommunikation und Zusammenarbeit der Landesforstverwaltung mit lokalen Gruppen und Verbänden;

deutlich mehr finanzielle Mittel zur Auffindung und Beseitigung von Kampfmiteln in den Wäldern; Verstärkung des spezialisierten Personals im Bereich der Waldbrandbekämpfung;

flächendeckende Einführung heimischer Baum- und Buscharten, um widerstandsfähige Mischkulturen und damit klimaresistentere Wälder zu schaffen;

#### Tierschutz / Jagd:

klares Bekenntnis zur landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in ihrer heutigen Vielfalt;

Nutztierhaltung als wesentlicher und unverzichtbarer Teil der Landwirtschaft;

Modernisierung des Jagdrechts; Erweiterung um Tierarten wie Wolf und Biber; keine Verkleinerung der Liste der jagdbaren Tiere;

#### Forstwirtschaft:

Sicherung der nachhaltigen Nutzung und Bewirtschaftung der Wälder;

Unterstützung des Kleinprivatwaldes bei der aktiven Bewirtschaftung;

Waldumbau mit standortgerechten heimischen und nichtheimischen Baumarten;

Ausbau des Vertragsnaturschutzes im Wald;

Forcierung des Erschwerenausgleichs für Einschränkungen in FHH-Gebieten;

Stärkung der Beratung von Privatwaldbesitzern und Forstbetriebsgemeinschaften;

Waldbrandschutz durch Prävention und Umweltbildung;

#### Tierschutz / Tierhaltung:

Erhalt der Tierhaltung mindestens auf jetzigem Stand und Ausweitung bei Bedarf;

Stärkung der regionalen Vermarktung;

keine starren Quotenvorgaben zum Anteil von Bio-Lebensmitteln;

IT-, Pharma- und Lebensmittelkonzernen in der Bioökonomie;

fairer Umgang mit Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeitern in der Landwirtschaft, bspw. in Bezug auf Arbeitszeiten, Entlohnung, Unterbringung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung;

Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Zukunft der Landwirtschaft;

Auflegen eines Masterplans Teichwirtschaft; Fortführung und bedarfsgerechte Ausstattung der Förderlinien zum Ausgleich von Schäden durch geschützte Arten;

keine Verschwendung von Lebensmitteln; gesetzliche Untersagung, Lebensmittel im Einzelhandel wegzuworfen; Einführung der Pflicht, unverkaufte Produkte zu spenden, in der Landwirtschaft zu nutzen oder zu Tierfutter zu verarbeiten;

#### Forstwirtschaft:

Auflegen eines Aktionsplans Waldumbau, um die umbaute Fläche und die Geschwindigkeit wesentlich zu erhöhen; Naturverjüngung;

finanzielle Unterstützung der Forstbetriebsgemeinschaften;

Weiterentwicklung ökologischer Maßnahmen im Pflanzenschutz für Obst- und Gartenanbau; Förderung des Streuobstbaus;

#### Forstwirtschaft:

Bewirtschaftung der Wälder nach dem Dauerwaldprinzip; Verzicht auf Kahlschläge; Reduzierung der Abholzung von Waldflächen und der damit verbundenen Waldumwandlung in andere Nutzungsarten auf das absolut notwendige Maß;

jährliche Aufforstung einer Fläche von mindestens 2500 ha bis 2030; keine finanziellen Abgeltungen von Waldumwandlungen;

Entwicklung der Wälder zu reich strukturierten Laubmischwäldern;

deutliche Anhebung der Zahl der Ausbildungsplätze im Landesbetrieb Forst;

Unterstützung der Forstbetriebsgemeinschaften durch angepasste Förderprogramme;

Förderung der Artenvielfalt im Wald; Unterstützung mit finanziellen Anreizen und Förderprogrammen für private, kommunale und andere Waldbesitzende;

Ausbau von Monitoring und Erforschung des Waldes;

bezüglich der Gemeinschafts- und rechtlichen Bereich;

bessere Informationspolitik in der Ernährungspolitik anstelle von Verboten und staatlicher Gängelung;

#### Forstwirtschaft:

energetische Nutzung von Rest-, Schad- und Kronenholz als Bestandteil eines gesunden Energiemix';

Förderung des Kleinprivatwaldes; Stärkung der Forstbetriebsgemeinschaften; Abbau von bürokratischen Hürden bei der Stellung von Förderanträgen; finanzielle Sicherstellung einer guten Beförderung;

zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Landesbetriebs Forst Brandenburg; Schaffung von 30 zusätzlichen Projektstellen mit einer Laufzeit von zehn Jahren;

stärkere Investitionen als bisher in den Waldumbau;

Bereitstellung von mehr hochwertigem Forstvermehrungsgut; Anlage von weiteren Saatgutplantagen für die Hauptbaumarten; Aufbau von länderübergreifenden Herkunftsversuchsreihen mit potentiellen Alternativenbaumarten;

#### Jagd:

und Agrargenossenschaften;

deutlich einfachere Gestaltung der Agrarförderung; Beendigung von Mehrfacherhebungen von Daten für unterschiedliche Programme;

#### Forstwirtschaft:

Vorantreiben des Waldumbaus, auch wegen der Waldbrandprävention;

aktive Unterstützung der Forstbetriebe und der privaten Waldbesitzer bei der Beseitigung von Schadholz durch den Borkenkäfer, statt Androhung von Strafzahlungen;

#### Tierschutz:

Reduzierung der überbordenden Belastung viehhaltender Betriebe, die häufig zu einer Verlagerung der Tierproduktion in Länder mit wesentlich geringeren Tierschutzstandards und Lohndumping führt;

Masterplan zur Stärkung der Tierhaltung zur deutlich stärkeren Unterstützung der viehhaltenden Betriebe;

aktives Wildtiermanagement; Gewährung eines finanziellen Ausgleichs bei Beeinträchtigung betriebswirtschaftlicher Belange; Zulässigkeit eines artenschonenden Eingriffs in Ge-

Stärkung und Individualisierung der Förderung für Präventionsmaßnahmen vor Rissen und Schäden;

Initiierung eines Wildtierentschädigungsgesetzes, um Weidetierhaltern und Waldbesitzern rechtliche Sicherheit zu geben;

keine Jagdsteuer;

Integration des Angelns in die schulische Bildung; Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Anglern, Naturschutzverbänden und Behörden;

Anerkennung von Milchviehbetrieben als energieintensive Betriebe;

aktive Regulierung des Wolfsbestandes; Aufnahme des Wolfs als geschützte Art ins Jagdrecht, um die Rechtssicherheit für Jäger zu verbessern; Vornahme einer aktiven Bestandsregulierung, sobald rechtlich möglich; Sicherung des heimischen Wildbestandes gegenüber dem Wolf;

#### Jagd und Fischerei:

Intensivierung der konsequenten Bejagung von Neozoen, die der heimischen Artenvielfalt schaden;

Sicherung der Lebensgrundlage der Fischer durch bessere Berücksichtigung bei der Entwicklung von Freizeitangeboten an Gewässern und beim Wassermanagement;

Verstärkung des Gewässer- und Fischartenschutzes und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen der Fische;

Interessenausgleich von Jägerschaft und Waldeigentümern beim Waldumbau;

Änderungen beim Jagd- und Fischereirecht nur mit einem ideologiefreien Interessenausgleich;

personelle Ausstattung des Landesbetriebs Forst, dass er die zusätzlichen Aufgaben beim Waldumbau und bei der Betreuung von Privat- und Kommunalwald leisten kann;

Erhöhung der Anzahl der Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter im Landesbetrieb; Ausbau der Ausbildungskapazität;

unverminderte Erhaltung der Waldpädagogik mit den Waldschulen; Sicherung des Personals;

Stärkung der Waldwissenschaft;

Erleichterung der Handlungsmöglichkeiten des Landes bei der Waldbrandprävention;

Erschwerung der Umwandlung von Wald in andere Nutzungsarten (Gewerbe und Siedlungserweiterung);

Überlassung von 10 % der Waldfläche in öffentlicher Hand der unbeeinflussten Entwicklung; Ausweisung von 2 % der Landesfläche als dauerhafte Wildnisfläche;

#### Tierschutz:

Stärkung der landwirtschaftlichen, flächengebundenen Nutztierhaltung gegenüber der gewerblichen Tierhaltung;

#### Jagd:

Schutz der Naturverjüngung und von Anpflanzungen durch angepasste Jagd; Orientierung der Bejagung von Reh-, Dam- und Rotwild an den Ergebnissen des Wildschadensmonitorings;

#### Tierschutz:

landesweite Förderung des Aufbaus von Wildtierauffangstationen;

Schutz von Weidetieren durch Zäune und Herdenschutzhund; weitere Förderung mit bis zu 100 %;

schnelle und konsequente Entnahme von Wölfen, die gelernt haben, diesen Schutz zu überwinden und Schaden anrichten;

Anpassung der Ställe und Haltung an die Bedürfnisse der Tiere nach Bewegung, Beschäftigung und Kontakt mit Artgenossen;

Auflegen eines Förderprogramms, um Prämien für gesunde Tiere auszuzahlen;

Förderung einer alternativen Tierhaltung, z.B. Haltung in Argroforstsystemen, unter Photovoltaikanlagen oder in Mobilställen;

Vereinfachung von Genehmigungsprozessen für Landwirt\*innen und Ermög-

Erfolgen der Jagd nach dem Stand der wildbiologischen Forschung; keine wildtier- und jagdfeindlich motivierten Ansätze zur Änderung des Jagdrechts;

Regulierung des Wolfs im Rahmen eines aktiven Bestandsmanagements auf wildbiologischer Grundlage; Aufnahme des Wolfs in die Jagdgesetzgebung; Entwicklung von revierübergreifenden Managementplänen für den Wolf;

deutliche Erhöhung des Jagddrucks auf den Waschbären, Erleichterung der Bejagung, insb. durch Schaffung von Anreizen für die Jäger im Rahmen von Fang- und Abschussprämien;

#### Tierschutz:

konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze;

Förderung artgerechter Haltungssysteme in der Nutztierhaltung;

keine nichtheilenden Eingriffe wie das Kupieren von Schwänzen oder das Schnabelkürzen;

regelmäßige einheitliche und faire Kontrollen von tierhaltenden Betrieben;

Schaffung und Besetzung der notwendigen Veterinärstellen;

fahrensituationen für Nutztierbestände, Deichanlagen und Fließgewässer;

<p>Wiedersiedlungsprogramme von Aal und Lachs;</p> <p>keine Verschärfung der waffenrechtlichen Bestimmungen des Landes; Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Jagdwaffen;</p> <p>Förderung von Jagdverbänden und Fischereiverbänden wie anerkannte Umweltverbände;</p> <p>Unterstützung der regional erzeugten Fisch- und Wildlebensmittel durch ein Regionalsiegel;</p> <p>Förderung von Natur- und Umweltbildung für mehr Artenkenntnis;</p>		<p>Evaluierung des Tierschutzplans für die landwirtschaftliche Nutztierhaltung;</p> <p>Fortführung und unbürokratische Ausgestaltung des Herdenschutzes und der Entschädigung bei Wolfsrisiken; Ermöglichung des unbürokratischen Schießens von Wölfen bei Wolfsübergriffen auf Weidetiere, die den Standards entsprechend geschützt sind;</p> <p>Ausbau der Prävention gegen Tierkrankheiten und Seuchen wie Afrikanische Schweinepest oder Vogelgrippe;</p> <p>Verbandsklage für anerkannte Tierschutzvereinigungen;</p> <p>auskömmliche Finanzierung von Tierheimen und Tierschutzvereinen;</p> <p>Konzept für die Pflege und Auswilderung hilfsbedürftiger Wildtiere;</p>	<p>Umgestaltung des Umbaus zu artfreundlicheren Tierhaltungssystemen;</p> <p>Stärkung regionaler Schlachtstrukturen (z.B. kleine Schlachteinheiten), Förderung der mobilen Schlachtung vor Ort; keine Langstreckentransporte in Drittstaaten;</p> <p>personelle Aufstockung des Tierschutzberatungsdienstes;</p> <p>Ausbau der Weideprämie für weitere Nutztiere;</p> <p>Unterbindung von Zucht und Ausstellung von Tieren, die Schmerzen, Leiden und Schäden an ihre Nachkommen vererben (Qualzucht);</p> <p>weitere Förderung der tierversuchsfreien Forschung und Ausbildung; perspektivische Sicherstellung eines Studiums gänzlich ohne Tierversuche; Besetzung von mindestens 50 % der Tierversuchskommission auf Vorschlag von Tierschutzorganisationen;</p> <p>stärkere Förderung und zusätzliche Entlastung von Tierheimen;</p>	<p>beständige Anpassung der Tierschutzverordnungen an den neuesten Stand; Schaffung eines gesetzlich verbindlichen Kennzeichnungssystems für Haltungskonzepte;</p> <p>Transport auf kurzen Distanzen zum nächstmöglichen Schlachthof;</p>	
---	--	---	--	---	--

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als eine zentrale Herausforderung, der mit nachhaltigen Lösungen begegnet werden soll, ohne dass dies zwangsläufig Verzicht bedeutet;</p> <p>Schutz bestehender Brandenburger Moore als effektive CO2-Speicher und Arten-Hotspots;</p> <p>Überprüfung der Voraussetzungen für die Wiedervernässung von Mooren;</p> <p>kein Entzug notwendiger Flächen für die Landwirtschaft durch die Vernässung von Mooren;</p> <p>Vermeidung von Konflikten um Wasserressourcen zur Trinkwasserbereitstellung, Wahrung des Vorrangs der Daseinsvorsorge; Prüfung weiterer Auswirkungen für die betroffenen und angrenzenden Regionen und auf die zu vernässenden Flächen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung, zielgerichtete Abwägung der Interessen von Eigentümern und Nutzern;</p> <p>Förderung eines klimaangepassten und umweltfreundlichen Waldumbaus, ohne</p>	<p>Umsetzung einer Bio Ökonomie mit Industrie und Produzenten; Einrichtung eines Innovationsclusters Bioökonomie;</p> <p>Honorierung der Leistung von Kohlenstoffsenken und Substitutionseffekten der nachwachsenden Rohstoffe;</p> <p>notwendige Anpassung von technischen und baurechtlichen Hürden bei nachwachsenden Rohstoffen;</p> <p>Gewässerschutz:</p> <p>Erhalt und Stärkung der regulierbaren Gewässerinfrastruktur;</p> <p>Verbesserung des Wasserrecyclings; Wiederverwendung oder Verrieselung von gereinigtem Abwasser ohne bedenkliche Rückstände nach der 4. Klärstufe;</p> <p>Stärkung der regionalen Wasserkreisläufe zur Verbesserung des Wasserangebots;</p> <p>zeitnahe Umsetzung einer technischen Lösung zur Stabilisierung der Spree, der Lausitzer Neiße und der Schwarzen Elster nach den</p>	<p>Bessere Nutzung kleinräumiger Steuerungsmöglichkeiten zum Wohl des Wasserhaushaltes;</p> <p>Prüfung der Einführung einer Gewässerkategorie 3. Ordnung, um kleine Gewässer besser zu schützen;</p> <p>Stärkung der Wasser- und Bodenverbände in ihrer Rolle vor Ort;</p> <p>intensive Befassung mit der verstärkten Nutzung von Abwässern, um vorhandene Ressourcen besser auszunutzen;</p> <p>Voranbringen der Entwicklung von Anlagen der 4. Reinigungsstufe, um noch mehr Wasser in regionalen Kreisläufen zu halten;</p> <p>Intensivierung einer strategischen Gesamtplanung mit den benachbarten Bundesländern;</p> <p>Ausbau des Gewässer- und Fischartenschutzes gemeinsam mit allen Akteuren, um Schadensereignisse effektiv zu verhindern;</p> <p>Stärkung des Nationalparks Unteres Odertal;</p>	<p>Weiterer Ausbau der NATURA 2000 Teams; persönliche und materielle Stärkung der Naturschutzstationen und der Staatlichen Vogelschutzwarte;</p> <p>auskömmliche, dauerhafte und verlässliche Förderung der Naturschutzverbände mindestens in der bisherigen Höhe;</p> <p>Vorantreiben des Insektenschutzes;</p> <p>Absicherung des Vollzugs des gesetzlichen Alleenschutzes inklusive der Nachpflanzpflicht;</p> <p>Naturschutz auf öffentlichen Flächen: Erhaltung und Ausbau der Stadtnatur; Einrichtung von Blühstreifen in Städten und Dörfern; naturnahe Gestaltung von Außengeländen öffentlicher Einrichtungen sowie von Schul- und Kitagelände; organisatorische und finanzielle Unterstützung eines Programms zur Wiederbegrünung und Renaturierung von Gemeindeflächen;</p> <p>Verbesserung der Grundwasserneubildung, Anpassung der Wassernutzungen an die natürlich verfügbaren Ressourcen; integriertes</p>	<p>Schaffung von Wildnisgebieten auf 2 % der Fläche des Landes;</p> <p>Einrichtung einer Umweltakademie;</p> <p>Reduzierung chemisch-synthetischer Pestizide schrittweise auf Null; keine Anwendung von Pestiziden in Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten;</p> <p>Maßnahmen gegen Lichtverschmutzung zum Schutz von Insekten und Menschen; Artenschutzkompetenzzentrum für Pflanzen- und Insektenschutz;</p> <p>Stärkung des Ehrenamts im Naturschutz; Absicherung der Naturwacht entsprechend ihren wachsenden Aufgaben;</p> <p>Stopp des Oderausbaus;</p> <p>Prüfung der Eignung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Lieberoser Heide als Nationalpark;</p> <p>langfristige Absicherung der NATURA 2000-Gebiete;</p> <p>Reduzierung der Treibhausgasemissionen entwässert Moore bis 2030 um jährlich 750.000 t und bis 2040</p>	<p>Versachlichung des Umgangs mit Klimaveränderungen und Initiierung eines umweltpolitischen Strategiewechsels;</p> <p>Aufgabe des dogmatischen Ziels einer nationalen oder gar regionalen Klimaneutralität; Entwicklung und Umsetzung vorausschauender und ressortübergreifender Anpassungsstrategien, schwerpunktmäßig für die Land- und Forstwirtschaft sowie für das Wassermanagement;</p> <p>Schutz von Flora und Fauna im Rahmen der Weiterentwicklung der bisherigen Schutzgebietskonzepte;</p> <p>Weiterentwicklung des Schutzes der Biodiversität auf der Grundlage eines integrativen, multifunktionalen Ansatzes; Schutz bestehender Bitrope; Habitatbäume, liegendes und stehendes Totholz und gezielt zu fördernde Altholzinseln;</p> <p>verstärkte Anstrengungen zur Entwicklung von stufigen, strukturreichen und artreichen Wäldern;</p>	<p>Klima- und Umweltschutz, insbesondere durch ingenieurtechnische Innovationen, deren Umsetzung schnellstmöglich erfolgen kann und nicht Jahrzehnte in Anspruch nimmt;</p> <p>intelligente Strategien der Anpassung, um die Folgen des Klimawandels für Mensch und Umwelt abzuschwächen; Schutz vor Überschwemmungen, Förderung des Anbaus resilienter Pflanzen gegen Trockenheit, Förderung von Investitionen in Hitzeschutz und Gebäudekühlung z.B. in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen;</p> <p>Integrierung neuer Technologien und Konzepte, um Mobilität effizienter, umweltfreundlicher und sicherer zu gestalten; Umweltschutz darf der Notwendigkeit, im Alltag oft den Individualverkehr nutzen zu müssen, nicht vorgehen;</p>

den wirtschaftlichen Nutzen zu vernachlässigen;

bergbaufolgebedingten Schäden;

aktives Wassermanagement, das das Wasser in der Landschaft nicht nur abführt, sondern reguliert und die bisher ergriffenen Maßnahmen zusammenführt und weiter entwickelt;

Umsetzung der Wiedervernässung von Mooren gemeinsam mit den Betroffenen;

dauerhafte Beibehaltung der entgeltfreien Wassernutzung für Nutztierrängen;

Etablierung von Argroforstsystemen in der Kulturlandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Klimaresilienz;

stärkere Heranziehung von Grünanlagen, Gärten und Parks in Siedlungsräumen zur Förderung der biologischen Vielfalt;

Erhalt und stärkere Nach- und Neupflanzung von Alleen;

Ausbau des Landeskompetenzzentrum Straßenbäume und Alleen in Großbeeren;

Unterstützung der Kommunen bei der Planung und Umsetzung von notwendigen Lärmschutz- und Luftreinhaltungsmaßnahmen;

Verpflichtung der Betreiber von Kraftwerken und Tagebauen in der Lausitz zu hohen Investitionen in die Reaktivierung der Flächen;

Wassermanagement unter Zusammenarbeit der Gewässerunterhaltungs- und der Zweckverbände sowie der Landnutzenden;

gerechtere Gestaltung des Wassernutzungsentgelts;

Landesprogramm für die Sanierung maroder wasserwirtschaftlicher Anlagen (z.B. Staue);

Nutzung von Abwasser; Prüfung der Nutzung von gereinigtem Abwasser zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes in der Region;

Bestandsaufnahme beim Niedrigwasserkonzept;

Sicherung sauberen Trinkwassers; Sanierung oder Eingrenzung von Altlasten;

Prüfung der Wasserverfügbarkeit vor Ansiedlung; Vorabbewertung der Wasserverfügbarkeit an möglichen Gewerbestandorten und Berücksichtigung bei der Anwerbung von Unternehmen;

personelle Aufstockung der Wasserwirtschaftsverwaltung;

Voranbringen des Hochwasserschutzes an den kleineren Flüssen;

um jährlich weitere 3 Mio t; Aufbau einer Moorschutzagentur; Einstellung von mehr Expert\*innen für den Moorschutz; Einrichtung eines „Moorfonds Brandenburg“;

effizientere und effektivere Wassernutzung; Stärkung von Wasserrückhalt und Landschaftswasserhaushalt; Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Nutzung von gebrauchtem Wasser und Regenwasser;

sozialverträglich gestaffelter Preis für Trinkwasser;

Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse zu Vorhaben in der Siedlungswasserwirtschaft, beim Hochwasserschutz und zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes;

Intensivierung der naturnahen Entwicklung der Gewässer;

Entwicklung einer Wasserstrategie Hauptstadtregion 2050;

Erhalt und Förderung von Kleingärten; Fortführung der Kleingartenrichtlinie;

Wasserbewirtschaftung:

Befürwortung einer geordneten Wasserbewirtschaftung; Ablehnung aktionistischer Umweltexperimente wie die großflächige Vernetzung von Mooren; Regulierung der Wasserstände auf Moorstandorten als Teil einer geordneten Stauhaltung unter der fachlichen Kontrolle der Landkreise;

landesweite Regelungen zur Stabilisierung des Landschaftswasserhaushalts und zur Sicherung der Trinkwasserversorgung;

ganzheitliche und für das ganze Land einheitliche Regelung der Wasserbewirtschaftung über die Siedlungswasserwirtschaft hinausgehend im Landeswassergesetz; Vorrangs der Versorgung mit Trinkwasser; landesweit einheitliche Regelungen zur Priorisierung der Verteilung des Wassers an verschiedenen Nutzergruppen in Wassermangelsituationen;

weniger Flächenversiegelung; Schutz der wertvollen Agrarflächen vor einer weiteren Verbauung;

Rückbau von ungenutztem ehemaligem Militärgelände und Industrieruinen für Entsiegelungen;

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B90/DIE Grünen	AfD	BSW
<p>Bereitstellung eines hohen Angebots an grundlastfähiger nachhaltiger Energie für ansiedlungsinteressierte Unternehmen;</p> <p>vollständige Ausschöpfung des Energiepotenzials der Landesfläche, Investitionen in den Bereichen Wind, Solar und Wasserstoff;</p> <p>kein einseitiger vorzeitiger Kohleausstieg; Veränderung des Kohleausstiegs-pfads nur zusammen mit allen beteiligten Partnern (Bund, Land, Kommunen und Unternehmen);</p> <p>beschleunigter Anschluss der Industrie- und Energiestandorte des Landes an das Gas- und Wasserstoffnetz;</p> <p>intensive Unterstützung der Kommunen bei der Entwicklung passgenauer Konzepte zur Wärmewende, die die Bevölkerung nicht überfordern;</p> <p>Transformation Brandenburgs in ein führendes Wasserstoffland; Entwicklung zu einem zentralen Standort, an dem Methan, Ammoniak und synthetische</p>	<p>Erhalt der Lausitz als Energieregion; kein politischer Kohleausstieg vor 2038; Etablierung der Region als Standort für Batterieproduktion;</p> <p>Technologieoffenheit im Bereich der Energieerzeugung, bspw. auch im Hinblick auf Hybridkraftwerke;</p> <p>Schaffung eines integrierten Strommanagements;</p> <p>Vereinfachung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung von Speicheranlagen;</p> <p>Verlegung von Erdkabeln nur dort, wo es zwingend erforderlich ist;</p> <p>Unterstützung der kommunalen Wärmeplanung; kein Rückbau der Gasnetze ohne bezahlbare Alternative;</p> <p>Sicherstellung von rechtzeitiger Bürgerbeteiligung und Transparenz bei der Wärmeplanung;</p> <p>Beibehaltung des Mindestabstands für Windkraftanlagen von 1000 m zur Wohnbebauung; keine Windkraftanlagen in schützenswerten Wäldern; Berücksichtigung</p>	<p>Entlastung der Menschen bei ihren Stromkosten; bundesweit gerechter Ausgleich bei den Netzentgelten; Bürgerstrommodelle, attraktive finanzielle Beteiligungsmodelle, verschiedene Teilhabemaßnahmen für Kommunen;</p> <p>Unterstützung von Bürgergenossenschaften und anderen Modellen, mit denen lokal erzeugter „grüner“ Strom auch lokal für eine sichere Energieversorgung genutzt wird;</p> <p>weiteres Vorantreiben des Ausbaus Erneuerbarer Energie einschließlich der Energiespeicher und der Wasserstoffwirtschaft;</p> <p>Weiterentwicklung von Industriestandorten zu zukunftsfähigen Industrie- und Wirtschaftsstandorten;</p> <p>Festhalten am gesetzlich geregelten Ausstieg aus der Kohleverstromung;</p> <p>Unterstützung von Unternehmen in Industriezweigen, in deren Produktionsprozessen zwangsläufig CO2 freigesetzt wird, dabei Lösungen auf dem Weg zur</p>	<p>Ausgestaltung des Klimapfades des Landes, dass das Ziel der Treibhausgasneutralität im gesamten Land bis 2045 erreicht wird;</p> <p>Schaffung eines Sonderversmögens Klimaschutz;</p> <p>Einführung eines Sozialchests; Prüfung bei jeder Maßnahme, wie unnötige Belastungen vermieden oder unzumutbare Belastungen, insb. für einkommensschwächere Bürgerinnen und Bürger, ausgeglichen werden;</p> <p>Einführung eines Klimaschutzgesetzes, um die Klimaziele und wesentliche Maßnahmen rechtlich verbindlich festzuschreiben;</p> <p>Klimaneutralität von Verwaltung und Einrichtungen bis 2035;</p> <p>konsequente Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie, Bereitstellung der dafür nötigen finanziellen Mittel;</p> <p>Ermöglichung für die Kommunen im Land, Wind- und PV-Anlagen in öffentlicher Hand zu bauen und zu betreiben;</p>	<p>Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen, wie CO2, auf ein Mindestmaß;</p> <p>Erhalt und Ausbau natürlicher CO2-Speicher wie Wälder, Moore und humusreiche Böden;</p> <p>soziale Abfederung von Klimaschutzmaßnahmen;</p> <p>wissenschaftlicher Klimabeirats zur Beratung von Politik und Verwaltung beim Klimaschutz und zur Überwachung der Einhaltung der Ziele;</p> <p>Klima- und Nachhaltigkeitsscheck, der alle Gesetze, Strategien und Förderprogramme darauf prüft, welchen Effekt sie auf das Klima haben;</p> <p>Klimaneutralität der Landesverwaltung bis 2030;</p> <p>besonderer Ausbau der Förderprogramme für den Schutz vor Extremwetter in Kommunen; Hitzeaktionspläne, kleinräumliche Maßnahmen für mehr Kühle und Schatten in den Städten und Gemeinden; Absicherung der Infrastruktur gegen Hitzeschäden;</p>	<p>Kein weiterer Ausbau der Wind- und Solarindustrie in der freien Landschaft; Zulassung von Photovoltaikanlagen zukünftig nur noch auf bereits versiegelten Flächen;</p> <p>Entwicklung von neuen Umwelt- und Energiekonzepten im Rahmen einer innovativen Energiemischstrategie, die auch fossile Energieträger beinhaltet, bspw. moderne Gaskraftwerke; kommunale Biogasanlagen, moderne Holzheizungen, autark zu nutzende Photovoltaikanlagen, mit Bedacht auf versiegelten Flächen wie bspw. Parkplätzen oder auf Dachflächen in Gewerbegebieten eingesetzt;</p> <p>Strategische Neukonzeption der Energieversorgung;</p> <p>Förderung von Geothermie und Biomasse zur regionalen Versorgung, wo dies sinnvoll ist;</p> <p>Kernenergie als Schlüsseltechnologie für die Zukunft;</p> <p>keine Opferung der Braunkohle aus der Lausitz für umweltschädliche Windkraft-Projekte;</p>	<p>Ableitung der Energiepolitik vom Bedarf der Betriebe und der Bevölkerung;</p> <p>Förderung des Ausbaus der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, auch als Basis für grünen Wasserstoff;</p> <p>Verzicht auf die Nutzung von Erdgas und Kohle nur in Abhängigkeit der Verfügbarkeit alternativer Technologien und Energieträger;</p> <p>kein Kohleausstieg vor 2038;</p> <p>Förderung von Bürgerwind- und Bürgersolarparks sowie Bürgerstrom-Modellen, damit die Gewinne der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien den Bürgern zugute kommen;</p>

<p>Treibstoffe synthetisiert werden;</p> <p>Entwicklung einer Strategie für eine flächendeckende Wasserstoff-Transportinfrastruktur;</p> <p>Ermöglichung einer zügigen Genehmigung von Kavernen für die Wasserstoffspeicherung; Erlaubnis der Umnutzung bestehender Erdgaskavernen;</p> <p>Unterstützung der Kreise und Kommunen bei der Entwicklung ihrer Wasserstoffwirtschaft durch Förderung der Erstellung von Wasserstoffbedarfsplänen und Konzepten für Erzeugung, Verteilung und Nutzung; landesweites „Kompetenznetzwerk Wasserstoff“;</p> <p>Nutzung von Wasserstoff als Treibstoff in der ÖPNV Flottenumrüstung bis 2026;</p> <p>Initiierung eines „Forschungspreis Wasserstoff“;</p> <p>Aufbau einer Kohlenstoffkreislaufwirtschaft, die sich auf die Speicherung und Nutzung von CO2 konzentriert;</p> <p>Schutz bestehender Moore als effektive CO2 Speicher; keine Entziehung notwendiger Flächen für die Landwirtschaft durch Vernässung von Mooren;</p>	<p>von Umwelt- und Sicherheitsaspekten; Recycling von Windkraftanlagen, insb. Rotorblättern;</p> <p>Photovoltaik und Solarthermie: Vorrang für den Nahrungsmittelanbau vor der energiewirtschaftlichen Bebauung auf hochwertigen Böden; Unterstützung der Agri-Photovoltaik;</p> <p>Abbau bürokratischer Hürden für Antragstellung und Nutzung der oberflächennahen Geothermie; Beschleunigung bergrechtlicher Genehmigungen für Tiefengeothermie, Überprüfung wasserrechtlicher Vorgaben;</p> <p>Wasserstoff: zügige Realisierung vorliegender Konzepte; Weiterentwicklung und Anpassung der Wasserstoffstrategie; zügiger Ausbau des Wasserstoff-Kernetzes;</p> <p>Klärung der Möglichkeiten und Leistungsfähigkeit des brandenburgischen Wasserhaushalts für die Elektrolyse/Wasserstoffherstellung; Prüfung des Baus von Wasserstoffspeichern;</p> <p>Erarbeitung eines Masterplans für CO2-Technologien mit Industrie, Energiewirtschaft, Verbänden und Wissenschaft;</p> <p>Entwicklung einer Carbon Management-Strategie;</p>	<p>Klimaneutralität umzusetzen;</p> <p>weiterer Ausbau von Förderungen im Bereich Energieeffizienz; Unterstützung von Unternehmen im Rahmen der beihilferechtlichen Möglichkeiten;</p> <p>entschlossene Umsetzung und Weiterentwicklung notwendiger Gegen- und Anpassungsstrategien angesichts des Klimawandels;</p> <p>klimaneutrales Wirtschaften bis 2045;</p> <p>Förderung des Erhalts und der Stärkung von Mooren und des Umbaus von Wäldern als wirkungsvollen Maßnahmen für den Klimaschutz durch entsprechende Anreize;</p> <p>Überzeugung und Förderung, Schaffen von Anreizen und deutlichere Vorbild Rolle der Verwaltung bei der Umsetzung der Klimapolitik;</p> <p>Unterstützung der Kommunen bei Aufgaben wie kommunaler Wärmeplanung, Erarbeitung von Klimaschutzkonzepten, Einführung von Energiemanagementkonzepten;</p> <p>Umbau der Wärmeversorgung;</p>	<p>Absicherung der Energieproduktion bis zum Jahr 2030 vollständig aus erneuerbaren Energien; schnellstmöglicher Ausstieg aus der Nutzung der Braunkohle;</p> <p>Zurückholung der Stromnetze im Land in die öffentliche Hand;</p> <p>Schaffung der Voraussetzungen, dass sowohl die betroffenen Kommunen als auch die Anwohnerinnen und Anwohner finanziell profitieren, wenn Anlagen vor Ort errichtet werden, mit einem Erneuerbare-Energien-Beteiligungsgesetz;</p> <p>Wiedereinführung der staatlichen Preiskontrolle für Strom; Verpflichtung der Energieversorger zum Angebot ökologischer Sozialtarife;</p> <p>finanzielle Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich an der Energiewende beteiligen wollen; Förderprogramm für Balkkraftwerke, Mini-Windkraftanlagen, Photovoltaikanlagen auf Wohnhäusern sowie Mieterstrom-Initiativen;</p> <p>Förderung von Wasserstoff; Einsatz dort, wo diese Technologie ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist; Erzeugung des Wasserstoffs, der für die Industrien benötigt wird, möglichst vor Ort;</p>	<p>Voranbringen des Hochwasserschutzes; Deichrückverlegungen außerhalb von Siedlungsbereichen; Wiederzulassung natürlicher Überflutungen in der Aue;</p> <p>deutlich mehr Personal im Bereich Hochwasserschutz;</p> <p>Transformation der Energiewirtschaft von fossilen hinzu erneuerbaren Energiequellen;</p> <p>natur- und umweltverträgliche Gestaltung der Energiewende;</p> <p>Unterstützung von Familien, Unternehmen und Kommunen beim Umstieg auf grüne Energie; Förderung der gemeinschaftlichen Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme; Unterstützung von Erzeugungsgemeinschaften und Energiegenossenschaften; bevorzugte Vergabe von Landesflächen an Bürger*innen-Energie-Projekte;</p> <p>Ausbau von Freiflächen-Solaranlagen vorrangig auf schon versiegelten Flächen; dauerhafte Finanzierung der regionalen Energiemanager*innen;</p> <p>Aufbau eines deutschlandweiten Wasserstoff-Pipeline-Netzes;</p> <p>aktive und sozial gerechte Gestaltung der Wärme-wende; bestmögliche Unterstützung der Kommunen</p>	<p>Aufhebung des Gas- und Öl-embargos gegen Russland;</p> <p>Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Gebäude-Energie-Gesetzes sowie deren Folgegesetzen und Verordnungen;</p> <p>Abschaffung der kommunalen Wärmeplanung von Kommunen, wie sie das GEG vorschreibt;</p> <p>Erhaltung der Möglichkeit des Heizens mit Holz ohne jegliche Einschränkung;</p> <p>keine direkten oder indirekten Subventionen für Energiegewinnung, -speicherung und -verteilung, keine Fördergelder für Elektromobilität;</p> <p>keine weitere Errichtung von Erneuerbare-Energien-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten;</p> <p>Verbot von Windrädern in Wäldern;</p> <p>keine Umsetzung des Flächenziels von 2,2 % der Landesfläche zum Bau von Windindustrieanlagen;</p> <p>Beendigung der Null-Emissionspolitik, Stopp des Windkraftausbaus und des Ausbaus der Photovoltaik;</p> <p>Erhalt der Braunkohle als wichtiger Wirtschaftsfaktor;</p>
--	--	---	---	---	---

<p>Sicherung des Verlaufs der CO2-Pipeline in Ostdeutschland durch Brandenburg;</p> <p>Überarbeitung bzw. Ergänzung von Energiestrategie und Konzepten und Plänen des Landes mit Bezügen zu CO2 Technologien;</p> <p>Etablierung marktwirtschaftlicher Instrumente zur Honorierung von Ökosystemleistungen der Landnutzer;</p> <p>Intensivierung von Forschung und Wissenstransfer zur Anpassung an den Klimawandel, insb. zum neuen, klimaangepassten Sorten;</p> <p>Klimaneutralität bis spätestens 2045;</p> <p>Erarbeitung einer Strategie zur Speicherung, Nutzung und zum Transport von CO2, Förderung entsprechender Technologien;</p>	<p>Online-Plattform zur vollumfänglichen Dokumentation des Umsetzungsstatus der bisher beschlossenen Strukturwandelprojekte;</p> <p>zügige Sicherung aller geplanten Schienenprojekte in der Lausitz mit Finanzierungsvereinbarungen zwischen Bund, Land und Deutsche Bahn;</p> <p>Neugestaltung des Gesetzes zur Regional- und Braunkohlesanierungsplanung;</p>	<p>bei der Umsetzung der Wärmeplanung; finanzielle Förderung der Nutzung von effizienten Softwarelösungen;</p> <p>Ende der Kohleförderung bis spätestens 2030;</p> <p>Gründung einer öffentlichen Braunkohletagebaufolgestiftung mit Sachsen und Sachsen-Anhalt;</p> <p>Einrichtung einer Ansprechstelle für die vom Braunkohlenbergbau geschädigten Menschen, die die Betroffenen bei der Regulierung ihrer Schäden unterstützt;</p>	<p>Weiterbetrieb von Gas- und Kohlekraftwerken;</p> <p>Streichung aller direkten und indirekten Subventionen für alle sog. erneuerbaren Energien;</p> <p>vollständiger Stopp des Ausbaus der Wind- und Sonnenenergieanlagen; keine kommunalen Abgaben für die private Sonnenenergienutzung; vollständiger Rückbau der Windenergieanlagen nach ihrer Nutzung, mit dem Fundament, von den Energieerzeugern;</p> <p>Sicherstellung der Energie auch durch Etablierung der Kernenergieforschung und Prüfung des Baus von Kleinkraftwerken in Brandenburg;</p> <p>keine Fahrverbote für Fahrzeuge mit Diesel- oder Ottomotor aufgrund der Überschreitung von willkürlichen Grenzwerten und fragwürdigen Messergebnissen;</p>	
---	--	---	---	--